

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Preisabnahme: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Rollenzeitung über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zuletzt 2 gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Beruhigungspillen für die Radikalen.

Paris, 29. Sept. (Fig. Per.)

Zum Schluß seiner eine so bewundernswürdige Magenverfassung bezeugenden Kilometerverzehrung und Großkonsumtion von Subdigungen hat Herr Poincaré in der Hauptstadt des Südwestens Toulouse ein paar politische Töne angeschlagen, die von den der Opposition unglücklichen Radikalen freudig als blühende Wiberlegung des Verdachts begrüßt wurden, den das Läuten der Kirchenglocken in Dorf und Stadt und der von der reaktionären Presse dem Präsidenten gestreute Beihrauch in bezug auf die politischen Absichten des neuen Kurzes hätten erwecken können. Der Präsident hat die radikale Formel von der weltlichen Republik und der Einigung der Republikaner aufgelegt und die unentwegte Demokratie der „Dépêche de Toulouse“ senkte sofort die Oppositionsfahne. Man kann diese Unlust zu doktrinärem Hartnäckigkeit begreifen. Poincaré hat in der Tat im Stamm- und Kerngebiet der antikerikalen bäuerlichen Demokratie bei dem für das seltene bunte Schauspiel empfänglichen Volk moralische Eroberungen gemacht und man kann sogar, da diesem rüstigen Aufarbeiter trivialer Zeremonien jeder mystische Diktatorzug abgeht, sagen, daß diese mühevollen Trümpfhfahrt der Republik zugute gekommen ist, insofern sie der für eitles Gepränge und Gelärme eingenommenen Menge gezeigt hat, daß die Republik derlei repräsentativen Sums ebenso leisten kann wie ein Gottesgnadenreich. Der Stimmungsumschlag bei den Radikalen hat indes die Reaktionäre nicht beunruhigt. Sie sehen Herrn Poincaré gern die paar traditionelle Formeln der republikanischen Ideologie nach, weil sie sich der Sache sicher fühlen — nämlich der Wendung, die die Politik der Republik im Einklang mit der geistigen Wandlung in der Bourgeoisie nach rechts hin nehmen muß. Im „Echo de Paris“ hat es Graf de Mun offen ausgesprochen, daß die Wahl Poincarés für ihn einen Anbruch einer „neuen Ära“, die dem „Sektierertum“, d. h. dem antikerikalen Radikalismus, den Abschied gebe, bedeute. Und ebenso wenig regen sich die Radikalen über die Erklärungen auf, die Barthou in Aix-les-Bains auf dem Kongreß der Unterriichtsliga, einer Vereinigung für Fortbildungsunterricht, abgegeben hat, obzwar der Ministerpräsident Repressivmaßnahmen gegen die von den Klassen gegen die weltliche Volksschule betriebene Populärpolitik ankündigte und hernach, in einem unverhüllt gegen Clemenceau gewendeten Protest feierlich jede auf die Aufhebung des Trennungsgesetzes bezügliche vertrauliche Verhandlung mit dem Vatikan abschwor. Die Radikalen verlassen sich auch hier auf die sich in der Bourgeoisie wirksam werdenden Tendenzen. Für den Kerikalismus soll der imperialistische Nationalismus Vorspanndienste leisten. Frankreich soll seine traditionelle Stellung als Schutzmacht der orientalischen Christen mit erneuter Kraft zur Geltung bringen und das kapitalistische Profitinteresse wird mit dem katholischen Glaubensinteresse verknüpft. Schon hat der im „Journal Officiel“ verschwiegene Erlaß des Marineministers Baudin, der die Kommandanten der Levanteflotte anweist, das chedem übliche Charfreitagzeremoniell wieder aufzunehmen, die Neigung zum Teufelmechtel mit Rom bekundet. Baudin, ebendem ein Passenfresser wie der mit ihm verbundene Pichou, hat einem Interviewer erklärt, die Enthaltung von der Teilnahme am religiösen Zeremoniell sei eine „Flegelei“. Das ist sicher eine arge Unhöflichkeit gegenüber den Vorgängern Baudins, die den konfessionslosen Charakter der Republik auch in der Enthaltung von kirchlichen Feiern kundgeben wollten. Aber der immer lobenswerten offenerzige De Mun desabonniert auch diesmal die offiziellen Ausreden der republikanischen Staatsmänner und spricht offen aus, daß es sich in der Charfreitagfeier um keine Höflichkeitsfrage handele, sondern darum, daß Frankreich im Orient als katholische Macht aufzutreten habe. Und im „Intransigeant“ erklärt der nationalistische Deputierte Sobary, daß in ein paar Monaten die Bottschaft beim Vatikan wiederhergestellt sein werde.

Das braucht man sicher nicht wörtlich genommen zu werden. Es ist sehr gut möglich, daß der Vatikan und die Republik vorläufig mit einem unoffiziellen Verkehr auskommen, der beiden Teilen einen unangenehmen Rückzug erspart — und ja, allen Ablehnungen zum Trotz, schon angebahnt worden ist. Es ist kein Geheimnis, daß der katholisch-liberale Deputierte Herr Denis Cochin ohne offizielle Einlegung als Mittler zwischen Rom und der Republik tätig war. Aber wahrscheinlich wird mit der Zeit auch eine Form für eine offene Annäherung gefunden werden.

Es ist nun darum noch nicht gesagt, daß die Bourgeoisrepublik, weil sie das religiöse Requisit in den Bestand ihrer weltpolitischen Konkurrenzmittel wieder aufnimmt, gleich in den schwärzesten Kerikalismus versinken muß. Und auch dann, wenn in der inneren Politik eine der katholischen Hierarchie günstigere Richtung zur Geltung kommt, bleibt eine Taktik, die dem Proletariat einfach eine Rückkehr zum seligen Block empfiehlt, ein politischer Anachronismus. Zwei Publikisten sind es heute, die die Trompete dieser Sammlungs-

politik blasen. Der eine ist der alte, in seiner stürmischen Jugendlichkeit erstaunliche Clemenceau, der nicht nur die Nebanche für seine Niederlage im Januar begehrt, sondern in der Tat den doktrinären Radikalismus, der seine Lebensidee war, zusammenbrechen sieht. Der andere ist — Gustave Hervé, dessen geistige Identität mit der vorproletarischen Demokratie immer deutlicher geworden ist. Das französische Proletariat aber, so wenig es die Gefahren verkennt, die seinem Fortschritt vom Kerikalismus drohen — und dies noch mehr als vom politischen vom inneren, sozialen Kerikalismus, wie die Fortschritte der kerikalen Eisenbahnerorganisation zeigen — und so sehr es entschlossen ist, den Kampf gegen die kerikalen Intrigen zu führen, hat genug bittere Erfahrungen hinter sich, um durch seine Kraft einen Clemenceau oder seinesgleichen wieder in den Sattel heben zu wollen. Sicherlich ist die französische Arbeiterkraft mehr als die anderer, industriell stärker entwickelter europäischer Länder darauf angewiesen, im Kampf für die Erneuerung der Gesellschaft an die Kräfte der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie zu appellieren, aber seine geschichtliche Aufgabe ist, diese mit revolutionärer Energie zu seinen Höhen emporzureihen, nicht aber von neuem den Zerklüftern einer Klassenversöhnenden Demokratie in verderbliche Sumpfe zu folgen.

## Die Balkanfragen.

Der albanische Aufstand.

Der serbische Ministerpräsident Pašitsch erklärte über die Haltung Serbiens das Folgende:

In acht Tagen, vielleicht noch früher, wird unsere Konzentration vollendet sein und wir werden den entscheidenden Schlag folgen lassen können. Unsere Generale werden keinen Eroberungskrieg, sondern einen Sicherungskrieg unternehmen. Um uns zu schützen, werden wir die strategischen Punkte besetzen müssen, deren Besitz unsere Sicherheit verbürgt. Es scheint mir notwendig, daß unsere Defensiv in jedem Falle bis zur Wasserscheide zwischen dem Drin und dem Adriatischen Meere führt. Wir werden künftig eine strategische oder vielmehr vernunftgemäße Grenze zwischen uns und Albanien verlangen. Wir verlangen keine Ausdehnung, aber eine Grenzberichtigung, durch die beiden Teilen Opfer auferlegt werden können. Jegdewelche diplomatischen Einwendungen seitens gewisser Mächte sehen wir nicht voraus, denn unsere berechnete Notwehr ist so klar, daß Einwendungen nicht erfolgen können. Wir sind gezwungen, Bürgschaften für unsere Sicherheit jetzt und in Zukunft zu schaffen. Wenn man uns mit Albanien allein läßt, ist das Resultat nicht zweifelhaft. Auf die Frage, wie sich die diplomatische Lage gestalten würde, wenn Verwickelungen eintreten würden, antwortete Pašitsch: Mit Griechenland verknüpft uns ein Schutzbündnis, und Rumänien wird nicht zugeben, daß der unter seinen Auspizien geschlossene Frieden in Frage gestellt wird.

Daraus geht deutlich die Absicht hervor, die von den Großmächten in London nach so mühevollen Verhandlungen festgelegte Grenze im serbischen Interesse zu korrigieren. Daß das Anlag zu neuen Verwickelungen geben kann, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Die Pläne Essad Paschas.

Wien, 1. Oktober. Auf eine Frage der „Neuen Freien Presse“ an Essad Pascha über seine Pläne und sein Verhältnis zur provisorischen Regierung ließ Essad Pascha folgendes antworten: Die Albanesen sind einzig darin, radikale Reformen einzuführen. Ismail Kemal hat nur Valona für sich. Die meisten Städte und Bezirke stellen folgende fünf Forderungen auf: Der Sitz der Regierung ist nach Durazzo zu verlegen. Die Bildung eines verantwortlichen Kabinetts hat zu erfolgen. Bei den Großmächten sind dringende Schritte zu unternehmen, um die unergänzliche Einsetzung eines Fürsten herbeizuführen. Die Regierung von Valona soll aufgefordert werden, der Nation eine detaillierte Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben von ihrem Amtsantritt bis zum heutigen Tage vorzulegen. Vor Antritt des Fürsten soll keinem Ausländer irgend eine Konzession erteilt werden.

Abbruch der türkisch-griechischen Verhandlungen.

Paris, 1. Oktober. (B. C.) Der Abbruch der türkisch-griechischen Verhandlungen sowie die neuerdings erhobenen Ansprüche der Türkei auf die Inseln des Ägäischen Meeres werden heute offiziell bestätigt. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Konstantinopel hat die Pforte den Boten des Reiches eine Zirkularnote übersandt, in der die Forderungen Griechenlands zurückgewiesen werden und in der zur Inselfrage erklärt wird, daß die Türkei die Kleinasien vorgelagerten Inseln für die Verteidigung der Küste unbedingt benötigt. Der bisherige türkische Unterhändler in Athen, Rejaid Bey, ist erkrankt. Die Pforte beabsichtigt jedoch, an seine Stelle einen anderen Bevollmächtigten zu ernennen, der eventuell in Athen neue Vorschläge der türkischen Regierung unterbreiten soll.

Der Landwerb der Balkanstaaten.

Sofia, 1. Oktober. Die bulgarische Regierung veröffentlicht folgende Statistik über die neuen Landwerbungen auf dem Balkan: Bulgarien erhielt 23 257 Quadratkilometer, von denen jedoch nur 2500 fruchtbares Land sind, und von 286 000 Menschen

bewohnt werden; die meisten Einwohner sind Muselmanen und Griechen. Griechenland dagegen erhielt 50 600 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl beträgt 2 600 000. Serbien ist um 39 007 Quadratkilometer vergrößert worden mit 1 280 000 Einwohnern und Montenegro erhielt 5878 Quadratkilometer mit 280 000 Einwohnern.

Eine Erklärung der albanischen Regierung.

Salona, 1. Oktober. Die Kämpfe, die in den letzten Tagen bei Dibra, Struga und anderen Orten stattgefunden haben, sind durchaus nicht im Einverständnis mit der Regierung erfolgt. Diese sieht ihnen vielmehr völlig fern und bedauert die Ergebnisse, die dem Lande nur Schaden können. Da die Regierung vor immer größeren und verantwortungsvolleren Aufgaben steht, trachtet Ismail Kemal Bey danach, im Kabinett Leute um sich zu scharren, die den Bedürfnissen des Landes genügend Verständnis entgegenbringen.

## Die „Freisinnige Zeitung“

antwortet auf unsere Polemik gegen ihren Artikel: „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin“ mit verlegener Rederei. Unsere Feststellungen über die von ihr selbst als Beispiel gewählten Dresdener Konsumvereine sucht das Blatt mit der Bemerkung abzutun:

„Wenn inzwischen wirklich die fortwährenden Hinweise der Lagerhalter und der übrigen Angestellten der Konsumvereine auf ihren schlechten Lohn und ihre Arbeitsverhältnisse einigen Erfolg gehabt haben, so ist das sehr erfreulich; aber dadurch wird die Lathage nicht aus der Welt geschafft, daß es erst mehrfacher Appelle an die Öffentlichkeit bedurft hat, ehe teilweise Wandel geschaffen worden ist.“

Nicht „inzwischen“ und nicht erst durch „die fortwährenden Hinweise der Lagerhalter“ ist ein „Erfolg“ zu verzeichnen; auch nicht „mehrfacher Appelle an die Öffentlichkeit bedurft es“, um in Dresden nach dem Wunsche der „Freisinnigen Zeitung“ Ordnung zu schaffen. Die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind vielmehr von jeher weit bessere gewesen, als in gleichartigen Privatbetrieben.

Nur nicht drumrumreden! In den Geschäftsberichten der Dresdener Konsumvereine kann sich das Blatt jederzeit davon überzeugen, — wenn es will. Aber es wird nicht wollen!

Doch in Konsumvereinen unter bürgerlicher Verwaltung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Vergleich mit denen in „sozialdemokratischen“ im Durchschnitt ungünstiger sind, ist notorisch. Das Blatt kann sich aber darüber an ganz kompetenter Stelle, beim Lagerhalter- bzw. jetzt Zentralverband der Handlungsgehilfen Material verschaffen. Wenn er will; aber es wird auch sie nicht wollen.

Doch auch in kleineren Arbeiterkonsumvereinen noch manches zu wünschen übrig bleibt, ist von uns nie bestritten worden. Daß die sozialdemokratische Partei durch ihren Einfluß rückständige Verhältnisse zu bessern sucht, ist jedoch ebenso bekannt. Und daß der „sozialdemokratische“ Zentralverband deutscher Konsumvereine seit seinem Bestehen ernsthaft und mit Erfolg in gleicher Richtung bemüht war und ist, kann jedes Kind wissen. Vom „freisinnigen“ Crügerischen Allgemeinen Verbands kann man das aber nicht sagen.

Zu den von uns gegebenen Zitaten aus der Generalversammlung der Lagerhalter (Ausführungen von Bauer und Döhnel) bemerkt das Freisinnige Blatt dreist und gottesfürchtig:

„Aus diesen Ausführungen geht zweierlei hervor. Erstens, daß Bauer, einer der ersten Gewerkschaftsführer, gleich uns für die mangelhaften Verhältnisse der Konsumvereinsangestellten die sozialdemokratischen Arbeitgeber verantwortlich macht; (was er nicht tun würde, wenn er nicht hinreichende Unterlagen dafür hätte), zweitens, daß Genosse Döhnel, der ihm entgegnet, nur geltend machen konnte, daß zum sozialdemokratischen Lagerhalterverband auch Angestellte von bürgerlichen Konsumvereinen gehören.“

Das ist stark! Bauer hat nämlich ungefähr das Gegenteil von dem getan, als ihm hier ohne weiteres unterstellt wird. Aber das Blatt will eben recht behalten und sucht nun seine Position mit allerhand Ausflüchten zu retten. So kommt es, wenn man über Dinge schreibt, die man nicht kennt.

## Politische Uebersicht.

Der neue Mittelprozess.

Die Verhandlung am Mittwoch brachte wieder eine Reihe von Zeugenvernehmungen über den Hauptmann Kammler. Eine ganze Reihe von Zeugen erklärte Kammler zwar für erzentschuldig, aber doch für durchaus normal. Einzelne Zeugen, wie ein Hauptmann und ein Feldwebel, erklärten dagegen wieder, daß sie von Kammler den Eindruck eines Geistesgestörten erhalten hätten. Freilich wußten die Zeugen des Angeklagten nur allgemeine Eindrücke wiedergeben, ohne bestimmte Tatsachen angeben zu können, auf denen sich diese Eindrücke gründeten. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß die Anwesenheit so zahlreicher militärischer Vorgesetzter im Gerichtssaal vor allem die Feldwebel in ihren Aussagen wohl beeinflusst haben könnte, denn ein Zeuge wußte zu bekunden, daß einer der Feldwebel auf dem Korridor gesagt hatte, er könne nicht die volle Wahrheit sagen, wenn so viele höhere Vorgesetzte im Saale seien. Das Gericht hatte ja den Antrag des Verteidigers, den Hauptmann Kammler während der Vernehmung abtreten zu lassen, abgelehnt, ersuchte heute aber den Nebenkläger, Hauptmann Kammler, doch freiwillig während der Vernehmung solcher Zeugen den Saal zu verlassen. Hauptmann Kammler kam diesem Ersuchen nach und ein

Feldwebel Mann machte Mitteilung von einem schweren Anfall, den Hauptmann Kammler mitten im Bureaudienst erlitten hat. Er war längere Zeit bewusstlos, war zu Boden gesunken und kam nur sehr schwer zu sich. — Die bereits in Anwesenheit des Hauptmann Kammler vernommenen Feldwebel sollen noch einmal in seiner Abwesenheit vernommen werden, damit festgestellt wird, ob sie sich durch die Anwesenheit des Hauptmann Kammler in ihren Aussagen haben beeinflussen lassen.

Von Interesse ist auch, daß Kammler sich nach der für ihn so unglücklichen Verhandlung in Ratibor sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die königliche psychiatrische Klinik in Poeschlau begeben hat. Er hat sich dort ein Gutachten über seinen Geisteszustand ausstellen lassen und die Verteidigung lehnt nun in diesem Prozeß die in der Klinik tätigen Sachverständigen wegen Beforgnis der Befangenheit ab, weil sie in diesem Prozeß gegen Entgelt für eine bestimmte Partei bereits ein Gutachten erstattet haben. Das Gericht lehnte diesen Ablehnungsantrag aber ab, weil mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten der Sachverständigen und des Hauptmann Kammler nicht zu befürchten sei, daß eine Befangenheit oder eine Beeinflussung vorliege.

### Dr. Dohrn verstorben.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Dohrn (Stettin) verstarb gestern in Florenz im Alter von 75 1/2 Jahren am Herzschlag. Dohrn gehörte wiederholt, zuletzt in der Session 1907—1912, dem Reichstage an. Eine Wiedererhebung lehnte er wegen seines Alters ab. Er gehörte zur freisinnigen Vereinigung. In sozialen Dingen reichte sein Blick weiter als der der meisten seiner Parteigenossen. Wiederholt drückte er seine Mißbilligung über die Stellungnahme seiner Parteifreunde vom Schlage Mugdan aus. Im Sinne Barth's und Theodor Romm's sah er den Feind der Entwicklung Deutschlands in den Agrariern und Konserwativen. Ein aufrechter Mann, der in seinem Privatleben für philanthropische Zwecke erhebliche Ausgaben machte. Er war Ehrenbürger der Stadt Stettin, in deren Verwaltung er lange als Stadtrat und Stadtvorstand tätig war.

### Selbständige Regungen katholischer Arbeiter.

In den schwarzen Gefilden des Zentrums gilt noch vielfach der Ortsgeistliche als der Parteichef der örtlichen Zentrumsorganisation. Arbeiter sind dort in den Pfarren, auch wenn dieser nicht von dem Pfarrer oder dem Kaplan allein gebildet wird, nicht vertreten. Mit dem Vordringen der Sozialdemokratie ändert sich natürlich dieses traurige Verhältnis zwischen Hirten und Schafen. Besonders erfreulich ist es, daß auch in den beschworenen Gebieten der südlichen Eifel und an der Saar katholische Arbeiter gegen die Verarmung zu rebellieren beginnen. So berichtet die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 847) über den Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Trier:

„Die Hauptfrage sei, ob das Statut auf demokratischer oder, wie bisher, auf patriarchalischer Grundlage aufgebaut werden solle. Das patriarchalische System, die politische Bevormundung der abhängigen Wählerschaft durch die liberalen Arbeitgeber, habe dazu geführt, daß der unabhängige Ortspfarrer als der geborene Repräsentant der politischen Heberzeugung der katholischen Ortsangehörigen galt. Die Zeit hat in etwas Wandel geschaffen. Die Arbeiterklasse beugt sich dem wirtschaftlichen und politischen Druck der Arbeitgeber nicht mehr, ein freierwilliger Zug ist in ihre Reihen gekommen und sie wünschen eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in der Leitung der Zentrumsorganisation. Man sei deshalb vielfach dagegen, daß der Ortspfarrer der geborene Vorsitzende des Ortskomitees sei und wehre sich auch dagegen, daß die Geistlichkeit die Hälfte des Vorstandes bilde.“

Die Abg. Trimborn und Marx legten die Gründe dar, wie dafür sprechen, mit dem bisherigen System zu brechen. Der Vorsitzende des Ortskomitees werde zweckmäßig durch freie Wahl gewählt, auch erweise es sich zweckmäßig, der Geistlichkeit von vornherein die Hälfte der Ausschlußmitglieder zuzugestehen. Der Stellung des Geistlichen werde man viel eher gerecht, wenn man ihn nicht als geborenen Vorsitzenden einer politischen Partei betrachte. Die überwiegende Mehrzahl der Delegierten stimmten diesen Darlegungen rückhaltlos zu.“

Mit den geborenen Vorsitzenden in der schwarzen Parteiorganisation ist es also aus. Selbstverständlich wird der Herr Pfarrer trotzdem noch die Arbeiter gängeln, aber die Opposition muß doch selbst nach dem gedämpften Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ recht kräftig sein. Es ist auch ein zu unwürdiges Schauspiel sehen zu müssen, wie sich arbeitsarme, erfahrene Proletarier von kaum dem Jünglingsalter entwachsenen Kaplanen bevormunden lassen.

### Die „politische“ Volksfürsorge.

Als Einberufer einer Versammlung, die sich ausschließlich mit der Aufklärung über die Versicherungsanstalt Volksfürsorge beschäftigte, erhielt in Steinhilber der Genosse Waime von der Amtshauptmannschaft 10 Mark Geldstrafe zuzüglich wegen Nichtanmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung. Obwohl der zur Überwachung gefandene Sekretär behauptete, daß die Verhandlungen gänzlich unpolitisch gewesen seien und sich nur mit der Volksfürsorge befaßt hätten, bestätigte das Schöffengericht in Dresden die Strafe und bemerkte zur Begründung: Da sich die Volksfürsorge auf den Gewerkschaften und den Konsumvereinen aufbaue, sei das Gericht der Ansicht, daß bei der Volksfürsorge die parteipolitischen Momente nicht ganz von den wirtschaftlichen zu trennen seien. — Das unerhörte Urteil wird von einer höheren Instanz nachgeprüft werden.

### Eine neue Liebesgabe an die Agrarier.

Das preussische Landwirtschaftsministerium hat angeordnet, daß die Festsetzung der Steuern nicht mehr, wie bisher gebräuchlich, unter Mitwirkung von kaufmännischen Sachverständigen erfolgen soll, sondern daß an deren Stelle besondere landwirtschaftliche „Sachverständige“ herangezogen werden sollen, da diese „naturgemäß“ besser in der Lage sind, die Buchführung der Landwirtschaft mit der nötigen Sachkenntnis zu beurteilen. Die Hinzuziehung kaufmännischer Sachverständiger soll immer nur dann erfolgen, wenn landwirtschaftliche Sachverständige nicht verfügbar sind. Dasselbe Verfahren soll für alle die Fälle Platz greifen, wo Konferenzen der Steuerbehörden bei den Regierungen abgehalten werden. Zuständig für die Wahl der landwirtschaftlichen Steuerfachverständigen sind die — Landwirtschaftskammern. Diese bezeichnen die Persönlichkeiten, die für die Sachverständigen-tätigkeit in Betracht kommen, und aus diesen werden dann die „Sachverständigen“ gewählt.

Den Agrariern Millionengeschäfte — den Arbeitern Ausnahmesege! Das ist Kapitalismoral!

### Junkervünsche.

Wie die Agrarier im tiefsten Innern ihres Herzens über unsere Schule denken, das offenbart wieder einmal ein Artikel eines der reichsten und größten Großgrundbesitzer der Provinz Posen im agrarisch-konserwativen „Posener Tageblatt“ und in der habsburgischen „Ostdeutschen Rundschau“. Dieser Großgrundbesitzer, B. Luskow, Berlin, schreibt:

„Wiederum droht die Gefahr, daß die Früchte ungeheurer Kartoffelerträge durch zeitig einsetzende Frühfröste zerstört werden.“

Fremdes Personal zu bekommen ist trotz hoher Lohnangebote (3 M. Tagelohn für den Mann, 2,50 M. für die Frau) unmöglich. Da sind in den Ferien die Schulkinder eine große Hilfe. Diese Kinder können wenigstens zur Bedienung von Kartoffelerntemaschinen usw. benutzt werden. Leider kann die Ferienzeit nicht voll ausgenutzt werden, da die Kinder infolge des schlechten Wetters vielfach zu Hause bleiben müssen.

Das Personal, das zur Herbstbesehung disponibel ist, wird zum 1. Oktober noch knapper, da in diesem Jahre bedeutend mehr junge Leute zum Militär ausgehoben worden sind, und so werden denn zum 1. Oktober noch mehr Arbeitskräfte der Gutsfruchtente entzogen werden müssen.

Die deutsche Landwirtschaft bemüht sich, die Produktion der Nahrungsmittel nach Möglichkeit zu steigern, um einerseits die Lebenshaltung der Konsumenten zu verbilligen (Wer laßt?) und andererseits durch Schaffung von Milliardenwerten (!) dazu beizutragen, daß die gespannten Geldverhältnisse sich allmählich entspannen. Diese Werte, diese Ziele werden einfach in Frage gestellt, weil die Herbstferien nur drei bis vier Wochen dauern dürfen. Gesuche um Verlängerung der Ferien werden regelmäßig abgelehnt. Forcht man nach den Gründen der Ablehnung, dann kommt man zu dem Resultat, daß die Gründe eigentlich nur prinzipielle sind. Es ist wirklich nicht zu begreifen, daß die Kinder nicht das Versäumnis nachholen sollten, auch wenn die Ferien drei Wochen länger dauern würden. Man sollte die Frage weniger von prinzipiellen, als vom volkswirtschaftlichen (!) Standpunkt betrachten. Wenn man dies tut, dann wird man sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß der durch die Schulverlängerung angerichtete Schaden so unbedeutend ist, daß er im Vergleich zu dem volkswirtschaftlich geschaffenen Nutzen gar nicht der Rede wert ist. Die Landwirtschaft sollte daher nichts unversucht lassen, um eine Verlängerung der Herbstferien für die Landschulen zu erwirken.“

Mit einer selten brutalen Offenheit verlangt hier der Herr Großgrundbesitzer Luskow, übrigens eine Säule des Bundes der Landwirte, daß der Schulunterricht auf dem Lande verkürzt wird, damit die Agrarier in der Lage sind, die Kinder noch mehr als bisher auszuheuten. Daß die Ferien zur Erholung der Kinder bestimmt sind, kümmert diese Kinder- und Menschenfreunde herzlich wenig. Die Hauptsache ist nur, daß sie möglichst lange billige Arbeitskräfte haben, denn daß in Posen 3 M. und 2,50 M. Tagelohn für landwirtschaftliche Hilfskräfte bezahlt werden, glaubt kein Mensch. Würden die Agrarier diese Löhne bezahlen wollen, dann hätten sie gerade jetzt Arbeitskräfte genügend.

### Die Ausländer an den deutschen Universitäten.

Der preussische Kultusminister hat, wie bereits mitgeteilt, eine Beschränkung der Zahl der Ausländer verfügt, die sich zum Besuch der preussischen Universitäten melden. Die offiziöse Presse liefert nun Zahlenmaterial, das offenbar bestimmt ist, die Verfügung des Kultusministers als berechtigt erscheinen zu lassen.

Im letzten Sommer befanden sich unter den 60 350 Besuchern der deutschen Universitäten 4841 Angehörige fremder Nationen gegen 4826. Die Zahl der russischen Mediziner hat sich nicht unerheblich weiter erhöht, nämlich von 1250 vor zwei Jahren auf 1634, so daß jetzt 75,5 Proz. (gegen 68,1) aller fremden Mediziner Russen sind. Insgesamt hat sich die Zahl der russischen Studierenden binnen Jahresfrist von 2216 auf 2832 erhöht. Vom Balkan haben sich nur 481 Studierende eingefunden (gegen 568 im Vorjahr), im einzelnen: Türken 78 (66), Bulgaren 68 (148), Serben 47 (85), Griechen 73 (97), Montenegrier 2 (2). Die Zahl der Rumänen ging von 158 auf 155 zurück, die der Angehörigen der Donaumonarchie von 843 auf 888, die der Engländer von 143 auf 143, der Holländer von 58 auf 40, der Belgier von 28 auf 18, der Schweden und Norweger von 46 auf 42 und der Spanier von 32 auf 28, wogegen sich die Zahl der Schweizer erhöhte, nämlich von 311 auf 318; der Besuch der Franzosen stieg von 87 auf 41, der Italiener von 32 auf 33, der Dänen von 8 auf 11, der Portugiesen von 6 auf 8. In Luxemburg sind 48 Studierende beheimatet (dieselbe Zahl wie im Vorjahr, in Amerika 289 (273), in Asien 184 (206), in Afrika 45 (29) und in Australien 3 (1).“

Wie diese Zahlen erkennen lassen, ist der Andrang ausländischer Studenten zu den deutschen Universitäten keineswegs so stark, als wie das ursprünglich angenommen wurde. Lediglich beim Studium der Medizin zeigt sich ein nicht unerhebliches Anwachsen der Ausländer. Unter diesen Umständen scheint der Erlaß des Kultusministers doch recht überflüssig und es scheint fast, als ob sein Zweck eigentlich nur der ist, konfessionell oder politisch mißliebige Ausländer fernzuhalten.

### Volksschulend in Mecklenburg.

Für die Schulen auf dem Lande besteht in Mecklenburg die Verordnung, daß der Lehrer aus triftigen Gründen auf einen Tag in der Woche Urlaubnis zum Verlassen der Schule erteilen kann, die Gutsobrigkeit aber kann wöchentlich drei Tage vom Schulbesuch dispensieren. Der Junker soll allerdings, so steht im Gesetz, das Einvernehmen des Pastors als Schulaufsichtsbehörde einholen. Er soll es. Es geschieht aber kaum; denn sonst dürften nicht so viele Fälle vorkommen, wo die Gutsbesitzer die Schulnaben zu Treiberdiensten für ihre Jagden und für sonstige Tätigkeiten für den gutherrlichen „Hofdienst“ antreten und die Schule veräumen lassen. Nun sollen die Lehrer solche Angelegenheiten der Aufsichtsbehörde zur Anzeige bringen. Aber der Gutsherr ist doch der Schulpatron und damit der direkte Vorgesetzte des Lehrers. Aber was das tollste ist, dem Gutsherrn steht ja auch noch das Kündigungsrecht dem Lehrer gegenüber zu. So begreift man, daß das Organ der Lehrerschaft, die „Mecklenburgische Schulzeitung“, schreibt, daß es für den Lehrer „nicht so einfach ist“, solche Gelegenheitsarbeiten zur Anzeige zu bringen, denn seine Pflichten gegen die Schule und diejenigen gegen seine Familie werden dabei oft kollidieren! Aus Angst vor den Schiltnierungen durch den Gutsherrn muß also der Lehrer über den Verstoß des Schulpatrons beide Augen zudrücken. Jüngst fand sich nun freilich ein Lehrer, der den Pat hatte, die ungesetzliche Dispensierung der Schulkinder anzugehen. Und darauf hat die mecklenburgische Regierung dem Junker eröffnet, er solle sich „künftig der Dispensation von Schültern zu Jagd und ähnlichen Zwecken enthalten, denn solche Dispensationen sollten nur in dringenden durch die häuslichen Verhältnisse der Kinder und deren Eltern bedingten Fällen erteilt werden.“ — Wie wir die mecklenburgischen Junker kennen, wissen wir, daß durch jene ministerielle Eröffnung an der Sache nichts geändert wird, solange eben dies Verfassungsgesetz fortbesteht.

### Herrenrecht auf dem Lande.

War der Strafkammer in Lübeck hatte sich am 27. September der Doppelpacker Start auf Krumbel im Niedersächsen wegen Körperverletzung zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender. In einer zum Hof Krumbel gehörigen Kute hatte sich ein Mädchen bei einer ihm bekannten Frau aufgehalten. Der Doppelpacker verbot jedoch dem Mädchen das Weichen dorthin, und als es am Nachmittag noch in der Kute anwesend war, brachte Start das Mädchen mit Gewalt hinaus. Dabei kam es — das guter Hoffnung ist — zu Fall und wollte nicht mehr aufstehen. Start, ein großer, kräftiger Mann, nahm nunmehr seinen Stolz und schlug dem Mädchen damit auf das Gesicht. Vor Gericht bestritt der Angeklagte, mehrmals geschlagen zu haben. Die vom Arzt fest-

gestellte Schwellung des Handgelenkes des Mädchens rühre vielleicht von dem „Hinausbringen“ aus der Kute, nicht aber vom Schlagen her. Das Schöffengericht hatte Start wegen Körperverletzung zu der exorbitanten Strafe von — drei Mark verurteilt, was von diesem als ein bitteres Unrecht empfunden wurde, weshalb er Berufung einlegte. Die Strafkammer hatte dem auch ein Einsehen, hob das Urteil auf und sprach den prägelenden Doppelpacker frei. In der Begründung seines lehrreichen Spruches führte das Gericht aus, er verkenne zwar nicht, daß Start das Schlagen hätte unterlassen sollen, doch sei in diesem Falle die Anwendung des Stodes nicht als gefährliches Werkzeug zu betrachten. Der Angeklagte habe geglaubt in Rotwehr zu handeln; es sei zu bezweifeln, daß solche vorgelegen habe.

Es hätte nur gefehlt, daß das Gericht dem Antrage des Verteidigers, die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, gefolgt wäre. Dann erst hätte dieses markante Bild aus unserem Rechtsstaate Anspruch auf Vollständigkeit gehabt. Zur Wehrung des Vertrauens weiter Volkstheile zu unserer deutschen Rechtsprechung dürfte es auch so kaum beitragen.

### Amtliche Inzerate zur Hebung der Rentabilität agrarischer Blätter.

Im Einverständnis mit den führenden Männern des Bundes der Landwirte in Schlesien, z. B. Krader von Schwarzenfeldt, läßt die dort erscheinende agrarisch-antifeministische „Schlesische Morgenzeitung“ einen vertraulichen Hiferuf nach Inzeraten los. In diesem Hiferuf befindet sich auch folgender bezeichnender Satz, der von konserwativen Vorkämpfern die Ueberweisung amtlicher Bekanntmachungen verlangt: „Manche amtliche Bekanntmachung (!), manche Verkaufsanzeigen, Stellenangebote und vor allem Familienanzeigen, die ohne Bedenken in den politisch gegnerischen Blättern veröffentlicht werden, entgehen der „Schlesischen Morgenzeitung“ trotz ihrer Verbreitung in der ganzen Provinz, würden aber viel zur Hebung des geschäftlichen Ansehens wie auch zur Rentabilität der „Schlesischen Morgenzeitung“ beitragen und das allgemeine Interesse an derselben wesentlich erhöhen.“

Es sind also keineswegs neue Opfer, die wir unseren Gefinnungsfreunden zumuten; wir erbitten nur Gefälligkeiten und appellieren an das politische Gewissen.“

### Frankreich.

#### Eine Nachwahl.

Paris, 29. September. (Nachg. Ver.) Die gestrige Nachwahl in Dijon, wo der Nachfolger des verstorbenen Deputierten Genossen Vouhey-Alier zu wählen war, hat für die geeinigte Partei ein günstiges Ergebnis gehabt. 1910 war Vouhey-Alier im zweiten Wahlgang durchgedrungen, nachdem er im ersten 6082 Stimmen auf sich vereinigt hatte. Gestern bekam der Kandidat der geeinigten Partei, der ehemalige Eisenbahner Barabant 7019 Stimmen. Der Gewinn der sozialistischen Partei beträgt also 1000 Stimmen, trotzdem über 2000 Wähler weniger zur Urne gegangen sind. Ein liberal schimmernder, von den Kapitalisten geförderter Kandidat, hat 6263 Stimmen erhalten, ein unabhängiger radikaler, der vor der Wahl erklärt hat, im zweiten Wahlgang seine Pflicht gegenüber der drohenden Reaktion zu tun, brachte es auf 3105 Stimmen. So scheint der Sieg des sozialistischen Kandidaten gesichert.

### Rußland.

#### Die Regierungspresse für — die deutsche Sozialdemokratie.

Es gehört zum eisernen Bestand der Reptilpresse in allen Ländern, die Sozialdemokratie eines anderen Staates gegen die eigene auszuspielen, sie als „patriotisch“, „vernünftig“, „mahvoll“ usw. zu bezeichnen. Nach diesem Rezept sucht nun auch die russische Reptilpresse die Beschlässe des Jenaer Parteitages auszubeuten. Die Petersburger Zeitung „Swet“, die den Massenstreikbeschluss des Parteitages so aufgefaßt hat, als lehne die deutsche Sozialdemokratie überhaupt jeden Streik ab, spielt diesen Beschluß gegen — die Kaptharbeiter von Waku aus, die seit einigen Wochen in geschlossenem Reihen erfolgreich gegen die Kapthahndikate gekämpft haben: „Es wäre nützlich — schreibt der „Swet“ — wenn die Beschlässe des Jenaer Parteitages, der den Streik abgelehnt hat, unter unseren Arbeitern verbreitet werden würden.“ Das russische Regierungsbüro „Rossija“ druckt diese Auslassungen ab und bemerkt hierzu: „Unsere Arbeiter würden nicht wenig erstaunt sein, wenn sie die deutschen Sozialdemokraten nicht durch die Vermittlung ihrer jetzigen Führer, sondern auf Grund unparteiischer Quellen kennen lernen würden.“ Das Petersburger Arbeiterblatt „Die neue Arbeiterzeitung“ macht daran anknüpfend den Vorschlag, die deutsche sozialdemokratische Literatur, die jetzt streng konfisziert wird, in Rußland frei zu geben, die Einfuhr der deutschen sozialdemokratischen Zeitungen, namentlich des „Vorwärts“ in Rußland zu gestatten, das öffentliche Auftreten deutscher Sozialdemokraten in Rußland zu genehmigen, damit die russischen Arbeiter die Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie aus erster Quelle kennen lernen sollten. — Das wäre nicht übel!

### Amerika.

#### Die Kämpfe in Mexiko.

New York, 1. Oktober. Aus El Paso in Texas wird gemeldet: In einer Konferenz in Hermosillo beschloßen die fünf Nordstaaten Mexikos, sich von der Bundesregierung zu trennen und einen eigenen Staatenbund zu gründen.

### Aus der Partei.

#### August-Bebel-Zeitung.

Genosse Bebel hat dem Armen- und Waisenfonds der Stadt Weimar 6 000 M. überwiesen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Annahme einstimmig beschlossen. Genosse Bod regte an, daß Zuwendungen aus dieser Stiftung nicht als Armenunterstützungen betrachtet werden möchten, die den Verlust politischer Rechte nach sich zögen, was im befriedigenden Sinne zugefagt wurde.

#### Der siebente Kursus der Parteischule

hat am Mittwoch, den 1. Oktober, begonnen. Es nahmen diesmal 30 Genossen und eine Genossin an dem Unterricht teil. Von den Gewerkschaften sind acht Teilnehmer entsandt worden, und zwar von den Bauarbeitern zwei Genossen, von den Bergarbeitern, Dachdeckern, Friseurern, Holzarbeitern, Fertilarbeitern und Transportarbeitern je ein Genosse. Außerdem hat noch die Zentralstelle für die arbeitende Jugend einen Genossen auf die Parteischule entsandt.

Genosse Heinrich Schulz wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Parteischule im Laufe ihres fünfjährigen Daseins feste Wurzeln im Boden des deutschen Parteilebens geschoßen habe. Einige in den Anfängen ihres Bestehens laut gewordene Bedenken seien verstummt, vor allem die Befürchtung, daß der Besuch der Parteischule für die praktische Arbeit von keinem besonderen Nutzen sei. Die erfreuliche Tatsache, daß die Gewerkschaften immer mehr Genossen auf die Parteischule entsenden, beweise in besonderem Maße den Wert planmäßiger theoretischer Belehrung für die unmittelbare Praxis des täglichen Kampfes. Leider sehe die größte Gewerkschaft noch abstrakt beiseite, die Metallarbeiter lehnten die Beschäftigung der Parteischule nach wie vor ab; man habe Bedenken gegen die „schwerverständlichen Wissensgebiete“ über Geschichte und Nationalökonomie, die Hauptgebiete der Partei-

schule, seien nicht schwer verständlich, besonders dann nicht, wenn man sie ungeführt durch Berufs- und Parteiarbeiten und unter sachkundiger Anleitung ein halbes Jahr lang studieren könne. Geschichtliches und nationalökonomisches Wissen sei aber sehr wichtig, ja unentbehrlich für jeden Genossen, der in der Partei- oder Gewerkschaftsarbeit seine volle Pflicht erfüllen wolle.

Genosse Hermann Müller begrüßte die Parteischüler im Namen des Parteivorstandes. Er knüpfte an die Eröffnung des ersten Kuriums der Parteischule im November 1906 an. Die Eröffnungsrede habe damals Genosse Wedel gehalten, dem die Errichtung der Parteischule auch in erster Linie zu danken sei. Er habe das neue Institut für so wichtig gehalten, daß er trotz seiner vielen sonstigen Arbeiten während der ersten Jahre das Degenerat der Parteischule im Parteivorstande persönlich ausgeliebt habe. Die Parteischüler sollten während des halben Jahres nicht zu politischen Klappnetzen gedrückt werden, sondern sie würden von berufenen Fachleuten mit den wichtigsten wissenschaftlichen Grundlagen für eine zuverlässige politische Bildung vertraut gemacht, um dadurch in ihrer grundsätzlichen politischen Überzeugung gefestigt und zu erhöhter Selbstständigkeit in der politischen Betätigung befähigt zu werden.

### Die Organisationen zum Parteitag.

Die Kreisgeneralversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den dritten Hamburger Wahlkreis nahm am Sonntag den Bericht der Delegierten vom Parteitag entgegen, den Henze erstattete. Der Referent verteidigte die Haltung, die die Mehrheit der Hamburger Delegierten in der Kaiserfrage, zur Steuerfrage, zum Fraktionsbericht und zum Massenstreik eingenommen hat. Die beiden Delegierten, die durch Zustimmung zu den Resolutionen Luxemburg und Geher in der Massenstreik- und in der Steuerfrage einen abweichenden Standpunkt eingenommen haben, vertreten diesen Standpunkt in der Diskussion; andere Diskussionsredner verlangten erhöhte Tätigkeit in der Frauen- und Jugendbewegung. Ein Redner zog den Werftarbeiterstreik in die Debatte und meinte, die Behandlung, die den Hamburger Werftarbeiter durch die Zeitung des Metallarbeiterverbandes widerfahren sei, werde sich noch rächen und auch der Partei Schwierigkeiten bereiten. Es ist nicht daran zu denken, daß die Werftarbeiter, denen ein wohlhabenderer Kampf durch die eigene Organisationsleitung zerstört worden sei, so leicht wieder zu großen Demonstrationen oder zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai bereit sein würden. Diesen Ausführungen wurde nicht widersprochen, sie fanden bei einem Teil der Versammlung starken Beifall. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Aeußerungen, die Genosse Bauer auf dem Parteitag über den Werftarbeiterstreik getan hat, protestiert. Einer Anregung des Parteisekretärs Genossen D. Stubbe folgend, sollen die Fragen, die den Parteitag hauptsächlich beschäftigt haben, in den Distrikten weiter diskutiert werden, da die Debatte hierüber in der Kreisgeneralversammlung wegen vorgerückter Zeit geschlossen werden mußte.

Im Distrikt Elmshüttel des 3. Hamburger Wahlkreises referierten Lutz und Hoffmann über den Parteitag. In der Diskussion wurden die dort gefassten Beschlüsse größtenteils im zustimmenden Sinne besprochen, auch eine Resolution angenommen, die diese Zustimmung ausdrückt, zugleich aber die Erwartung, daß in Hamburg es bei der Abführung der Beiträge bei dem bisherigen Verfahren bleibt. Allgemeine Anerkennung fand die Behandlung, die die Arbeitslosenfrage auf dem Parteitag gefunden hat.

In Köln erstatteten die Genossen Sollmann und Fries Bericht über den Parteitag. Sollmann bemängelte die Fassung der Massenstreikresolution des Vorstandes, die manchen Delegierten, der sonst nicht mit der Genossin Luxemburg gehe, veranlaßt habe, für deren Resolution zu stimmen. Die Rede des Genossen Bauer habe dann ein übriges getan, um den Wert der Vorstandesresolution zu beeinträchtigen. Auffallend sei, daß Scheidemann in seiner Polemik gegen die Freunde der Massenstreikdiskussion nur nach links so wach geworden sei, dagegen den Genossen Franz sehr glimpflich behandelt habe, der doch zu den ersten Arbeitern der neuen Diskussion gehört habe. — Ueber die Verhältnisse im Interesse des Rechts die Akten noch nicht geschlossen werden. — In der Steuerfrage habe er für die Entschließung Sturm gestimmt, weil sie den Parlamentarier die Ausnutzung tatsächlicher Möglichkeiten gestatte und es unklar sei, unseren Gegnern zu verraten, welchen Standpunkt unsere parlamentarischen Vertreter in gewissen Situationen einnehmen. Ein Parteitag der Klärung, wie einige Parteimitglieder behaupteten, sei der Parteitag nicht gewesen. Die Bestimmungen hätten noch keine klaren Richtungen herausgearbeitet. Die alte Schablone Revisionismus — Radikalismus sei allerdings ausgegeben. Genosse Fries meinte, daß Scheidemann an Konstanzen in der Partei stark verlieren werde, wenn er noch viele solche Reden halte wie in Jena. Der neue Kaiserbescheid werde nun hoffentlich von den Angehörigen gehalten werden. In der Aussprache bedauerte Gauweiler Ahrns, daß die Kölner Delegierten für die Entschließung Luxemburg gestimmt hätten. Es liege wohl zum Teil mangelndes Verständnis für die Schwierigkeiten der Organisationsarbeit vor. Arbeitersekretär Partels trat dem Genossen Fries scharf entgegen wegen der Rede, die Fries zur Kaiserfrage auf dem Parteitag gehalten habe. Fries habe die Vorgänge bei der Kaiserfrage in Köln im Jahre 1913 falsch dargestellt. Von einem Referentenstreik könne keine Rede sein. Genosse Schubart widersprach darin dem Genossen Partels. Genosse Reetzfeld begrüßte die Annahme der Vorstandesresolution in der Massenstreikfrage schon deshalb, weil sie auf einer Vereinbarung mit der Generalkommission beruhe. Das Wort Kulturzioniere für die Gesamtheit unserer Angestellten hätte Scheidemann im Interesse des lieben Friedens lieber nicht gebrauchen sollen. Mit dem Wachstum unserer Bewegung werde das Problem des Verhältnisses zwischen Massen und Führern immer wichtiger. Wir müßten ernstlich an seiner Lösung arbeiten und nicht alle, die Kritik an Angestellten üben, ohne weiteres abstoßen. Die Versammlung vertagte sich. Es sind noch 10 Redner vorgemerkt, darunter die Abgeordneten Hofrichter und Erdmann.

Zu interessanten und scharfen Diskussionen zwischen den Vertretern der Minderheit und der Mehrheit des Parteitags kam es in einer Parteigeneralversammlung für Dresden-Vand. Der Delegierte Zohn plädierte für Beschränkung der Trinkenmenge und meinte gegenüber Scheidemann, das Mitgliederreferat sei nicht aus, sondern nur abgelehnt. Wenn man die Ausführungen der Genossin Luxemburg und die des Genossen Bauer zum Massenstreik einander gegenüberstelle, so sehe man auf der einen Seite ein Draufgängerum, das sich mit auf die Unorganisierten, auf die breiten proletarischen Massen verlaßt, auf der anderen Seite konservatives Festhalten an der organisatorischen Gewerkschafts- und Parteiarbeit. Dem Parteitag sei es gelungen, die richtige Mittelstraße zu finden. Der Delegierte Walther gab seiner von den anderen Delegierten abweichenden Meinung Ausdruck. Neue Waffen zur Befreiung des Proletariats habe der Parteitag nicht geschmiedet. Er habe weder Waffen gegen den Imperialismus gebracht, noch habe er die Beweglichkeit der Massen gefördert. In der Partei sei Stillstand. Die Bekämpfung der Genossin Luxemburg sei geführt worden, als ob eine inhumane Haltung vorhanden sei. Eine Gefahr liege aber im Gegenteil in der zunehmenden Bürokratie der Gewerkschaften und der Partei. Wenn ihnen die Selbstständigkeit des Genossen Scheidemann entgegengestellt würde, so könne man dazu nur sagen: jede Partei hat den Vorstand, den sie verdient. Er wolle nicht stehen bleiben, darum habe er für die Resolution Luxemburg gestimmt und wenn ihm noch etwas gefehlt habe zu der Überzeugung, daß er auf dem richtigen Wege sei, dann sei dies die Rede des Genossen Bauer gewesen.

Genosse Wach meinte, die „Dresdener Volkszeitung“ habe nicht recht, wenn sie von einem Parteitag der Klärung spreche. Scheidemann habe wieder gedauert und Bauer versucht, den Massenstreik totzureden. Die Versammlung möge über Massenstreik und Steuer-

frage abstimmen, damit sich zeige, ob sie hinter ihrem Vertreter im Reichstag oder hinter der Mehrheit des Parteitags stehe.

Genosse Fleißner: Franz habe das Signal zum Massenstreik gegeben. Wenn nun statt gegen diesen gegen die Genossin Luxemburg vorgegangen wurde, so zeige dies von der großen Animosität, die gegen diese Genossin herrsche, an der sie allerdings nicht ganz unschuldig sei. Auf dem Parteitag habe der verderbliche Ton der Selbstzufriedenheit geherrscht. Auch der Formalismus werde zu viel gepflegt, das habe der Fall Nabel gezeigt, der für Deutschland noch nicht erledigt sei. Die Massenstreikdebatte wurde als parteischädlich bezeichnet. Das sei eine unbewiesene Behauptung. Wir haben darin ein Ergebnis, daß der Massenstreik jetzt noch nicht angewendet werden und daß er eventuell auch um das preussische Wahlrecht geführt werden solle. Auf die Beschwörungen des Massenstreiks sei weidlich losgehauen worden, aber niemand sagte etwas gegen die sozialistischen Monatshefte, die alle Jahre vor dem Parteitag den Gegnern massenhaft Material liefern. Das sei parteischädlich. Wenn man die Debatte über den Massenstreik auf dem ersten Jenaer Parteitag mit der jetzigen vergleiche, dann finde man, daß Genosse v. Elm damals fast dieselben Argumente über die Unorganisierten vordrachte, die jetzt der Genossin Luxemburg so sehr lieb genommen würden. Damals herrschte bei der Massenstreikdebatte ein erfrischender Eifer und eine große Begeisterung, die diesmal einer schweren Kampfmüdigkeit Platz gemacht habe.

Genosse Parteisekretär Rahmann tritt den Vorrednern entgegen. In den Massen sei keine Begeisterung für den Massenstreik, nicht einmal Interesse, wie der schlechte Besuch der Versammlungen, in denen er erörtert werden sollte, beweise. Solange die Genossen in Preußen nicht den Mut hätten, bei der Wahl ihre Stimme öffentlich abzugeben, solange viele Tausende den Unternehmern gegenüber nicht den Mut finden, ihre Interessen zu vertreten und sich zu organisieren, so lange könne an einen erfolgreichen Massenstreik nicht gedacht werden.

Landtagsabgeordneter Rißke: Wenn gesagt worden sei, die Logik der Tatsachen werde in den nächsten Jahren beweisen, daß die Beschlüsse des dritten Jena verfehlt waren, so sei dem entgegenzuhalten, daß die Logik der Tatsachen seit dem Tage in Leipzig nicht im Sinne der Minderheit, sondern im Sinne der Mehrheit des jetzigen Parteitages gesprochen habe. Diese Logik der Tatsachen zwinge uns immer mehr, über das radikale Verbot zur sozialistischen Tat, zur positiven Arbeit überzugehen. Die Partei müsse tun, was die Verhältnisse von ihr verlangen, tue sie das fernher wie diesmal, dann werde sie, wie das auch bei den Gewerkschaften zu sehen sei, stetig vorwärts kommen.

Nach vierstündiger Dauer wurde die Versammlung, ohne Beschlüsse gefaßt zu haben, geschlossen.

### Zum Fall Nabel.

In einer Anzahl Parteiblätter, so der „Leipziger Volkszeitung“, der „Chemnitzer Volksstimme“ und der „Dreiner Bürgerzeitung“, wird gegen die Erklärung des Parteivorstandes über die Erledigung des Falles Nabel auf dem Jenaer Parteitag polemisiert. Der Grundgedanke der Polemiken läuft darauf hinaus, daß nach Aufhebung dieser Parteiblätter Nabel noch Mitglied der deutschen Organisation sei. Davon kann nach dem Verlauf der Jenaer Verhandlungen im Falle Nabel, über deren Korrektheit und Klarheit die Meinungen weit auseinandergehen, keine Rede sein. Nabel ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, infolge des Jenaer Beschlusses nicht mehr als deutsches Parteimitglied anzusehen.

### Gemeinderatswahlen in Hessen.

In Wilhelms- und Neu-Fienburg, zwei Gemeinden nördlich und südlich von Frankfurt a. M. gelegen, erlitten unsere Genossen am Sonntag eine Niederlage. In Wilhelms verloren sie 5 Mandate und damit die Mehrheit im Gemeinderat, die sie bisher innehalten. In Neu-Fienburg wurden 6 Bürgerliche gewählt. Unsere Genossen behielten aber die Mehrheit; sie verfügen noch über 11 Sitze von 18. — In Eschborn, einer heilichen Gemeinde, in der viele in Frankfurt a. M. beschäftigte Arbeiter wohnen, wurden 4 Genossen in den Gemeinderat gewählt. Unsere Genossen behielten die Mehrheit; von 15 Sitzen haben sie 12 inne.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Presseprozeß.

In Gotha wurde Dienstag in mehrtägiger Verhandlung Genosse Otto Geitner als Verantwortlicher des Gothaer „Volksblatt“ wegen Majestätsbeleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verteidigung wurde in einer kurzen, Ende Februar erschienenen Kollie des Blattes gefunden, die über einen geringfügigen Anstoß des Herzogs von Coburg-Gotha berichtete. Die Tendenz jener Kollie richtete sich in satirischer Weise gegen das Gothaer Regierungsorgan, das in bedenklichem Exzessivismus geringere Hontabstufungen des Herzogs mittels Extrablatt als Sensationsmeldung in die Welt versetzt hatte. In der humoristischen, im Thüringer Dialekt gehaltenen Ueberschrift sah das Gericht eine Beleidigung und erkannte unter Zubilligung mildernder Umstände auf obige Strafe.

## Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge.

Auf der diesjährigen Tagung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, die am Montag begann, wurde zunächst über den Schutz der Familie gegen den trunksüchtigen Familienvater debattiert. Die Referentin Dr. Frieda Duensting-Berlin brachte zwar eine recht stattliche Zahl von sogenannten Demonstrationen vor, in denen Ehefrauen durch den trunksüchtigen Mann schwer an Leib und Leben gefährdet wurden und vergeblich Behörden oder Vereine um Schutz für sich und ihre Kinder anrufen hatten. Aber sie verpaß dabei vollständig, dem Wesen jenes Familienlebens nachzugehen. Sie wollte nur beweisen, daß es bis jetzt an den ausreichenden gesetzlichen Mitteln zu einem wirksamen schützenden Eingreifen fehle; wollte nur ihre Forderung begründen, die sie so formulierte: Gewalttätige Trunksüchtige, die trunksüchtig auf zurückzuführen Handlungen gegen die persönliche Sicherheit von Angehörigen begangen haben und das Wohl der Familie gefährden, sind aus der Familie zu entfernen und bis zur Besserung in Gewahrsam zu halten. Hierzu die erforderlichen, zuverlässigen wirksamen Mittel zu schaffen, ist eine dringende Aufgabe und Pflicht der Gesetzgebung. Der Ruf nach Polizei und Staatsanwalt war also der Referentin Weltschmerz letzter Schluß. Daß unsere Lebensmittel verteuerte Wirtschaftspolitik hier ganz besonders auf die Anklagebande gehet, daß überhaupt unsere vielgepriesene sozialistische Staatsökonomie in vielen, vielen Fällen es ist, die dem Proletariat die Schnapsflasche in die Hand zwingt, die herrschende Staatsordnung, die ihn weder materiell noch ideell aufheben läßt, durch Bildung und Pflege des Geistes zu wahrhafter, alle Nothwendigkeiten verachtender Sitze, diese göttliche Weltordnung, die es zuläßt, daß die Bildungsbefreiungen der Arbeiterschaft sogar bedrohlicher Weise geschmälert werden — alles das verschwieb die Höflichkeit der Dame, während sie ihre Jubler und Jublerinnen durch den tiefen, trüben Morast des Glanzes führte, den der Schnapssteufler verursacht. Kein Wort ließ die Dame hören von dem erfolgreichen, unerwähnten Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der kassendürftigen Arbeiterschaft gegen jenen Schnapssteufler führt!

Die Vertagung der Trunksucht stellte auch der zweite Referent, Buchhausbildungs- und Schwaandner-Ludwigsburg, mit in den Vordergrund, freilich auch, ohne auf die Grundursachen hinzuweisen. Er stellte folgende Forderungen auf: Im Interesse eines wirksamen Schutzes der Familie gegen trunksüchtige Familienväter sind freudig zu begrüßen die von der Strafrechtskommission vorgeschlagenen Bestimmungen des künftigen deutschen Strafgesetzbuchs bezüglich der Bestrafung und Behandlung von Trunkern und

Trunksüchtigen, namentlich die sichernden Maßnahmen der Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt und der Verwahrung der freigesprochenen gemeingefährlichen Trinker in einer Heil- und Pflegenanstalt. Zur Erhöhung der Wirksamkeit dieses Schutzes ist anzustreben: 1. Einführung des Pollard-Systems ins neue Strafgesetzbuch in Verbindung mit den Bestimmungen über die bedingte Strafaussetzung; 2. einheitliche Gestaltung der Schutzfürsorge und Schutzaufsicht im Sinne einer Verwahrung und Ausdehnung der Berufsverbotsmaßnahme auch auf die Schutzaufsicht; 3. Bewilligung hinlänglicher öffentlicher Mittel für die Schutzaufsicht und Schutzfürsorge; 4. das Antragsrecht der Staatsanwaltschaft im Entmündigungsverfahren wegen Trunksucht; 5. Aenderung der Strafprozessordnung in Abhängigkeit auf die Verhängung von Untersuchungshaft durch Einführung des Haftgrundes der Vorbeuge sowie durch Ausdehnung der Vermutung der Rückgefahr auch auf solche Vergehen, bei denen die sichernden Maßnahmen der Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt oder der Verwahrung in einer Heil- und Pflegenanstalt zulässig sind.

In der langen Diskussion vertraten fast alle Redner die Auffassung, daß das bestehende Recht genügt. Geheimrat Pütter-Berlin berichtete über die dortigen Fürsorgestellen, die aber praktisch nur wenig ausgerichtet wännen. Nach der Meinung von Geheimrat Dr. Dieß von der heftigen Landesversicherungsanstalt in Darmstadt ist die Drohung mit der Entmündigung wirksamer beim Trinker, als diese selbst. Das Pollard-System habe in Hessen keine günstigen Erfahrungen gezeigt. Ein Krebschaden sind die Trinksitten, sagte Prof. A. Schaffenburg. Das war bisher die einzige Aeußerung, die sich auf die Trunksucht in anderen Kreisen als proletarischen bezog, bis Amisbrücker Maj-Osthoen unerwidert genug war, diesem Zirkel zuzurufen, daß auch in den mittleren und besseren Kreisen „getrunken“ werde; hier allerdings meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit; und dann nenne man es hier die „Poesie des Trinkens“. Der Redner verlangte, daß sich die Kreisämter für die Befreiung der Institution des „Trinkens“ einsetzen sollten. Sie ist eine Art Naturleistung für den Arbeiter in der Wein- und Obstgärten, an Stelle von Arbeitslohn. Bis zu 10 Schoppen empfängt mancher Arbeiter statt Geldlohn! Diese Quelle der Trunksucht müßte verstopft werden. Auch Beigeordneter Gehlbar warnte aus seiner Praxis, daß man mit den derzeitigen Mitteln auskommen vermöge. — Die Tagung geht Dienstag weiter.

## Letzte Nachrichten.

### Vom serbischen Kriegsschauplatz.

Belgrad, 1. Oktober. (P.-C.) Die Albaner stehen in der Nähe von Branische und Prizrend. Die anderen Kolonnen wurden über die Grenze vertrieben. Die serbische Armee ist nach gestern abend eingelaufenen Berichten 15 Kilometer weit in das albanische Gebiet eingedrungen. Seit gestern werden blutige Kämpfe in Dibra geführt, worüber die Blätter fürchterliche Details veröffentlichen. Man nimmt in hiesigen militärischen Kreisen an, daß die Albaner heute gezwungen sein werden, die Stadt zu verlassen. Sämtliche Dörfer, aus denen sich die Albaner zurückziehen, sind vollkommen niedergebrannt.

Belgrad, 1. Oktober. (M. T. B.) Wie das Serbische Pressebureau meldet, ist das serbische Heer gestern früh in Dibra und Ogriza eingezogen. In der Umgebung von Branisch haben gestern keine Gefechte gegen Krantenbanden stattgefunden.

### Eine Erklärung Essad Paschas.

Belgrad, 1. Oktober. (M. T. B.) „Tribuna“ meldet, Essad Pascha habe an die serbische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er sein Bedauern über die blutigen Ereignisse an der serbisch-albanischen Grenze ausdrückt, gleichzeitig aber erklärt, daß er mit seinem Anhang die Integrität des durch die Londoner Vorkonferenz abgegrenzten albanischen Staatsterritoriums gegen die serbische Armee verteidigen werde.

### Der chinesisch-japanische Konflikt.

London, 1. Oktober. (M. T. B.) Die Gerüchte von einer Vermehrung der japanischen Streitkräfte in Hanfau und von einer Landung zahlreicher Truppen in Kanfing sowie von der Absendung eines Ultimatum sind nach einer dem Reuterschen Bureau von japanischer Seite gegebenen Versicherung gänzlich unbegründet. Nur 200 Matrosen seien in Kanfing gelandet, um die japanische Niederlassung zu bewachen. Die japanischen Kriegsschiffe vor Kanfing würden zurückgezogen werden, sobald die Ordnung wieder hergestellt sei. Nach den letzten Nachrichten könnte der Zwischenfall von Kanfing als beigelegt betrachtet werden, da China versprochen habe, alle japanischen Forderungen einschließlich der Absetzung General Changluens zu erfüllen.

### Die Behandlung der Tarifbill im Senat.

Washington, 1. Oktober. (M. T. B.) Der Senat hat die Diskussion über den Bericht des Komitees für die Tarifbill um vierundzwanzig Stunden vertagt, um den demokratischen Caucus in die Lage zu versetzen, seine Beratungen abzuschließen. Seitens der demokratischen Führer liegt die Absicht vor, die Bill nicht mit Gewalt im Senat durchzubringen, sondern ausreichende Zeit für eine Debatte hinter verschlossenen Türen zu gewähren.

### Eisenbahnunfall.

Bosen, 1. Oktober. (Amtliche Meldung.) Der Zug D 55 überfuhr heute nachmittags 2 Uhr auf der Strecke Dentschen-Bosen vor dem Bahnhof Dopiets einen Bahnweiserwagen. Eine auf dem Wagen sitzende Frau eines Hülfsweiserstellers wurde getötet und ihr zweijähriges Kind verletzt. Der Zug erlitt 70 Minuten Verspätung. Reisende wurden nicht verletzt. Die amtliche Untersuchung über die Ursache des Unfalles ist eingeleitet.

### Zwei große Brände.

Cutingen bei Worzhim, 1. Oktober. (M. T. B.) Hier sind heute nachmittags durch Großfeuer sieben Häuser und sechs Scheunen zerstört worden. Auch die Kirche war stark gefährdet. Der Schaden ist sehr beträchtlich, jedoch kann jetzt jede Gefahr als beseitigt gelten.

Jansbrud, 1. Oktober. (M. T. B.) In Jlich bei Landel in Oberinnthal brach heute vormittags Feuer aus, das in kurzer Zeit drei Bauerngehöfte samt den Stallungen einäscherte. Zwei Schweinen mit Namen Thurner konnten sich nicht in Sicherheit bringen und kamen in den Flammen um.

### Die Unweiterkatastrophe am Bodorus.

Konstantinopel, 1. Oktober. (M. T. B.) Unausgesehen treffen neue Einzelheiten über die durch das geistige nächste Unweiter in den Vororten hervorgerufene Katastrophe ein. Wasser und Erdmassen sowie Steinblöcke zerstörten eine Anzahl Quarantänebaracken bei Venlos am asiatischen Ufer des Bodorus, wo tausend muslimanische Flüchtlinge in Quarantäne lagen. Mehrere von ihnen verunglückten tödlich, bis jetzt sind acht Bekannte geborgen worden. Ein Arzt und eine ganze Familie sind ertrunken. Auf der Marmarainel sind etwa 30 Häuser und Geschäfte zerstört worden. Bei dem Unweiter wurde die alte Galatabrücke, die zur Hälfte noch stehen gelassen war, weggerissen. Sie stürzte auf das Transportschiff „Kelsch“, das fast vollkommen zerstört wurde. Auch das Torpedoboot „Samhan“ erlitt ziemlich bedeutende Schaden; ein Matrose ist ertrunken.

# Für die Kleinen!

hat die Mode diesmal in besonders ausgiebiger Weise gesorgt!

Die farbenfreudigen Phantasie- und Unistoffe — die vornehm wirkenden Astrachan- und Curlgewebe — zusammen mit allerliebsten Fassons betonen die kindliche Anmut in idealer Weise.

Dabei ist es — wenn Sie zu uns kommen — durchaus nicht nötig, viel Geld für einen solchen Mantel auszugeben.

Schon für 8 bis 10 Mark bekommen Sie bei uns einen Mantel, der in bezug auf Aussehen, Verarbeitung und Dauerhaftigkeit Ihren Ansprüchen voll und ganz genügen dürfte.



Sonntags geschlossen

Königstr. 33 Chausseestr. 113

Am Bahnhof Alexanderpl. Ecke Invalidenstraße

## Ein Anzug

der alle charakteristischen Merkmale guter Maßarbeit aufweist, wird Ihnen gefallen.

Und Ihr Gefallen wird sich nicht vermindern durch die Tatsache, daß er trotzdem nicht mehr kostet, als Sie bisher für fertige Garderobe gezahlt haben.

**Versuchen Sie's!**

**Verband der Musterwerkstätten**

N, Friedrichstrasse 108 via - à - via Karlstraße  
 S, Kottbuser Damm 77 Ecke Pragerstr. 1  
 Charlottenburg, Scharrenstr. 36 Ecke Wilmersdorfer Straße.

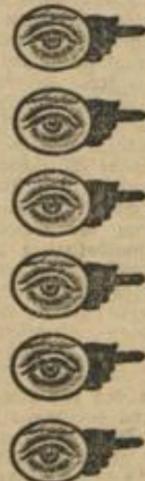
## Schuhputz SERVUS das Beste

mit Dosenöffner.

In großen Dosen a 20 Pf. überall zu haben.

Fabrik Chemische Werke Lubzynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

## Geld sparen an Augengläsern



Billige minderwertige Augengläser zu kaufen ist falsche Sparsamkeit. Solche Ware führen wir nicht. Der beste Weg, Ersparnisse zu machen, ist der, gut angepaßte Augengläser guter Qualität zu kaufen. Solche Waren preiswert zu liefern, ist unser Prinzip. Doch können Sie auch dadurch sparen, daß Sie beschädigte alte Kneifer reparieren und mit passenden Gläsern versehen lassen. Reparaturen sofort! :-: Augenuntersuchung kostenfrei.

### 10 Special-Geschäfte.

Oranien-Str. 44  
 Nahe Oranien-Platz  
 Brunnen-Str. 12  
 Nahe Invaliden-Str.  
 Friedrich-Str. 150  
 Ecke Dorotheen-Str.  
 Chaussee-Str. 72  
 neben Warenhaus Stein  
 Tauentzien-Str. 15  
 an d. Kirche

Friedrich-Str. 150  
 Ecke Tauben-Str.  
 Am Alexander-Platz  
 neben Aschinger  
 Liak-Str. 1  
 Ecke Potsdamer Str.  
 Unter den Linden 20  
 neben Conrad Feising  
 Am Spittelmarkt  
 Ecke Wall-Str.



# Optiker Ruhnke

Gewerkschaftliches.

Die „Richtlinien“ der Gelben.

Der „Werkverein“, das Organ der sogenannten Essener Richtung, veröffentlicht in seiner neuesten Nummer (39) den Entwurf von „Richtlinien für die Bundesvereine“. Das ist ein demütigen bemerkenswerter, als einer der Führer der Essener Gelben, der Redakteur des „Werkvereins“, Dr. Arnold, erst noch in jüngster Zeit der Programmlosigkeit der Werkvereine selbstbewußten Ausdruck gab. Es war auf der „festlichen Vertreterversammlung“ des Bezirksverbandes Essen und Umgegend, die am 10. August d. J. anlässlich eines Verbandsfestes stattfand, wo Dr. Arnold laut Bericht des „Werkvereins“ (Nr. 33) erklärte: „Ein bis ins einzelne ausgeführtes Programm besitzen die Werkvereine nicht; ihre Taten sprechen für sie besser, als es ein Programm tun könnte.“

Diese Worte, die eine unwillkürliche blutige Selbstironisierung darstellten, waren aber nicht nur ein Verlegenheitsprodukt, sondern sie standen auch mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße. Insofern als doch bereits am 26. Juli in Hamburg in einer Sitzung des Bundesvorstandes beschlossen worden war, die für die Brudervereine bisher schon geltenden allgemeinen Grundsätze zusammenzufassen und diese Richtlinien dem Bundesauschuß zur Prüfung und Genehmigung zu unterbreiten.

Warum also noch das Räumen der Programmlosigkeit zu einer Zeit, wo man bereits fleißig mit der Programmfabrikation beschäftigt war? Allerdings: die Ausarbeitung eines Programms für die gelben Werkvereine ist nicht nur ein unangenehmes und unrühmliches Geschäft, sondern es ist mit vielerlei sachlichen Schwierigkeiten verbunden. Einmal wegen der in Augsburg offen zum Ausdruck gekommenen Gegensätze zwischen „Berlin“ und „Essen“, sodann weil man doch zu allem der Zustimmung der Gönner und Geldgeber bedarf. Man ist deshalb auch gewiß nicht gern an diese Arbeit herangegangen. Ja, man darf als sicher annehmen, daß man nur einem Druck von Seiten der Geldgeber nachgegeben ist, sich auf ein Programm festzulegen. Diese sind mißtrauisch und trauen selbst den gelben Werkvereinen nicht mehr über den Berg. Bemerkenswert und für das „demokratische Verfassungswesen“ im gelben Bunde höchst charakteristisch ist es auch, daß über die Richtlinien nicht die Mitglieder resp. eine Generalversammlung beschließen sollen, sondern der Bundesauschuß. Die Gründe liegen auf der Hand: dieses Verfahren erscheint den Gläubigern des famosen Bundes einfacher und sicherer.

Die Richtlinien sind in folgende acht Punkte zusammengefaßt (die gesperrten Worte sind auch im Original gesperrt):

- 1. Die Bundesvereine stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung, welche in jahrhundertelanger Entwicklung organisch gewachsen ist und allen Bevölkerungsteilen die Existenzmöglichkeit bietet. Die Entwicklung namentlich in den letzten Jahrzehnten hat insbesondere auch bewiesen, daß die heutige Staats- und Wirtschaftsordnung eine gesunde Hebung des Arbeiterstandes gewährleistet. Zur weiteren Entwicklung des Volksganges ist ein eheliches Zusammenwirken aller Volksteile erforderlich. Auch der Arbeiterstand kann nur ruhig und stetig wachsen mit dem Volksgange, wobei indes für die besonderen Bedürfnisse des Arbeiterstandes, als des wirtschaftlich schwächsten Standes,

in dem notwendigen Maße durch entsprechende Gehege Sorge zu tragen ist.

2. Die dem Bund deutscher Werkvereine angehörenden Vereine haben den Zweck, ihre Mitgliedschaft wirtschaftlich, geistig und gesellschaftlich zu heben. Sie gehen bei ihrer Organisation und bei ihrer Arbeit von der Tatsache aus, daß die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter überwiegend gleichlaufend sind. Als Organisationsform erscheint den Bundesvereinen deshalb die Betriebsorganisation als die gegebene und zweckmäßigste und als Arbeitsmethode das friedliche Zusammenwirken mit dem Unternehmer.

3. Das Unternehmen als Erwerbsquelle kann nur dann gedeihen und allen Beteiligten eine gute und gesicherte Existenz bieten, wenn alle Mitarbeiter ehrlich und nach besten Kräften zusammenwirken. Dieses Zusammenarbeiten setzt wiederum voraus, daß die Arbeitsgemeinschaft auch als soziale Gemeinschaft aufgefaßt und praktisch durchgeführt wird. Der Unternehmer, die Beamten und die Arbeiter müssen sich also auch in ihren Bedürfnissen und Wünschen ehrlich und nach besten Kräften entgegenkommen und verständigen.

4. Die Zusammenarbeit erfordert an sich eine gegenseitige Rücksichtnahme. Der Werkverein beschließt im übrigen über die zur Erreichung seiner Ziele erforderlichen Schritte frei und selbständig. Der Aufbau jedes Bundesvereins muß die Bewegungsfreiheit für die Betätigung des Vereins nach diesen Richtlinien gewährleisten. Die Beiträge des Unternehmers an die Werkvereinstafeln sind gerechtfertigt durch die wirtschaftliche und soziale Gemeinschaft, sowie durch die besonderen wirtschaftlichen Vorteile, die auch dem Unternehmer durch die Wirksamkeit des Werkvereins erwachsen.

5. Die Werkvereine beruhen auf der durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit der Arbeiter, da sie Vereinigungen sind „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Der ebenfalls durch den § 152 erlaubte Streik ist lediglich eines der Mittel zur praktischen Betätigung der Koalitionsfreiheit, das natürlich auch den Werkvereinen zu Gebote steht und auf das sie auch nicht grundsätzlich verzichten. Das Mittel des Streiks ist indes für die Werkvereine nur von untergeordnetem Werte, weil es überall da nicht gebraucht wird, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterschaft zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich feststehenden Tatsache der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren. Der Streik erschüttert die Grundlagen der Erwerbsquelle sowie die bestehende Arbeits- und Interessengemeinschaft und schädigt alle Beteiligten.

In der Erkenntnis dieser Umstände verzichten die Bundesvereine auf die Anlegung von Streiklisten. Die Schaffung solcher Listen würde eine Widersinnigkeit gegen die Interessengemeinschaft bedeuten, ein unbegründetes grundsätzliches Mißtrauen des Vereins gegen den Unternehmer zum Ausdruck bringen und die friedliche Verständigung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von vornherein föhren.

6. Die Bundesvereine sind konfessionell neutral.

7. Die Bundesvereine stehen gemäß ihrem grundsätzlichen Festhalten an der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung unbedingte auf nationalem Boden. Im übrigen sind sie parteipolitisch neutral. Bei allen Wahlen treten die Vereine in erster Linie für solche Kandidaten ein, welche der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen. Ein Eintreten der Bundesvereine zugunsten der Sozialdemokratie ist ausgeschlossen.

8. Der Bund der Werkvereine hat für sich die besondere Aufgabe, die Werkvereinsbewegung im ganzen durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zusammen mit dem „Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände“ zu allen wichtigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen, welche die Interessen der Arbeiterschaft betreffen.

Eine Einwirkung auf die inneren Angelegenheiten der Bundesvereine steht dem Bund nicht zu.

Was da über Zweck und Ziel der Werkvereine gesagt wird, ist ja nichts Neues mehr. Aber es ist immerhin gut, wenn diese Gesellschaft in ihrer Gesamtheit sich in aller Form auf ein Programm festlegt. Man hat doch so den Widerstand, die Heuchelei und Schmarotzerei, in der die Vereine sich ergehen resp. ergehen wollen, hübsch schwarz auf weiß zusammengefaßt. Das wird besonders auch unseren Genossen in der Kleinagitation und im Disput mit den Werkvereinlern zu statten kommen.

Hervorgehoben sei der haarsträubende Blödsinn, der bei dem Versuch herausgekommen ist, den Wünschen der Berliner und Gleichgesinnter zu entsprechen, die den Streik nicht absolut ausgeschlossen wissen wollten, um auf diese Weise sich nicht bei anständigen Arbeitern im vornherein unmöglich zu machen. Ein Verlangen, dem die sogenannte Essener Richtung (die von Krupp abhängig ist) sich auf dem Augsburger Bundesfest widersetzt hat. Man verzichtet „nicht grundsätzlich“ auf das Mittel des Streiks, lehnt es aber grundsätzlich ab, etwas zu tun, das die erste Voraussetzung für die eventuelle Anwendung dieses letzten Mittels wäre, nämlich einen Kampffonds zu gründen.

Und Arbeiter sollen — und werden sich dazu hergeben, einen solchen Aberwitz, dessen Lächerlichkeit nur von seiner Erbärmlichkeit übertroffen wird, in aller Form zu ihrem Programm, zu ihren Richtlinien zu erheben!

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Glasarbeiter.

Der bisherige Tarif ist am 1. Juli von den Unternehmern genehmigt worden und ist am 30. September abgelaufen. In der Hauptsache handelt es sich darum, daß die Unternehmer den Arbeitsnachweis allein in die Hand bekommen wollen.

Weiter ist bisher an den Sonntagen vor den hohen Festtagen bei voller Entlohnung nur bis 12 Uhr vormittags gearbeitet worden. Diese Einrichtung wollen die Unternehmer abschaffen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, lehnten die Unternehmer rundweg ab. Im übrigen erklärten sie, seien sie nicht abgeneigt, wiederum einen Tarif abzuschließen.

Wie nun am Dienstag in einer Versammlung der Glasarbeiter von der Tarifkommission mitgeteilt wurde, hatten die Unternehmer mit der Kündigung die ungünstige Konjunktur auszunutzen wollen. Inzwischen hat sich aber die Geschäftslage untermietet gebessert, so daß der Schlag daneben trifft. In den Verhandlungen sind die Gegensätze hart aufeinander gestoßen. Vor allem weigerten sich die Unternehmer, an der bestehenden Arbeitszeit zu rütteln. Immerhin konnte zuletzt ein Entwurf zustande kommen, der im wesentlichen bestimmt: Die tägliche Arbeitszeit beträgt bis 1. Oktober 1914 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden, vom 1. Oktober 1914 ab wird die wöchentliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde, vom 1. Oktober 1915 ab um eine weitere ganze Stunde verkürzt, so daß im letzten Vertragsjahre pro Woche 51 1/2 Stunden gearbeitet wird. An den Tagen vor den drei hohen Festen beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden.

Was die Lohnfrage betrifft, so bestimmt der Entwurf, daß im 2. Jahre eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde, im 3. Jahre 2 Pf. die Stunde erfolgen soll. Der Arbeitsnachweis wird paritätisch geführt und trägt jede Organisation die Hälfte der Kosten. Der Tarif soll bis 1. Oktober 1916 laufen.

Die Zugeständnisse wurden scharf kritisiert und als völlig ungenügend bezeichnet. Insbesondere wurde gesagt, daß der 8 1/2 Stunden Tag unbedingt verlangt werden müsse. Auch sollte durchaus im ersten Jahre schon eine Lohnaufbesserung erfolgen. Nachträglich lief die Nachricht ein, daß die Unternehmer sich bereit erklärt haben,

nancierenden Charakteristil aus. Das Spahende wie die seelische Weichheit, das zurückgehaltene Gefühl erdienen in der gleichen Weise überzeugend. Heinz Senger repräsentierte mit sicherem Geschmack und guter Haltung den von spätem Johannistrieb erfahnten Probit. Sehr frisch natürlich wirkten Ute Waja und Guffi Weder in den Tochterrollen. Nur die älteste sagte sich nicht recht in den Rahmen. Das Arrangement der Ensemblebesetzung ließ die Arbeit einer sorgsam fehlenden Regie erkennen. Das Publikum folgte mit erfreulicher Empfänglichkeit.

Notizen.

— Der Kongress für Kunst und allgemeine Kunstwissenschaft wird am 6. Oktober um 6 Uhr abends in der Aula der Berliner Universität eröffnet werden.

— Russisch-chronik. Berdis „Don Carlos“ geht aus Anlaß des hundertsten Geburtstages des Zandichters als nächste Neuheit des Igl. Opernhauses am 11. Oktober in Szene.

— Ein neues Werk Max Klingers, das Marmorporträt einer Japanerin, ist eben in der Leipziger Jahresausstellung dem Publikum zugänglich gemacht worden.

— Ein weiblicher Hamlet. Nach dem Vorbilde Sarah Bernhards hat jetzt die auch bei uns bekannte Schauspielerinnen Després den Hamlet in Paris gespielt.

— Prinzregent und Kanalarbeiter. Eine Ausföhrung des Deutschen Museums in München benutzte Prinzregent Ludwig, um für sein Lieblingsprojekt eines (erweiterten) Donau-Mainkanals Propaganda zu machen. Die Stiftung eines Modells dieses Kanals gab ihm den Anlaß dazu. Er machte deutliche Anspielungen auf die Reichsbahn, deren Hilfe er brauche. Bekanntlich liebt aber die Preußen beherrschende Junkerschiicht die Kanäle nicht — und so bleibt alles beim alten.

— Den Kulturwert der deutschen Sprache behandelte Prof. Kluge auf der ersten Tagung des deutschen Germanisten- (Erforscher der deutschen Sprache und Literatur) Verbandes in Marburg. Mit der klassischen Schriftsprache Schillers und Goethes — führte er aus — übertrug unser Deutsch das Latein unendlich an Bildsamkeit, und die wissenschaftliche Durchforschung des Deutschen durch Grimm, Hildebrand und Paul liefert Anregungen, wie sie das tote Latein nie und nimmer gibt. Aber die Größe des Gebietes, die zentrale Stellung des Deutschen im Unterricht und die Fruchtbarkeit von Anregung und Auffassung können nur dann Ersprießliches wirken, wenn die Ausbildung der Studenten auf der Univerfität geleistet und der Schulunterricht in der Muttersprache nur Männern mit der gründlichsten und gebiegensten Fachbildung anvertraut wird. — Die Aufgaben der Volksschule blieben natürlich unberücksichtigt.

— Anatole Frances neues Werk. Ueber eine neue Arbeit von Anatole France werden im „Tempo“ Mitteilungen gemacht. Sie soll den Titel „Engel“ erhalten. Der erste Teil dieses phantastisch-ironischen Romans verlegt die Engel auf die Erde. Im zweiten Teile treten die im Kampfe mit der Wirklichkeit liegenden gewöhnlichen Sterblichen in den Vordergrund.

— Eine Ehrung Gorski? Im Jahre 1908 wurde der russische Schriftsteller Korolenko von der Petersburger Akademie der Wissenschaften zum Ehrenmitgliede in der Abteilung für schöne Literatur gewählt. Er lebte aber zugleich mit Tschchow diese Auszeichnung ab, weil damals der gleichfalls gewählte Maxim Gorski nicht befähigt wurde. Nun soll, wie ein russisches Blatt berichtet, die Akademie wiederum Korolenko zum Ehrenmitgliede wählen und zugleich auch den inzwischen amnestierten Gorski mit der Würde eines „Akademikers“ zieren wollen. — Gorski wird jedenfalls solche „Ehrung“ gebührend zurückweisen.

Kleines Feuilleton.

Der Bürgerfurcht. Wenn ein dicker Provinzler den Berliner Kurfürstendam herunterwandelt, dann wird er wohl schmunzelnd und ein bißchen neugierig einen Passanten fragen: „Ach, sagen Sie mal, wo ist denn hier eigentlich das Café Größenwahn?“ Und der wird ihn, als sei diese eigentümliche Frage etwas ganz Selbstverständliches, an eine Strahenede weisen, wo es wirklich ein Café gibt.

Was ist das? — Nun, ein Caféhaus, und weil es jetzt, nach glaube ich zwei Jahrzehnten, sich einen Neubau zugelegt hat, gibt es eine kleine Schrift heraus, in der die Besucher über ihre Eindrücke, ihre Impressionen, ihre Erinnerungen plauschen. Aber woraus sehen sich denn diese Besucher zusammen, daß sie so Wichtiges über ein Caféhaus auszusagen haben? — Aus Zigeunern. Keine Angst aus bürgerlichen Zigeunern, die den Bürger zwar aufessen, aber nur, wenn sie dazu vorher einen polizeilichen Erlaubnischein bekommen haben.

Seit zwanzig Jahren genießt weniger das Café einen falschen Ruf als die Besucher. Bohème! — Anarchisten! Künstler! — Wildes Volk! — so heißt es in den Stuben. Und man ging hin und sah die unheimlichen Gesellen bei einer unheimlichen Tasse Schokoladen sitzen und was tun? —

Scheinbar stürzen sie die Welt um. Aber sie tun seit zwanzig Jahren nichts anderes, und sie sieht noch immer. Was sind das für Jämmerlichkeiten! — Da hocken vierzig junge Leute, die zu faul und unfähig sind, etwas Vernünftiges zu leisten. Abend für Abend zusammen und bilden Grüppchen und Klaischen und knobeln aus, ob es der liebe Gott oder Hoedel ist, der die Welt regiert. Man nahm sie nicht recht ernst, aber ein bißchen Angst hatte man doch vor ihnen. Ruh man nicht.

Sie sind keinem gefährlich, es sei denn, sie pumpen ihn an. Und weil sie alle selig wären, wenn sie nur schmoden dürften oder lischen oder sich an irgendeinen Mächtigen heranzusetzen, so fühlen sie sich gar nicht behaglich und möchten doch und können nicht. Verhinderte Schmoden. Bürgerfurchts. Popänke.

Gutes Deutsch. In einer öffentlichen Aufforderung der freien Stadt Hamburg lesen wir den folgenden schönen Satz:

„Die nachstehend bezeichneten Grundstücke sollen im Wege des Expropriationsverfahrens staatsseitig erworben werden.“

Wie unsere Leser sehen, haben wir weite Strecken des Satzes durch Punkte angedeutet, um ihnen die Qual zu ersparen, sich durch die sprachliche Unübersichtlichkeit des traurigen Produkts hindurch zu arbeiten. Es liegt uns in diesem Fall nicht daran, das Unübersichtliche oder das Zusammengehörigkeitslose zu kritisieren, wir haben es vielmehr auf das schöne Wort „staatsseitig“ abgesehen.

Wenn die Hamburger Behörde gesagt hätte, daß die Grundstücke „vom Staat“ erworben werden sollten, hätte sie gesprochen wie die schlichte Vernunft und der gute Stil sprechen. Eben darum aber durfte sie diese einfache und zutreffende Form unter keinen Umständen wählen.

„Die näher bezeichneten Grundstücke sollen vom Staat erworben werden.“

Ja, so könnte ein ganz beliebiger Schuhmacher am Stammtisch ja auch sprechen.

Wo bliebe dann aber das geheimnisvolle Ansehen, mit dem eine Behörde sich notwendig umgeben muß? Wo bliebe die Wolke der Ehrfurcht, die zwischen der Bureaucratie und dem Volke lagern soll? Wenn eine Behörde spräche wie ein schlichter, vernünftiger

Mensch, könnte sie leicht in den Verdacht geraten, aus schlichten, vernünftigen Menschen zu bestehen. Und das wäre vom Standpunkte eines Bureaucraten aus das schlimmste Unheil, das ihr überhaupt geschehen könnte.

Rein, staatsseitig muß es heißen! Dann riecht man gleich den Affenzergel, dann sieht man, wie ein Heer von Schreibern sich über große Vögel duckt, dann hört man die ganze umständliche Raschmerie des Staates rattern und knattern.

Und dann wird der deutsche Bürger von einer ehrfürchtigen Scheu durchrieselt.

Ein Fliegerwettbewerb Europa—Asien. Die Vorbereitungen zu der Organisation von zwei großen internationalen Wettflügen sind in Paris nun so weit gefördert, daß die Grundlagen des Planes bekannt gegeben werden. Der eine Wettflug wird von Paris über Konstantinopel und Jerusalem nach Kairo führen, der zweite von Paris ebenfalls über Konstantinopel nach Bagdad und weiter bis zum Persischen Golf. Zwei französische Herrenflieger haben sich bereits gemeldet. Sobald der über Kleinasien zu wählende Weg endgültig festgesetzt ist, wird mit der Anlage der notwendigen Zwischenstationen, die in Abständen von 200—300 Kilometern errichtet werden sollen, begonnen. Für den Flug Konstantinopel—Kairo werden zurzeit zwei Wege studiert; der eine folgt der Küste über Smyrna, Mexina, Alexandrette, Beirut und Port Said, der zweite schlägt sich der Eisenbahnlinie Konstantinopel—Konia an, führt dann über den Taurus nach Aleppo und mündet bei Jerusalem, um dann über Damaskus weiter zu führen. Der Flug Konstantinopel—Persischer Golf soll in der Linie Konia—Aleppo—Cuphrattal, Bagdad erfolgen.

Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg: Wenn der neue Wein blüht. Lustspiel von Björnson. Neben dem leidenschaftlich bewegten, religiös-sozialen Problemdrama „Ueber unsere Krast“ mag unter allen Bühnendichtungen Björnsons vielleicht dieser heiter scherzenden Komödie, dem Abschiedsgruß des Sterbenden, die längste Dauer beschieden sein. Sein unverwundlich starker Optimismus hat sich in dem köstlichen Humor, der hier mit der vertieften Bewunderung des gereiften Mannesalters für munter hübsche Mädchenjugend sein Spiel treibt, ein Denmal allerpersönlichster Prägung gesetzt. Welche Kraft und welche Fähigkeit zum Glück muß in ihm gelegen haben, wenn er, der rastlose Kämpfer, als ein Sechswöchszjähriger noch mit so hellen Augen in das Leben schauen konnte! Die Szenen des ersten Aktes, der Wirbelstanz von Arvils ausgelassener streitbar-emanzipierter Töchterföhrer um den bedrängten Probit, des fünfzigjährigen Gottesmannes lichterlose Schwärmerie im Gespräch mit dem schallhaften, selbst etwas von dem allgemeinen Jugendtaumel angefechteten Vater gehören sicher zu den besten aller Lustspiel-literatur. Und auch das Schwanenmäße, dem in dem weiteren Verlauf ja eine nicht geringe Rolle zufällt, ist so durchföhrig mit gemütvoll humoristischen Lichtern und feiner Menschenkenntnis-ironie, daß etwas wie ein Klang festlich erhöhter Freude von jenem Auftakt bis zum Schluß durchweht.

Das Schillertheater hat sich, wenn es für die wichtige Figur der Frau Arvils auch leider keine vollwertige Darstellerin besitzt, mit der Aufföhrung aufrichtigen Dank verdient. Franz Wolff, der die ganz außerhalb ihres Genres liegende Aufgabe zugewiesen war, half sich, so gut es ging, mit äußerer Routine. Die Persönlichkeit und den eigentlichen Humor der Schlußszene blieb sie schuldig. Doch sonst bot die Vöföhrung, die Schwierigkeiten der von den gewöhnlichen Wegen weit abweichenden Komödie in Betracht gezogen, überraschenden Gelungens. Karl Eger füllte die beim Lesen etwas schwebend und unbestimmten Konturen Arvils mit ganz individuell gefärbter, reich

Die Verhandlungen nochmals aufzunehmen, es möge darum so lange die Arbeit nicht eingestellt, sondern das Resultat abgewartet werden. Die Versammlung beschloß gegen wenige Stimmen, daß die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden soll, stimmte aber dem zu, daß Verhandlungen stattfinden sollten. Diese Verhandlungen hatten jedoch kein anderes Resultat, als daß die Unternehmer es ablehnten, weitere Zugeständnisse zu machen. Der Kampf geht demnach weiter.

Fünf Firmen haben indes die Forderungen der Arbeiter bereits unterzeichnet, so daß in diesen Betrieben gearbeitet wird.

### Die gegenwärtigen Zustände im Dachdeckergerber.

Nachdem die vorjährige Lohnbewegung der Dachdecker einen für die Arbeiter ungünstigen Verlauf genommen und sie die bedingungslose Aufnahme der Arbeit beschloßen hatten, stellten die Unternehmer das Verlangen, daß jeder Arbeiter, wenn er Arbeit haben wollte, durch Unterschrift „an Eidesstatt“ verpflichtet wurde, daß er dem Verbande der Dachdecker nicht angehöre. Die Unternehmer gründeten eine gelbe Organisation, die Freie Vereinigung der Dachdecker, und schloßen mit ihr einen Tarifvertrag ab, der heute noch besteht. Der von den Unternehmern mit den Gelben abgeschlossene Tarif wird jedoch nur von einem Teil der Unternehmer innegehalten. Der größere Teil aber richtet sich nicht nach dem Tarif, sondern zahlt Löhne nach eigenem Ermessen bis herab zu 60 Pf., während der Dachdeckerlohn nach dem Tarif 87 Pf. betragen soll. Das sind Zustände, denen Einhalt geboten werden muß. Wenn das nicht geschieht, dann werden schließlich auch die Unternehmer, welche sich an die Abmachungen gebunden halten, dem Beispiel der anderen folgen und ebenfalls den Lohn herabdrücken. Die Gelben, welche mit den Unternehmern Hand in Hand gehen, denken natürlich nicht daran, den Durchbrechungen ihres Tarifs entgegen zu treten. Es muß deshalb Aufgabe der Berliner Dachdecker sein, sich auf sich selbst zu bestimmen. Wenn diese sagen, wir gehen nicht zu den Gelben, dann bleibt doch den Unternehmern, wenn sie Arbeiter brauchen, nichts übrig, als auch solche Arbeiter einzustellen, die mit den Gelben nichts zu tun haben wollen. Es gilt eben, trotz zum Verband zu halten und der gelben Organisation so schnell wie möglich ein Ende zu machen, damit wieder eine einheitliche Organisation für Berlin besteht und auch die Interessen der Hilfsarbeiter, die jetzt keinen Tarif haben, wahrgenommen werden können.

In einer Versammlung des Zentralverbandes wurde betont, daß alles versucht werden muß, um die Kollegen, welche sich für den gelben Verein haben einfangen lassen, von der Vertretung der gelben Bewegung zu überzeugen und sie wieder für den Zentralverband zu gewinnen, der ja doch die einzige Organisation ist, welche es ehrlich meint mit der Vertretung der Arbeiter im Dachdeckergerber.

### Deutsches Reich.

#### Zum Hafnarbeiterstreik in Stettin.

Die Organisationsleitung hatte an den Polizeipräsidenten den Antrag gestellt, die Schutzmansschaft anzuweisen, daß die in der Nähe des Hafens aufgestellten Streikposten unbehelligt das Recht des Streikpostens ausüben können. Daraus erging vom Polizeipräsidenten die Antwort, daß das Ergebnis der angestellten Ermittlungen keinen Anlaß gibt, das Verhalten und die Anordnungen der Polizeiregimentsbeamten zu mißbilligen. Eine Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse hätten die Schutzmanschen nicht zuzuschreiben können lassen.

Zum Streik selbst ist zu berichten, daß die Situation die gleiche ist, wie an den Tagen vorher. Von den Vertretern des Agenten Hesseberg schütteln immer mehr den Stettiner Staub von ihren Pantoffeln.

Doch trotz aller Berichte in die Öffentlichkeit die Arbeit, selbst wenn noch so viel „Importen“ aus Hamburg kommen, nicht bewältigt werden kann, geht schon daraus hervor, daß die Stadt an die Eisenbahnverwaltung für einzelne Waggons bis zu 19 Tagen je ziska 75 M. Standgeld zahlen muß.

Verständigungsversuche fanden auch im Laufe der letzten Tage wieder durch einige Stadtverordnete statt. Sie führten zu keinem Ergebnis. In einer Versammlung am 29. September lehnten die Streikenden, da ein eigentliches Entgegenkommen des Magistrats immer noch nicht zu verzeichnen ist, auch diese neuesten Einigungsversuche ab. Die Beilegung des Konflikts ist nur möglich, wenn alle Arbeiter mit ihren alten Rechten eingestellt werden, an ihre alten Plätze gestellt, Maßregelungen unterbleiben und allen Arbeitern, auch denen für die anderen städtischen Betriebe, eine Lohnzulage zugesagt wird.

Der Magistrat macht jetzt die städtischen Hafnarbeiter für den Streik der Speditionsarbeiter verantwortlich. Er verlangt, daß die Arbeitsaufnahme bedingungslos geschieht. Es ist nicht wahr, daß die Speditionsarbeiter aus Sympathie zugunsten der städtischen Hafnarbeiter ausdrücklich geworden sind. Die Speditionsarbeiter reichten am 22. Juli d. J. durch Einspreibedrief an 60 Firmen ihre Forderungen ein, also zu der Zeit, als der Kampf der städtischen Hafnarbeiter bis zum September vertagt war.

#### Zu den Enthüllungen des christlichen Angestellten Röhling

hatte die Zentrumspresse eine Erklärung gedruckt, worin Röhling der Unterschlagung von Verbandsgeldern bezichtigt wurde. Zu dieser Erklärung schreibt nun der Angeklündigte Röhling:

In der Zentrumspresse wird behauptet, daß ich eine größere, dem Verbande gehörende Geldsumme unredlichweise für mich behalten und verwendet hätte. Das ist eine glatte Unwahrheit. Ich habe mit der Zentrale auf Heller und Pfennig abgerechnet. Ein Guthaben von 300 Mark, welches ich bei dem Vorstand des Christlichen Verbandes in Homburg habe, hat sich der Verband zu übernehmen geweigert. Tatsache ist daher, daß ich nicht der Schuldner des Verbandes, sondern der Verband mein Schuldner ist.

#### Ein vertragsbrüchiger Unternehmer.

Die Danziger Glasbläse und Kristallfabrik Jellmühl G. m. b. H. schloß im März d. J. einen Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Glasarbeiter ab. In diesem Vertrage war auch ein Passus enthalten, nach dem als endgültige Schiedsinstanz das Einigungsamt des Gewerbegerichts eingesetzt wurde. Die Arbeiter hatten nun eine ganze Reihe von Beschwerden, die durch Fabrikverhandlungen nicht erledigt werden konnten, weshalb sie sie beim Gewerbegericht einreichten und zugleich eine Verhandlung beantragten. Doch der Vertreter der Firma, der auch den Vertrag unterschrieben hat, folgte dem Rufe des Gewerbegerichts nicht, er erschien nicht zur Verhandlung. Er ließ vielmehr den Arbeiterauschuß und die Arbeiter der in Betracht kommenden Schicht ins Kontor kommen und hielt ihnen eine große Moralphause. Ein Arbeiter, der mit als Zeuge vor dem Gewerbegericht auszusagen sollte, wurde entlassen, weil er angeblich der Heher sei. Die Firma hat sich zum Tarifbruch gerade eine Zeit ausgelassen, in der die Erwerbsverhältnisse der Arbeiter sehr ungünstig sind.

Die Firma verläßt sich, Arbeiter aus anderen Gegenden Deutschlands oder aus dem Auslande zu bekommen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma für Glasmacher streng gesperrt ist. Glaube die Firma, daß die Beschwerden der Arbeiter unberechtigt sind, dann hatte sie um so mehr Veranlassung, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Da sie es ablehnt, muß schließlich angenommen werden, daß die Beschwerden der Arbeiter zu Recht bestehen, und die Firma eine Niederlage vor dem Einigungsamte fürchtete, der sie aus dem Wege gehen wollte.

Die Tapezierer bei der Firma Rod & Zell in Maxbach a. R. sind ausständig. Die Verhandlungen scheiterten, weil der Vertreter der Holzindustrie trotz Entgegenkommen der Firma darauf bestand, die Arbeiter müßten, bevor weitere Verhandlungen stattfinden, erst die Erklärung abgeben, daß sie auf jede Arbeitszeitverkürzung verzichten und den 15. Februar als Ablauftermin

des eventl. abzuschließenden Vertrages anerkennen. Mit gebundenen Händen können doch die Arbeiter keine Verhandlungen führen. Hier zeigt sich wieder, welchen unheilvollen Terrorismus die Unternehmer der Industrieverbände sich leisten dürfen, und wie sie die Arbeiter in den Streik hineinzwingen. Arbeiter, haltet den Zuzug fern!

## Zur Landflucht der Arbeiter.

In bewegten Tönen klagte die Agrarier über den Wegzug der Arbeiter vom Lande und über den dadurch entstehenden Mangel an Arbeitskräften. Regierung und Militärbehörden versuchen mit allen Mitteln diesem Uebel zu steuern. Immer wieder schreiben Junfer und Pfaffen nach Verschärfung der Freizügigkeit für die Arbeiterklasse, um mit Zwangsmitteln die Abwanderung vom Lande zu verhindern. Jeder Fortzuzug der Arbeiterklasse, gesetzgeberisch oder im Verwaltungswege gegen die Schäden der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit vorzugehen, lehnen die Vertreter des Bürgertums mit dem Hintertreue auf den Arbeitermangel auf dem Lande ab. Warum aber die Arbeiterschaft auf die Schönheiten des Stadtlebens verzichtet, dürfte nachstehender Arbeitskontrakt erklären:

Zwischen der Zuckerrübenfabrik Werbig (C. Vieler in Werbig) und dem unterzeichneten Pferdewechter ist folgender Vertrag geschlossen: Der Pferdewechter . . . . . verpflichtet sich, vom . . . . . bis . . . . . gegen beiderseitige 4-jährige Kündigung als Pferdewechter. Die Arbeitszeit ist vom Beginn der Frühjahrseinstellung bis zum beendeten Rübenfahren von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr. Nach beendeter Rübenfahren bis zum Beginn der Frühjahrseinstellung von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei einständiger Mittags-, halbständiger Frühstück- und halbständiger Vesperpause. Eineinhalb Stunden vor Beginn der Arbeitszeit hat jeder Pferdewechter zum Fügen seiner Pferde im Stalle zu sein, nach halbständiger Ruhe ist eine Pause von einer halben Stunde zum Kaffeetrinken und eine halbe Stunde vor Beginn der Arbeitszeit hat jeder wieder im Stalle zu sein. Beim Rübenfahren, Steinfahren und allen anderen Fahren, ausgenommen beim Mistfahren, muß während des Fahrens gekühlt werden. Das Frühstück und Vesper ist zur Arbeit mitzubringen, es dürfen die Pferde während dieser Zeit nicht verlassen werden. Wird im Winter nicht gewässert, so wird bis 10 nachmittags gearbeitet. Die Arbeitszeit kann nach Bestimmungen des Arbeitgeberes an den kurzen Tagen im Dezember, Januar und Februar von 7 bis 12 Uhr vormittags und von 1 bis 10 nachmittags verlegt werden.

Außerdem verpflichtet sich . . . . . sämtliche übrigen Arbeiten in den Wirtschaften der Firma Zuckerrübenfabrik Werbig auszuführen, mögen sie heißen, wie sie wollen.

Als Lohn erhält . . . . . freie Wohnung, einen halben Morgen Kartoffelacker, 30 Quadratruten Gartenland, 20 Quadratruten Alee für seine Ziegen und 2000 Stück Kohlensteine pro Jahr. Die Kohlensteine werden in vierteljährlichen Lieferungen von je fünfhundert Stück gegeben, und zwar die ersten fünfhundert Stück nach dem . . . . . hier ein Vierteljahr in Arbeit gestanden hat, außerdem pro Woche 13,50 M.

Nach dreivierteljähriger Arbeitszeit erhält . . . . . 37,50 M. als Gratifikation zu Weihnachten, und nach weiterer einvierteljähriger Arbeitszeit 12,50 M. zum 1. April. Wer innerhalb des Jahres die Arbeit verläßt, hat keinen Anspruch auf die Gratifikation, eine teilweise Berechnung und Auszahlung findet nicht statt.

Alee und Kartoffeln dürfen nur an den Arbeitgeber verkauft werden, und werden hierfür die von den Händlern gezahlten Preise bezahlt; nur wenn der Arbeitgeber auf den Ankauf verzichtet, darf Alee und Kartoffeln anderweitig verkauft werden.

Verstöße hiergegen berechtigen den Arbeitgeber, für den Alee und Kartoffelacker 0,50 M. pro Quadratrute zu verlangen. Stroh zum Streuen wird Sonnabend frei verabfolgt. Der Mist muß, soweit er nicht für das gewässerte Gartenland benutzt wird, frei zurückgegeben werden.

Die Ehefrau des . . . . . oder die erwachsenen Töchter erhalten für die gleiche Arbeitszeit Sommer und Winter pro Tag eine Mark. Ueberstunden werden mit zehn Pfennigen pro Stunde bezahlt. Außerdem erhalten sie für jede zehn Tage, die sie gearbeitet haben, drei Quadratruten Kartoffelacker frei. Jubel erhaltenes Kartoffelacker muß mit vierzig Pfennigen pro Quadratrute bezahlt werden.

Jeder Pferdewechter hat im Jahre zum Schlachten, zum Besuch des Marktes und zum Kartoffelackern einen Tag frei, ohne daß ihm der Lohn gekürzt wird. Falls er keinen Gebrauch davon macht, werden diese Tage extra mit zwei Mark pro Tag bezahlt, und zwar erfolgt die Auszahlung am 1. April.

Fehlen ohne triftigen Grund und ohne vorherige Entschuldigung wird pro Tag mit 50 Pf. bestraft. Wiederholtes Fehlen ohne triftige Ursache ist ein Grund zur sofortigen Entlassung.

Jeder, der unter Kontraktbruch die Arbeit niederlegt, oder wegen Ungehorsam, Ungehorsam usw. entlassen werden muß, hat innerhalb drei Tagen die Wohnung zu räumen. Außerdem verläßt Kartoffel- und Aleeacker, das Gartenland und alle Ansprüche auf Entschädigung.

Dem zur Anweisung bestimmten Inspektor, Verwalter, Hofmeister und Aufseher hat jeder pünktlich Folge zu leisten. Widersprechlichkeiten oder ungebührliches Verhalten gegen diese, wiederholte Betrunktheit während der Arbeitszeit ziehen sofortige Entlassung aus der Arbeit, Auflösung des Kontraktes und Räumung der Wohnung innerhalb drei Tagen nach sich.

Das nötige Handwerkszeug hat sich . . . . . selbst anzuschaffen und zu erhalten. Er bekommt dafür pro Jahr als Entschädigung sechs Mark nach Ablauf des Kontraktjahres ausgezahlt. Das Halten von den Gashöfen ist streng untersagt und kann mit sofortiger Entlassung bestraft werden. Freitabend ist abends sieben Uhr auf dem Felde.

Zuckerrübenfabrik Werbig, den . . . . . (C. Vieler) gez. (Name unleserlich.)

Dieser Vertrag ist ein klassisches Zeugnis für die Einschüpfung der Landarbeiter durch die Herren Agrarier und Zuckerrübenfabrikanten. Der ganze Ton dieses Schreibwerks trägt nicht den Charakter einer gegenseitigen Vereinbarung, sondern ist zusammengesetzt aus diktatorischen Bestimmungen des Arbeitgeberes. Da dieser Vertrag gedruckt vorliegt, so ist anzunehmen, daß er nicht für den einzelnen Fall, sondern für alle bei der Zuckerrübenfabrik Werbig in Beschäftigung Treulenden gilt. Allerdings muß man sich fragen, wie es möglich ist, daß erwachsene Männer heute noch derartige Verträge unterschreiben. Ungeniert werden eineinhalb Stunde, die der Arbeiter vor Beginn der Arbeitszeit bereits zur Verfügung des Arbeitgeberes stehen und arbeiten muß, als Arbeitszeit überhaupt nicht berechnet. Danach beträgt die wirkliche Arbeitszeit im Sommer von morgens 14 bis abends 7 Uhr 15 1/2 Stunden, abzüglich 2 Stunden Pausen 13 1/2 Stunden. Der Arbeiter muß also wöchentlich mindestens 81 Stunden für sage und schreibe 13,50 M. wöchentlich arbeiten, das ist pro Stunde rund 13 Pf. Das Verhältnis ist noch schlimmer, wenn er irgendwelche Fahren ausführt, weil dabei auch noch die Frühstückspause wegfällt. Führt er die ganze Woche, so ist die Arbeitszeit noch um drei Stunden länger. Da wird eingewendet werden, der Arbeiter bekommt ja neben dem Parolohn auch noch freie Wohnung, Feuerung, Kartoffelacker usw. Die Wohnungen haben oft Ställen viel ähnlicher als Räumen, in denen Menschen wohnen sollen. Doch rechnen wir diese Wohnung immer noch mit 90 M. Mietwert pro Jahr an. Kartoffelacker und Gartenland muß sich der Arbeiter noch selbst bestellen, so daß auch nur ein kleiner tatsächlicher Gewinn als Lohn zu verbuchen ist. Dabei wird der ganze Naturallohn durch einzelne Bestimmungen des Vertrages überhaupt in Frage gestellt. Denn nur mit Genehmigung des Arbeitgeberes darf von den überschüssigen Erträgen des Kartoffelackers usw. etwas verkauft werden. Irgendwelche Entschädigung wird aber in solchen Fällen nicht geboten, in denen der Arbeiter auf die Siegenhaltung verzichtet und

demzufolge auch das Kleiland nicht braucht. Als selbstverständlich wird da der Lohnanteil des Arbeiters dem Vermögen des Arbeitgebers zugewiesen.

Geradezu beschämend ist das Lohnangebot für die Frauen und erwachsenen Töchter. Im Sommer bei zwölfstündiger Arbeitszeit eine Mark pro Tag = rund 8 Pf. pro Stunde. Und da wundern sich die Herren Agrarier noch, daß sie nicht genügend Arbeitskräfte erhalten? Ist es wirklich nur geistige Beschränktheit oder ist es etwas anderes, was die Klagen veranlaßt?

Ueberdies werden diese „horrenden“ Löhne noch lange nicht voll ausgezahlt. Da wird fehlen ohne „triftigen“ Grund mit 50 Pf. pro Tag bestraft. Eine gleiche Strafe wird vom Lohn abgezogen, wenn der Arbeiter morgens vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit einmal beim Pferdebüßen gefehlt hat. Der Abzug widerspricht dem Gesetz. Aber kann der Arbeiter klagen?

Es ist die höchste Zeit, daß die Landarbeiter sich mehr als bisher auf ihre Menschenrechte besinnen und solche Verträge überhaupt nicht unterschreiben.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Zolltarifreform.

Washington, 30. September. Das Unterhaus hat den Tarifbericht des Konferenzkomitees mit 254 gegen 103 Stimmen angenommen. Ueber die Baumwollsteuer wird besonders abgestimmt.

### Auflösung der nordatlantischen Schifffahrtskonvention.

Wie zu erwarten war, ist der Poolvertrag der nordatlantischen Dampferlinien, und zwar sowohl für den Passagier- wie für den Frachtverkehr, von der Japan und dem Norddeutschen Lloyd gekündigt worden. Die Kündigung der Japan erstreckte sich auf den Passagierpool, diejenige des Lloyd auf die Frachtenvereinigung. Die Verträge treten danach am 31. Dezember d. J. außer Kraft, wenn nicht bis dahin eine neue Vereinbarung zustande kommt.

### Erweiterung der Berliner Metallbörse.

Der Vorstand des Vereins der Interessenten der Metallbörse in Berlin, E. B., hat in seiner letzten Sitzung beschloßen, neben Kupfer auch Zink, Blei, Aluminium und Antimon an der Berliner Metallbörse zu handeln. Der Antrag zur Genehmigung ist dem Börsenvorstand eingereicht.

Die Genossenschaft kolonialer Siedelungen kommt in dem Geschäftsbericht der Kolonial-Plantagegesellschaft m. b. H., deren Besitz in Deutsch-Ostafrika liegt, lebhaft zum Ausdruck. Die Gesellschaft hatte auch im Jahre 1912 wieder mit Arbeiterbeschwerden zu kämpfen. Der Anbau von Baumwolle wurde bis auf die besten Teile der Kavonikapflanzung wegen seiner Unrentabilität aufgegeben und dafür mit der Anlage einer Kaffeepflanzung begonnen. Eine Rentabilität der Viehhaltung kann erst eintreten, wenn diese so bestockt ist, daß der jährliche Geburtenüberschuß 5-600 Stück beträgt. Eine rentable Viehhaltung hält die Verwaltung auf der Farm der Gesellschaft nicht für möglich, dagegen glaubt sie mit der Zucht von Fleischtieren besser vorwärts kommen zu können, da für diese genügend guter Abzug vorhanden ist. Da der Bilanz eine Gewinn- und Verlustrechnung nicht beigefügt ist, ist auch nicht zu ersehen, wie hoch die Gesamtentnahmen der Gesellschaft gewesen sind. Auch sonst scheint die Gesellschaft das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Bei der letzten Generalversammlung, die dieser Tage stattfand und auf der das Stammkapital erhöht werden sollte, wurde den Vertretern der Presse der Zutritt nicht gestattet.

Konjunkturschwächung in Amerika. Nach Meldung der „Ref. Jtg.“ ist bei dem Stahlruhr ein Rückgang in der Produktion eingetreten. Bei den Weichblechwerken beträgt der Rückgang 60 Proz. Die Zwickauer Stahlwerke erwarten eine starke europäische Konkurrenz. Eine Anzahl Stahlwerke des Ostens seien nur mit 65 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt.

Der Petroleumkonzern der Deutschen Bank erfährt eine neue Erweiterung. Die deutsche Petroleum-A. G. Berlin und die Steaua Romana Petroleum-Industrie in Bukarest, die beide von der Deutschen Bank beherrscht werden, haben, wie die „Frankf. Jtg.“ erfährt, in Bremen eine Gesellschaft m. b. H. unter dem Namen „Steaua Romana Petroleum-G. m. b. H. Bremen“ mit zwei Millionen Stammkapital gegründet, welche den deutschen Verzinverlauf der Bukarester Steaua Romana besorgen soll. Die neue Gesellschaft übernimmt die Tankanlage in Regensburg, einer dortigen älteren Tochtergründung der Steaua Romana sowie eine für Rechnung des neuen Unternehmens im Bau befindliche Tankanlage in Hamburg. Das Stammkapital wird zum Zwecke und für Betriebsmittel alsbald voll gezahlt. Bisher hat die Steaua Romana ihre Verzinverzeugung teilweise der zur Detektiv-Gruppe gehörigen Asiatic Compagnie zum Vertrieb überlassen, dies wird vom 1. Januar 1914 ab für Deutschland aufhören.

Rein Zementfabrikat. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Zementfabrikats sind nunmehr endgültig gescheitert; das Syndikat wird also mit Ablauf des Jahres 1913 aufgelöst werden. Bekanntlich wurde nochmals versucht, von sämtlichen Werken eine zustimmende Erklärung zur Hinauschiebung des Beginns der freihändigen Verkaufstätigkeit zu erlangen; dies ist jedoch nicht gelungen. Vor allem sind es die Werke Durania und Deutschland in Düren, die ihre Zustimmung nicht gegeben haben. Ferner hat die Norddeutsche Hütte in Bremen ihre Zustimmung von gewissen Bedingungen abhängig gemacht. Die Syndikatsverwaltung hat deshalb den freihändigen Verkauf ab 1. Oktober 1913 freigegeben.

Konkurrenz. Die Zahl der im September 1913 eröffneten Konten weist, nach einer Zusammenstellung der „Bank“, gegen Vormonat und Vorjahr eine Erhöhung auf. Im September 1913 wurden 671 Konten, im August 1913 651 und im September 1912 630 Konten eröffnet. Im dritten Quartal 1913 belief sich die Anzahl der eröffneten Konten auf 2201 gegen 2123 zur Parallellzeit des Vorjahres.

Teures Geld. Das österreichische Finanzministerium erhöhte den Zinsfuß der 6monatlichen Salinenscheine von 4 auf 4 1/2 Proz., der 3monatlichen von 3 1/2 auf 4 Proz. ab 1. Oktober.

## Soziales.

### Prämien für Arbeiterführer.

In dem Jahresbericht der bayerischen Gewerbeämter sagt der Zentralinspektor: Bestrafungen wegen unzulässiger Sonntagsarbeit wurden 67 in der Höhe von 3 bis 30 M. befallen. Im allgemeinen wird beobachtet, daß die Strafen für Vergehen gegen die Gewerbeordnung aller Art, die nach dem Gesetze sehr streng, unter Umständen mit Geldstrafen bis zu 2000 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten geahndet werden können, in der Tat selbst in Wiederholungsfällen fast durchweg so geringfügig ausfallen, daß sie meistens durch den infolge des Vergehens erzielten Mehrgewinn weit überholt werden und den Charakter der Strafe verlieren. Solche Strafen wirken sicherlich nicht erzieherisch bezüglich der Abtötung.

Der Münchener Gewerbeamt bemerkt: „In bezug auf gerichtliche Bestrafungen, die sich wieder bis auf einen Fall mit 30 M. in den Grenzen von 3 bis 10 M. hielten, ist außer der von allen Aufsichtsstellen beklagten geringfügigen und deshalb der ersichtlichen

**Wirkung entbehrenden Strafbemessung** auch noch die Langweiligkeit des Strafverfahrens nachteilig. In einem Fall, in welchem die täglich zwölfstündige Beschäftigung eines Jugendlichen beanstandet worden war, zog sich das Verfahren 3 Jahre hinaus; kein Wunder, daß dieses dann, weil der vormalige Jugendliche selbst die verbotene Beschäftigung bestritt, mit Freispruch endete.

Daß die gelinden Strafen für Verfehlungen gegen den Arbeiter häufig oft als Prämien auf Gesetzesübertretungen wirken können, ist von uns wiederholt dargelegt.

### Aus dem Gewerbegericht.

Sitzung vom 1. Oktober.

#### 1. Befehlter Vertragsbruch.

Der Kolonnenführer Schmidt klagte gegen die Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau auf Zahlung von 1804,28 M.

Dem Kläger war vertraglich die Ausführung der Mastböden in einem Neubau in Ruhleben übertragen worden. Einmaliges wurden die Steine knapp, so daß nur ein Teil der Kolonne arbeiten konnte. Als dann der Bauherr Laube kam, redete Schmidt deswegen mit ihm und auch darüber, daß seine Leute nicht mit dem Preis zurechtkämen. Laube soll darauf gesagt haben, daß er das schon von den Akkordmaurern kenne, sie möchten sich vom Bau scheeren. Laube will das nicht so ernst gemeint haben, gibt aber zu, die Abrechnung fertiggestellt und die Arbeiten bereits zehn Minuten später einem anderen übertragen zu haben. Als der Kläger dann auf seinem Vertrag bestand, wurde ihm eine andere Arbeit in Aussicht gestellt; diese erhielt er aber nicht.

Die Arbeit hätte etwa nach 14 Tagen in Anspruch genommen; es waren sechs Mann in der Kolonne und jeder hatte zwei Hilfsarbeiter. Daraus erklärt sich die Höhe der Forderung.

Das Gericht unter Vorsitz Dr. Löwenstein sprach jedem der in Betracht kommenden Arbeiter eine Entschädigung nur für einen Tag, insgesamt 189 Mark, zu, mit der Mehrforderung wurde Kläger abgewiesen.

Die Entscheidung geht fehl. Der Arbeitgeber kommt in Verzug, wenn er (gleichviel ob ein Verschulden ihm trifft) die ihm angebotene Arbeitsleistung nicht annimmt. Er ist verpflichtet, die Arbeitsmittel bereit zu stellen. Tut er dies nicht, so liegt Verzug auf seiner Seite vor und er hat nach §§ 203 und 615 B. G. B. den Lohn so zu zahlen, als ob die Arbeit geleistet wäre. Im vorliegenden Falle verpflichtete überdies die unberechtigte Entlassung zur Lohnzahlung. Die Klage war also in vollem Umfang berechtigt. Ihre Abweisung ist mit dem Gesetz unvereinbar.

#### 2. Zwei Kolonnenführer.

Der Pauer Lendefeld klagte gegen den Kolonnenführer Niesel der Firma Held u. Franke, nachdem seine Klage gegen die Firma selbst abgewiesen worden war.

Niesel wendet zeitliche Unzuständigkeit ein, da im Arbeitsvertrag festgelegt sei, die Streitigkeiten müsse zunächst die Schiedskommission angerufen werden.

Das Gericht, Vorsitzender Dr. Löwenstein, erklärte sich jedoch für zuständig. Die betreffende Klausel beziehe sich nur auf Streitigkeiten zwischen der Firma und Arbeiter resp. Kolonnenführer, nicht aber auf solche zwischen letzteren beiden.

Der Klagenanspruch in Höhe von 41,92 M. gründete sich auf folgenden Sachverhalt. Die Firma Held u. Franke hatte der Kolonne die Putzarbeiten an einem Gebäude zu einem bestimmten Preise übertragen. Anstatt des einfachen Putzes wurde dann aber Stampputz verlangt, der erheblich mehr Arbeitsaufwand erfordert. Die Pauer belamten jede Woche eine Abschlagszahlung, der 9 M. Tagelohn zugrunde gelegt war. Als eines Tages aufgemessen wurde, ergab sich nur noch ein Rest vom vereinbarten Preis, der dem Kläger sowie den anderen Beteiligten für 7 1/2 Tage Arbeit nur 2,60 M. übrig ließ. Der Beklagte soll nun nicht nur dem Kläger, sondern, wie einwandfreie Zeugen bekundeten, auch ihnen den normalen Tagelohn zugesichert haben. Die Firma hat auch schon über Nachschüsse bewilligt. Beklagter bestreitet jedoch die bestimmte Zusicherung gegeben zu haben, will vielmehr nur für den Fall weitere Zahlung in Aussicht gestellt haben, daß die Firma etwas nachbewillige. Durch die Klage sei aber die Firma abgehalten worden mehr zu zahlen. Er beidete seine Angaben. Der Kläger wurde darauf abgewiesen. Dr. Löwenstein begründet das Urteil damit, daß die drei Zeugen des Klägers als Zeugen nicht eigentlich in Betracht kämen, denn sie seien beteiligt und deshalb liege nur der Eid vor. Es sei auch bei derartigen Arbeiten üblich, daß Ueberhöhe unter die Kolonne verteilt würden. Wenn dann einmal ein Defizit sei, müsse das auch gleichmäßig getragen werden.

Auch das Urteil wirkt bedenklich. Der Kolonnenführer ist „Arbeiter“, die Schiedskommissionsklausel fand daher auf ihn Anwendung. Unerfindlich ist, wie trotz dreier Zeugenangaben das Gericht dem Beklagten statt dem Kläger den Eid anvertrauen konnte.

#### 3. Eine Klage gegen Berlin.

Der Techniker Klafehn klagte gegen die Stadtgemeinde Berlin auf Zahlung von 302,50 M. restlichen Gehaltes und Gehalt für einen weiteren Monat wegen fähigungsloser Entlassung.

Kläger war in der Wasserwerksabteilung angestellt, blieb vom 7. bis 30. April dem Dienst fern, war daraufhin entlassen und bekam nur bis 7. April bezahlt. Seine Angabe, er sei krank gewesen, konnte er nicht beweisen. Die Zeugenangaben fielen zu seinen Ungunsten aus. Er wurde deshalb abgewiesen.

In den Anstellungsverhältnissen hieß es: Kläger sei als Techniker auf Privatdienstvertrag angestellt und es träfen für ihn die entsprechenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu. Das, so führte der Vorkläger aus, widerspreche den gesetzlichen Bestimmungen. Kläger sei vielmehr als Techniker gewerblicher Angestellter und der Gewerbeordnung unterstellt und aus § 133c dieses Gesetzes abzuleiten.

Die Auffassung des Vorlegenden übertrifft, daß durch Privatvertrag statt der Vorschriften der Gewerbeordnung die des B. G. B. vereinbart werden können, soweit diese dem Angestellten günstiger sind und soweit nicht etwa Vorschriften zwingender Natur durch den Vertrag beeinträchtigt werden.

#### Die Wahlen auf dem Lande angefeht werden.

Für den Kreis Neumarkt in Schlesien sollen am 4. November die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse stattfinden. Zu dieser Wahl werden sämtliche Wähler, fast 8000, in ein einziges Wahllokal nach Neumarkt in Schlesien eingeladen. Für das Wahlgeschäft selbst stehen nur ganze zwei Stunden, nämlich von 6—8 Uhr abends, zur Verfügung. Dadurch, daß zum Wahlbezirk zwei Städte und 123 Dörfer gehören, wovon fast alle ohne jede Bahnverbindung sind und Tausende von Wählern meilenweite Wege zum Wahllokal haben, mit Verlust eines ganzen Tagesverdienstes, ferner durch die spätgelegten Wahlstunden absolut keine Möglichkeit mehr haben, noch am gleichen Tage nach Hause zu kommen, ist die große Mehrzahl der Wähler ohne weiteres ihres Wahlrechts beraubt. Vielleicht hat man mit dieser Tatsache schon gerechnet und deshalb nur ein Wahllokal für den räumlich sehr großen Wahlbezirk in Aussicht genommen. Wie unter solchen Umständen die Wahl ausfallen wird, darüber besteht kein Zweifel.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Waise.

Einen etwas peinlichen Verlauf nahm eine Verhandlung vor dem Strafrichter, in welcher die Ehefrau eines städtischen Beamten

aus Neukölln eine Rolle spielte. Angeklagt wegen Diebstahls war der Kaiser Paul Wendt und der frühere Polizeibeamte Hörnigt aus Neukölln. Der Angeklagte Wendt war vom Schöffengericht Neukölln zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Hörnigt freigesprochen worden und zwar unter Zugrundelegung folgenden Sachverhalts: Als eines Tages der in Neukölln angestellte Beamte J. nach Hause kam, fand er seine Wohnung völlig ausgeräumt. Alles, was irgendwie an Wertgegenständen vorhanden war, war von den Dieben mitgenommen worden. Als Täter wurde der Angeklagte Wendt ermittelt, bei dem auch der größte Teil der gestohlenen Sachen vorgefunden wurde.

Schon vor dem Schöffengericht hatte W. behauptet, daß es sich nur um einen fingierten Einbruchdiebstahl handelte, den er im Auftrage der eigenen Ehefrau des J. inszeniert habe. Diese habe die Absicht gehabt, ihrem Mann auszurücken und mit ihm, Wendt, zusammenzuziehen. Sie habe ihm auch zu diesem Zwecke den Korridor Schlüssel ausgehändigt und sich absichtlich aus der Wohnung entfernt. — Da die Frau J. diese Behauptungen eisdlich in Abrede stellte, kam das Schöffengericht zu dem mitgeteilten Urteil. Gegen dieses legte Wendt Berufung ein, ebenso aber auch die Staatsanwaltschaft bezüglich der Freisprechung des Hörnigt.

Vor Gericht blieb Wendt dabei, daß er im Auftrage der Frau J. die Tat verübt habe. Er habe zu der Frau J. auch seit längerer Zeit schon in intimen Beziehungen gestanden. Da die Zeugin J. dies in höchster Entrüstung bestritt, rückte W. mit allen möglichen Details, unter denen u. a. auch eine große Waise spielte, heraus, so daß das Gericht gezwungen war, die Öffentlichkeit auszuschließen. Um die Richtigkeit der Angaben des Angeklagten nachzuprüfen, wurde im Einverständnis mit der Frau J. der Gefängnisarzt Dr. Dyhrenfurth herbeigezogen, der dann in dem Verzeimter des Gerichtsgebäudes eine hochnotpeinliche Untersuchung vornahm, bei der die Waise auch tatsächlich entdeckt wurde.

Trotz dieser Feststellung kam das Gericht zu der Ansicht, daß die Angaben des W. bezüglich des Diebstahls nicht der Wahrheit entsprächen, da Frau J., als sie von dem Diebstahl erfuhr, in Tränen ausbrach und offensichtlich völlig überrascht war. Einen derartigen Diebstahl zu fingieren, hätte ja auch logischerweise gar keinen Zweck gehabt, da die Frau J., wenn sie ihren Mann verlassen wollte, die Wertgegenstände einfach selbst hätte mitnehmen können. Der im Besitze des Angeklagten befindliche Korridor Schlüssel könne auch ebensogut anderen Zwecken dienen haben. Das Gericht verwarf die Berufung des W. und kam auch zu einer Verurteilung des Hörnigt, gegen den auf 3 Monate Gefängnis erkannt wurde.

### Pistolenpielerei.

Eine wenig aufgeklärte nächtliche Schießaffäre, bei der das 20-jährige Dienstmädchen Anna Müller aus Charlottenburg den Tod gefunden hatte, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Neumann die 3. Strafkammer des Landgerichts I.

Wegen fahrlässiger Tötung und Uebersetzung der Polizeiverordnung betr. die Pflicht zur Führung von Waffenscheinen war der aus Ungarn stammende Student der Handelshochschule Alalbert Gross angeklagt. — Der Angeklagte hatte am Abend des 22. Juli d. J. in Begleitung des aus Budapest stammenden Studenten Joo Grünfeld einen Spaziergang durch den Tiergarten unternommen, bei dem er die Bekanntschaft des Dienstmädchens Anna Müller gemacht hatte. In ziemlich später Stunde brachten die beiden jungen Leute die W., die in der Gutenbergsstraße in Charlottenburg im Dienst war, nach Hause. Bei dem zärtlichen Abschied zog sich Grünfeld die W. zurück, während Gross mit der W. vor der Haustür stehen blieb. Wie der Angeklagte behauptet, habe die W. bei einer Umarmung zufällig gegen seine Gesichtshälfte gestoßen, in der er ständig eine Browningpistole trug, die er sich angeschafft hatte, da sein Vater in einer etwas entlegenen und gefährlichen Gegend Ungarns ein Gut besaß, wo fast jeder Mensch mit dem Revolver in der Tasche herumlaufe. Wie Gross weiter behauptet, habe die W. aus Neugierde in die Tasche hineingefasst und die Pistole hervorgeholt. Ehe er dem Mädchen die gefährliche Waffe entreißen konnte, habe die W. wohl versehentlich die Sicherung gelöst. Im nächsten Moment habe ein Schuß gekracht und die W. sei leblos zu Boden gestürzt.

Wie die Verhandlung ergab, war G. völlig kopflos davongestürzt, um einen Arzt zu suchen; am anderen Tage hatte er sich dann freiwillig der Polizei gestellt. Nach mehrtägiger Untersuchungshaft wurde er gegen Stellung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt. — In seiner ersten Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Werner in Charlottenburg soll G. angegeben haben, daß er dem Mädchen die Waffe gezeigt und diese sich dabei entladen habe. In der geistigen Verhandlung bestritt der Angeklagte dies und behauptete, daß ihm die W. die Pistole selbst aus der Tasche gezogen habe. — Wie die Verhandlung ergab, hatten die Eltern des erschossenen Mädchens von dem sehr vermögenden Vater des Angeklagten 500 M. gefordert. Ohne damit anerkennen zu wollen, daß der Tod der W. durch eine Schuld seines Erbverpflichteten sei, zahlte der Vater freiwillig 2000 M. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten und 200 M. Geldstrafe. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten von der Anklage der fahrlässigen Tötung, da nicht festgestellt werden könne, ob der Gross der W. die Waffe gegeben oder ob diese sie ihm aus der Tasche genommen hätte. Wegen der Uebersetzung wurde G. zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

### Um ein Einsengericht.

Das berühmte Gericht, um das Esau sein Erstgeburtsrecht hingegeben haben soll, hat indirekt die Veranlassung zu einer Anklage wegen verächtlicher Erpreßung gegeben, welche unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jacob die 2. Strafkammer des Landgerichts II beschaffte.

Angeklagt war der Privatdetektiv Gasse Günther aus Schöneberg.

Bei dem Gastwirt Karl Meier in Schöneberg war bis zum Mai d. J. die Köchin Kleinert angestellt gewesen. Als sie eines Tages ein Einsengericht schlecht gekostet hatte, wurde sie von Meier entlassen und soll entlaufen. Die Köchin verklagte ihren früheren Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht auf Zahlung von 16 M. rückständigen Lohn. Meier wurde auch zur Zahlung dieses Betrages an seine ehemalige Köchin verurteilt. Wie der Angeklagte, der in dem Lokal des M. verkehrte, vor Gericht bekundete, habe sich Meier über den verlorenen Prozeß sehr geärgert und mit ihm beratschlagt, wie er sich von der Zahlung der 16 M. befreien könne. Die Günther behauptet, von Meier aber entschieden bestritten wird, sollte als Handhabe hierzu die von ihnen erlangte Kenntnis dienen, daß die K. ein uneheliches Kind hatte, dessen Vater, wie sie ermittelt haben wollen, ein in Schöneberg wohnhafter verheirateter Kellner sein soll. Der Angeklagte behauptet, daß er an die auf Anstiften des Meier einen Brief geschrieben habe, in welchem er ihr ganz unüberblüht drohte, daß gegen sie Anzeige wegen Ehebruchs, welcher mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft werde, erstattet würde, wenn sie die Sache mit Meier nicht auf sich beruhen lassen oder versuchen würde, die 16 M. zwangsweise beizutreiben. Er habe eine Waise in den Händen, die im Gebrauchsfalle sehr nachteilig werden könne. Die K. richtete nun an Meier direkt einen Brief, der von dem Angeklagten mit einem zweiten Erpreßbrief beantwortet wurde, in dem er noch deutlicher wurde. — Vor Gericht verwarf die Angeklagte die Hauptschuld auf Meier abzuschieben. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte in einer recht nichtbedeutenden Weise verurteilt habe, die Zeugin K. zu zwingen, auf ihre berechnigten Ansprüche zu verzichten, eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht erkannte aber mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten auf nur einen Monat Gefängnis.

### Gesellschaftlicher Vorposten eines Arztes.

Der praktische Arzt Dr. G., der seit 1903 in Annweiler praktizierte, verpflichtete sich im Herbst 1905, auf 3 1/2 Jahre als Militärarzt der Schutztruppe tätig zu sein. Er übertrug deshalb seine Praxis in Annweiler dem Arzt Dr. A. und schloß mit diesem am 21. Oktober 1905 einen Vertrag, worin er erklärt, daß er auf seine Praxis in Annweiler verzichtet und sich verpflichtet, seine Praxis dort wieder auszuüben. Als Gegenleistung zahlte Dr. A. dem Dr. G. 2000 M. Im Jahre 1909 ist Dr. G. für den Tropendienst untauglich befunden und deshalb pensioniert worden. Er machte nun verschiedene vergebliche Versuche, an anderen Orten Deutschlands ein Unterkommen als Arzt zu finden. Im Herbst 1909 hörte er, daß viele Einwohner von Annweiler die Niederlassung eines weiteren Arztes für nötig hielten; das Bürgermeisteramt des Ortes erließ auch später eine entsprechende Belanimmmachung in den Zeitungen. Dr. G. bot daraufhin dem Dr. A. wiederholt die Rückzahlung der im Jahre 1905 erhaltenen 2000 M. an und suchte diesen zu bewegen, mit seiner Rückkehr nach Annweiler einverstanden zu sein. Dr. A. lehnte aber ab. Trotzdem ließ sich Dr. G. im Januar 1910 in Annweiler als praktischer Arzt nieder. Dr. A. klagte nun zunächst gegen Dr. G. auf Schadenersatz wegen des ihm aus der Konkurrenz des Dr. G. entstehenden Verlustes. Diese Klage ist abgewiesen worden. Dann beantragte Dr. A. bei dem ärztlichen Bezirksverein Landau, den Dr. G. vom kollegialen Verkehr auszuschließen. Es handelt sich also um einen gesellschaftlichen Vorposten. Der Bezirksverein gab dem Antrag des Dr. A. statt und teilte den Ausschluß des Dr. G. den in Betracht kommenden Bürgermeistereien und Krankenkassenvorständen mit. Eine Beschwerde des Dr. G. an die Ärztekammer blieb erfolglos. Nun erhob Dr. G. gegen den ärztlichen Bezirksverein Landau eine Klage auf Aufhebung des Beschlusses.

Das Landgericht Landau verurteilte den Bezirksverein, den Beschluß auf Ausschluß des Klägers vom kollegialen Verkehr aufzuheben und die Aufhebung denjenigen Behörden und Kassenvorständen, denen er früher den Ausschluß mitgeteilt hatte, bekanntzugeben. Dagegen hat das Oberlandesgericht Zweibrücken die Klage, soweit sie auf Aufhebung des Ausschlusses des Klägers gerichtet ist, abgewiesen und den Beklagten nur verurteilt, die Bekanntgabe dieses Ausschlusses, soweit sie über den Kreis der Mitglieder des Vereins hinausgeht, zurückzunehmen.

Das Landgericht hat am Sonnabend dieses Urteils bestätigt und die Revision des Klägers zurückgewiesen. Zur Begründung wurde bemerkt: Nach § 238 des Bürgerlichen Gesetzbuchs war zu fragen, ob man jagen kann, daß die Wahnahme des Vereins, der Ausschluß des Klägers, nach dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden verwerflich ist. Das ist zu verneinen. Der Beklagte hat gehandelt in Erfüllung seiner Pflicht, zu der er vom Staat berufen ist. Er ging dabei von der Ansicht aus, daß das Verhalten des Klägers mit der ärztlichen Standesehre nicht vereinbar sei. Es ist hierbei das unkollegiale und wenig schonungsvolle Verhalten des Klägers gewürdigt worden, mit dem er wieder in die Praxis hineinzukommen suchte. Ein Verstoß gegen die guten Sitten ist dem Beklagten aus seiner Maßnahme nicht zum Vorwurf zu machen. (VL 267/13.)

## Verfammlungen.

**Erklärung.** Genosse Schwarzburger beehrt mich, daß Mitglieder einer Korporation verpflichtet sind, für deren gefasste Beschlüsse einzutreten. Er hätte seine Belehrung an eine andere Adresse richten sollen. Deshalb will ich bemerken: Wenn ich mir zugunsten eines Genossen aus Achtung vor Korporationsbeschlüssen Beschränkungen des Willens auferlegen soll, muß jener solche Verpflichtungen für sich ebenfalls anerkennen. Das ist aber hier nicht der Fall. Sonst hätte der Betreffende als Parteivorstandemittglied nicht gegen die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution stimmen können. Im übrigen war das keine Sache einzig und allein, wie es Sache des Parteivorstands war, wen er wählte. Was dem Einen recht, ist dem Andern billig. Damit ist für mich die Sache einstweilen erledigt. Wels.

## Aus aller Welt.

### Aus dem Reiche des Rufels.

Der amtliche Bericht über die Ergebnisse des russischen staatlichen Branntweinmonopols im Jahre 1912 verkündet die interessante Tatsache, daß ungefähr eine Milliarde Rubel, oder über 2 Milliarden Mark im verflunkenen Jahr in Russland für den russischen Staat erbracht wurden. Die Ruiniererin der Trunksucht, die zarische Regierung, hat im Bereich des staatlichen Branntweinmonopols (65 Gouvernements und 10 Gebiete) für den Verkauf des Branntweins 824 Millionen Rubel vereinnahmt. Fügt man den Schnapsverbrauch in den kaukasischen, mittelasiatischen und sibirischen Provinzen, wo das Monopol noch nicht eingeführt ist, hinzu, so kann man den Schnapsverbrauch im ganzen Reiche getrost mit einer Milliarde Rubel berechnen.

Die absoluten wie die relativen Zahlen weisen auf einen starken Zuwachs des Alkoholverbrauchs in Russland hin. Während 1910 im Gebiete des Branntweinmonopols 89,5 Mill. Eimer verkauft wurden, ist diese Zahl 1912 auf 96,5 oder um circa 8 Proz. gestiegen. Die Zunahme des Alkoholverbrauchs übersteigt die Bevölkerungszunahme um das Sechsfache. Rechnet man bloß die „trinkfähige“ Bevölkerung, so entfällt auf jede Person 1 1/2 Eimer Branntwein im Jahr. Daß unter diesen Umständen die Degeneration der Volksmassen rasend zunehmen muß, versteht sich von selbst.

Dafür blüht aber der Weizen der Regierung, die ihr Budget auf der Trunksucht des Volkes aufgebaut hat. Ungefähr ein Drittel des Staats wird von den Einnahmen aus dem Branntweinverkauf gebildet. Bei einer Ausgabe von 197 Millionen Rubel hat die Regierung einen Reingewinn von 826 Millionen Rubel im Jahr. Ein glattes, nettes Wuchergeschäft!

### Schredenstat eines Fünfzehnjährigen.

In dem Dorfe Landreau bei Nantes hat der 15-jährige Dienstmacht Radureau mit einer Art die gesamte aus sieben Personen bestehende Bewohnerschaft des Hauses seines Arbeitgebers mit einer Art erschlagen. Ueber die Einzelheiten der gräßlichen Untat wird berichtet: Der Gutsbesitzer Mabit fertete am Dienstagabend um 10 Uhr mit Radureau Trauben, als ein Streit zwischen ihnen ausbrach. Radureau bemächtigte sich einer großen Art und brach die dem Gutsbesitzer die Gurgel. Darauf drang er in die Küche, wo er Frau Mabit, die Dienstmagd, dann die in einem benachbarten Zimmer schlafende Mutter des Gutsbesitzers und drei in einem anderen Zimmer schlafende Kinder Mabit im Alter von 2, 7 und 8 Jahren ermordete. Radureau legte sich dann ruhig schlafen. Mittwoch morgen wurde er verhaftet; er hat alles eingestanden.

### Eisenbahnunglück in Bonn.

Ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignete sich Mittwoch nacht auf der Strecke Köln-Bonn der Rheinischenbahn in der unmittelbaren Nähe der Station Bonn-Ellerstraße. Der um 12 Uhr von Köln abfahrende und aus zwei Wagen bestehende Schnellzug, der fahrplanmäßig 12 Uhr 40 Minuten in Bonn-Ellerstraße eintrifft,



Berliner Nachrichten.

Zimmer 359.

Ein feckediges Zimmer im Berliner Polizeipräsidium: hier werden Auskünfte über Adressen erteilt. Gläubiger suchen hier ihre verzögerten Schuldner, Bauernfrauen ihre Töchter, die aus der Weltstadt kein Lebenszeichen von sich geben, alte Herren ihre Freunde und Freundinnen aus der Studentenzeit. Selbst Odysseus und Arden Ernoch würde heute bei der Heimkehr der erste Weg auf Zimmer 359 führen. Verschollenheitsgeschichten aller Fasson, in denen man die Nachbarn ausfragt, gibt es heute nur noch im Film. Heute kostet die Geschichte ihre fünfzig Pfennige und das Problem ist gelöst. Wie smart funktioniert hier zum Beispiel der hünenhafte, schielende Ausläufer eines Abzahlungsgeheimnisses, der den Beamten eine ganze Liste von Namen vorlegt; lauter Kunden seiner Firma sind es, die die Wohnung gewechselt haben, ohne das Geschäft davon in Kenntnis gesetzt zu haben. „Kriegen wir doch“, prahlt der Riese grinsend, mit einem Wonnegesicht, als wäre er an dem Geschäft seiner Vorfahren beteiligt.

Ein nervöses junges Weibchen im Trauerleid sucht ihren früheren Zimmerherrn namens Zwanow. Die Vorstellungen des Beamten, es gäbe der Zwanows fast so viele wie der Meiers oder Müllers, es müsse daher wenigstens auch Vorname und Geburtsort angegeben werden, nützen lange nichts; schließlich läßt sich die Frau überreden, zuerst auf das betreffende Polizeirevier zu gehen, um das Nationale ihres verschwundenen Zwanow einzuholen.

Inzwischen sind andere und andere Leute gekommen. Auf den Bänken des Korridors wächst die Reihe der Wartenden; sie haben den Zettel mit den Angaben schon eingereicht und warten nun auf Befcheid. Wieviel Enttäuschung bringt ein negativer Befcheid: „Nicht gemeldet“. Da heißt es nun die Vororte, die ihre eigenen Zentralen haben, abhandeln. Vielleicht ist der Gesuchte dort zu finden, vielleicht auch nicht. Aber auch wieviel Freude macht oft so ein Zettel mit der gewünschten Adresse; ist doch in vielen Fällen die Adresse zugleich auch die Bestätigung dessen, daß der Gesuchte noch am Leben ist.

Ein blasser junger Mann, Anfang der dreißiger Jahre, mit Jügen, die von vielen Leiden erzählen, reicht einen Zettel dem Beamten hin. „Johann Merseburger“ liest der Beamte ab. „Da sucht einer sich selbst“, grüßt der danebensitzende Abzahlungsbriefe. „Ich suche meinen Vater“, sagt der blasse Mann kurz und heiser. „Können Sie nicht eine frühere Adresse Ihres Vaters aus den letzten zehn Jahren angeben?“ fragt der Beamte. „Nein“, lautet die Antwort, und sie klingt kleinlaut und trotzig, verächtlich und selbstverständlich zugleich; und für einige Sekunden entsetzt um den heimgekehrten Sohn ein Bannkreis frostiger Stille.

Als Johann Merseburger der Jüngere nach einer halben Stunde die Adresse seines Vaters überreicht bekam, umringten ihn die übrigen: „Sie haben aber Schweiß gebabt...“

Die alte Dichtersitte, das Leben im Wartesaal, auf dem Omnibusdach, im Kaffeehaus und im Friedhof zu beobachten, bedarf einer Ergänzung. Im Zimmer 359 ist noch Platz vorhanden für einige stille Beobachter.

Ein Jahrbuchnachweis für Schneider soll an den Arbeitsnachweis in der Gormannstraße angegliedert werden. Das ist das Ergebnis von Beratungen, welche dieser Tage im Rathaus stattgefunden haben. An der Konferenz nahmen unter Vorsitz des Magistratsrats Wölbling teil: 7 Arbeitgeberverbände, darunter die Schneiderinnung, die Damennähtschneiderinnung, der Arbeitgeberverband für das Herren- und Strabenschneidergewerbe und vier Arbeiterverbände, insgesamt Betriebe mit hunderttausend Berliner Arbeitern umfassend. Bei dem einzutreffenden Arbeitsnachweis soll der Nummernzwang ausgeschlossen sein. Der Arbeitsnachweis soll von einem Kuratorium, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen geleitet werden.

Das Ende des Veteranen.

Wir leben in der Zeit der Jubiläen. Hundertjahrfeier, Regierungsjubiläum, Tausendjahrfeier sind kaum überwunden und schon rüsten sich die patriotischen Kreise zu einem neuen Jubiläum: zur Wölflerschlacht bei Leipzig. In allen Tonarten werden die Männer geehrt, die ihr Leben fürs Vaterland geopfert, nur wird derjenigen nicht gedacht, die auf den Schlachtfeldern ihre Gesundheit hingegeben und nun im Alter rot leiden: der Veteranen. Man sammelt zwar zu Veteranenpenden, aber die Veteranen merken von diesen Spenden herzlich wenig. Rot und Verzweiflung treibt diese Armen schließlich zum Selbstmord, während in den großen Hotels die gute Gesellschaft an reich besetzten Tafeln auf das Wohl der Vaterlandsbefreier gut isst und trinkt.

Wesell wird die Situation erhellet durch folgende Aufschrift, die wir erhalten:

„Montag mittig zogen wir drei Mann, welche an der Rudower Straße arbeiten, die Leiche eines 70 Jahre alten Veteranen aus dem Teltowkanal. Derselbe mußte erst kurz vorher ins Wasser gegangen sein. Am Ufer hatte er seinen Kot mit den Papieren und zwei Stöcken gelassen; außerdem ein langes Schreiben, warum er sich das Leben nahm. Er ist 70 Jahre alt. 1843 geboren, hat er die Kriege 1866 und 1870/71 mitgemacht, an fünf Schlachten teilgenommen und verwundet. Dies stand in dem Militärpaß. Nach seinem Schreiben hatte er sich die größte Mühe gegeben, in Krankenhäusern oder dergleichen unterzukommen, er wurde überall abgewiesen. Seine Schmerzen waren aber so groß, daß er es nicht mehr aushalten konnte. Sein einziges Gab und Gut, die Brille, möge man seinem Neffen übergeben.“

Geschmückt mit den Bändern seiner Orden starb dieser Mann, der einst für das Vaterland gekämpft, verstoßen und abgewiesen, wo er Hilfe suchte. So sieht der Dank des Vaterlandes aus!

Beschäftigung an Sonntagen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Ortsstatut der Stadt Berlin vom 14. Oktober 1911 in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 30. April an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nur von 12 bis 2 Uhr mittags beschäftigt werden dürfen. Auf den Handel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln sowie auf den Handel mit Blumen findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Mangel an Papierkörben im Treptower Park macht sich besonders bei dem großen Spielplatz empfindlich bemerkbar. Dieser Spielplatz sieht an den Tagen, an denen er für die allgemeine Benutzung freigegeben ist, scheußlich aus. Am Spätnachmittag liegen viele Hunderte von Stullenpapieren auf der weiten Fläche und verschandeln die gerade hier so herrliche Natur. Auf Erwachsene hat ja unsere stetige Rahmung, die Parusanlagen zu schonen, schon stark eingewirkt. Kinder, die ja vorzugsweise die Spielplätze bevölkern, sind für denselben Zweck nicht so leicht zu erziehen. Man muß ihnen sichtbar vor Augen führen, wozu die Stullenpapiere gehören, und das kann neben der Einwirkung durch die Lehrer in erster Linie durch eine größere Anzahl von Papierkörben an Ort

und Stelle geschehen. Derartige Körbe brauchen deshalb nicht den Spielwiesenrand zu verunzieren. Sie können an den Anpflanzungen, die im Fildrad in den Spielplatz hinein-schneiden, aufgestellt werden. Noch eine eindringliche Mahnung am Korb: „Kinder, seid sauber, werft kein Papier auf den Rasen!“ könnte nichts schaden. Vielleicht holt die städtische Parkverwaltung das Veräumte bis zum nächsten Frühjahr nach.

Don Juan in den Lüften oder die rettende Flugmaschine.

Das modernste aller Verkehrsmittel, die Flugmaschine, hat schon allen möglichen Zwecken dienen müssen. In Amerika haben sich Liebespaare auf dem Luftwege der Verfolgung ihrer, einem Ehebündnis abgeneigten Verwandten entzogen. Reuermächte machten auf ihr die Hochzeitsreise usw. Daß aber das Luftroß einen armen Sünder dem Arm der Justiz entzogen hat, dürfte doch neu sein. Aus Fliegereisen wird uns nun folgende erdglühliche Geschichte mitgeteilt, die sich am Dienstag anläßlich der Herbstflugwoche abspielte. Bei den Klängen der Militärkapelle promenierte da Dienstagnachmittag ein junges, elegant gekleidetes Paar aus Berlin W, das den Vorgängen am Start und in der Luft nur wenig Beachtung schenkte, dafür aber um so eifriger die Vorübergehenden musterte, gleichsam als ob es Bekannte zu finden hoffte oder — fürchtete. Das Flugzeugrennen war gerade zu Ende und die Flieger machten sich zum Dauerflug fertig. Blötzlich tauchte vor den beiden ein bereits angefahrter Herr auf, in dessen Begleitung sich ein Gendarm befand und der auf den jungen Mann weisend, den Beamten aufforderte, die Personalien des jungen Herrn festzustellen. Der ältere Herr mit dem Gendarm war niemand anderes als der Gatte, der sein junges Brauchden mit ihrem Liebhaber endlich in Johannisthal erwischt hatte und nun gern den wahren Namen des Jünglings erfahren wollte. Diesem schien aber an der Feststellung seiner Personalien wenig zu liegen. Als er sich von seinem ersten Schreden erholt hatte, jagte er plötzlich davon, von dem Gatten und dem Gendarm verfolgt. Die Jagd ging hinter der großen Tribüne vorbei und in seiner Aufregung stürzte der junge Mann an den Aufsehern vorbei auf das Feld. Dort wollte eben einer unserer bekanntesten Flieger aufsteigen. Der Verfolgte eilte auf ihn zu, schilberte ihm in fliegender Dast seine Lage und bat den Flieger, ihm zu helfen. Dieser, der viel Verständnis für die Lage des Don Juans besaß, warf ihm eine Brille zu, schob den Jüngernden in den Passagiersitz, wo der junge Mann im Cutaway und Jüngernd sich löschlich genug ausnahm. Da der Rotor bereits lief, ging der Start in wenigen Augenblicken vorstatten, und als der Ehemann, dem man an der Sperre das Betreten des Flugfeldes nicht gestatten wollte, nach langen Verhandlungen endlich den Durchgang erzwungen hatte, sah er seinen Nebenbuhler bereits 100 Meter über sich durch die Luft gondeln. Nach einigen schneidigen Kurven und Gleitflügen, die sicherlich nicht das Entzücken des Jünglings erregt haben, landete der hilfeleiche Flieger schließlich am anderen Ende des Feldes, wo der nunmehr „Berettete“ sich unter tausend Dankesbezeugungen von seinem Helfer verabschiedete und durch einen entlegenen Ausgang das Freie erreichte.

Die Seen der Oberspree als Staubecken.

Die preussische Staatsregierung verfolgt, wie wir hören, den Plan, mehrere Seen im Gebiet der Oberspree durch die Anlage von Talsperren in Sammel- oder Staubecken umzuwandeln, um dadurch den Wasserüberschuß der Wintermonate für die Speisung der Wasserläufe und des Grundwassers in den trockenen Sommermonaten zurückhalten und ausnutzen zu können. Die Ausführung dieses Projektes ist für die Schiffahrt auf der Spree und die Grundwassergewinnung im Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin von der größten Bedeutung.

Todesprung aus dem vierten Stock.

Auf dem Hof des Grundstücks Herderstr. 10 in Charlottenburg wurde gestern morgen die 29 Jahre alte Tochter Effe des Ingenieurs Seck in einer Blutlache tot aufgefunden. Das Mädchen hatte sich in der Nacht in eigenem Zustand von Herdenüberreizung aus einem Fenster der im vierten Stock gelegenen elterlichen Wohnung gestürzt. Die Leiche wurde von der Polizei beklagt.

In seiner Wohnung in der Simon-Dach-Straße wurde Montagabend der 26 Jahre alte Holzbildhauer Erwin Semrau erhängt aufgefunden. Alle Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos. In einem hinterlassenen Schreiben gibt der Mann an, daß er die Tat begangen habe, weil er fürchtete, in Wahnsinn zu verfallen.

Eine Frau bei einem Brande erstickt.

Gestern morgen gegen 5 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Invalidenstr. 106 gerufen, wo im dritten Stock des Hauses in einer Mansardenwohnung Feuer ausgebrochen war. Als eine Löscharbeitung über die Treppe vordrang, brannte die Eingangstür zu der betreffenden Wohnung schon lichterloh. Die Tür wurde aufgebrochen, und beim Betreten der Wohnung fanden die Sapper auf einem Bett eine ältere Frau leblos vor. Es war die 60 Jahre alte Witwe Schuber, die, wie sich später zeigte, das Feuer selbst angelegt hatte. Die Wehr stellte sofort Wiederbelebungsbemühungen an, doch waren alle Bemühungen vergeblich, da der Tod infolge Erstickens bereits eingetreten war. Am Oberkörper der Frau zeigten sich auch erhebliche Brandwunden. Die Leiche wurde der Polizei übergeben und nach dem Schauhaus gebracht. Nachdem der Wohnungsbrand mit einer Schlauchleitung abgelöscht worden war, stellte die Feuerwehr mehrere Brandherde fest. Frau Schuber hatte um das Bett herum drei richtige Scheiterhaufen aus zerleinertem Holz errichtet und angezündet. Außerdem fand man auch in der Küche und an einem Fenster zwei derartige Brandherde. Ueber einen der Holzhaufen hatte die Witwe noch Kleidungsstücke gelegt. Ehe das Feuer richtig zur Entfaltung kam, trat in der Wohnstube eine starke Verqualmung ein, der die Frau zum Opfer fiel. Frau Schuber, die ihren Lebensunterhalt durch Reinemachen verdiente, zeigte schon in den letzten Tagen ein niedergedrücktes Wesen und dürfte die Tat aus Lebensüberdruß verübt haben.

Brandstifter scheinen im Hause Kreuzbergstraße 29 an der Arbeit zu sein. Im Laufe des Dienstags brachen dort kurz hintereinander drei Kellerbrände aus. Die Gefahr wurde aber jedesmal noch rechtzeitig bemerkt, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Unter den Hausbewohnern herrscht aber naturgemäß eine große Aufregung. Die Suche nach den Brandstiftern ist bisher ergebnislos verlaufen.

Johannisthaler Herbstflugwoche.

Bei prachtvollem Wetter und starkem Besuch nahm gestern die Johannisthaler Flugwoche ihren Fortgang. Die Flieger nahmen das schöne Wetter nach Kräften aus. „Höhenflüge“ lautete die Parole und mehr als ein Flieger trug sich mit dem Gedanken, den deutschen Höhenrekord zu brechen. Sablainsig stieg mit 4 Passagieren auf, um seinen bisherigen Erfolg einen neuen Erfolg hinzuzufügen. Punkt 3 Uhr begann der Dauer- und Höhenflug, zu dem als erster Herr Gruner meldete. Dann folgten Reiterer, Stiplosch, Rupp, Kießling, Wrobel,

Viktor Stoessler, E. Stoessler, König und Theelen. Nicht über dem Erdboden herrschten leichte Böen, in größerer Höhe aber war der Ostwind konstant und bereitete den Fliegern nur geringe Schwierigkeiten. In der Höhe von 2000 Metern zogen leichte Cirruswolken über das Feld, die Fernsicht war gut und man konnte die Flugzeuge noch in den größten Höhen deutlich erkennen. Gleich nach dem Start gingen Stiplosch, Rupp, Viktor Stoessler, Sablainsig und Reiter „auf Höhe“. Den Zuschauern bot sich ein interessantes Schauspiel, als die sechs Piloten in scharfem Wettstreit in die Höhe flogen. Die feine Silhouetten hoben sich die Ein- und Zweidecker von dem tiefblauen Himmel ab. Höher und höher kletterten die Flieger, bis sie die untersten Wolkenhöhen erreicht und hinter ihnen für Sekunden verschwanden. Bald konnte man Rupp und Stoessler in einer Höhe von 3000 Metern sehen, bis beide auf ihren Heberlandflügeln im Sonnenglanz verschwanden. Während oben die Maschinen ihre Kreise zogen, ging es auf dem Erdboden ebenfalls recht lebhaft zu. Um die Geschwindigkeitdifferenz des Kriegsmilitärs, wobei der Unterschied zwischen der größten und kleinsten Geschwindigkeit festgestellt wird, konkurrierten Theelen und E. Stoessler. Mit voller Kraft sausten die Apparate vom Start, flogen mit einer Geschwindigkeit von über 100 Kilometern einige Stunden und verlangsamten dann das Tempo bis auf 60 Kilometer. Um den Montagewettbewerb des Kriegsmilitärs zu beenden, nahen drei Flieger: Latisch auf L.V.G.-Eindecker, Röber auf Röber-Eindecker und Krüger auf Farlan-Eindecker. Die drei Flugzeuge, die vollständig demontiert und auf Automobilen verladen waren, mußten erst zwei je 8 Meter von einander entfernt aufgestellte Pfosten passieren, um die vorchristliche Breite nachzuweisen, und wurden dann mitten auf das Feld gebracht, wo die Zusammenfügung begann. Hierauf stiegen die drei Maschinen auf und landeten nach einigen Minuten, um wieder auseinandergenommen zu werden. In diesem Wettbewerb blieb Latisch Sieger, der zum Aufbau und zur Demontage der Maschine die sehr kurze Zeit von 12 Minuten 16 Sekunden gebrauchte. Die Montage nahm 9 Minuten 18 Sekunden in Anspruch, während das Auseinandernehmen 2 Minuten 55 Sekunden benötigte. Röber brauchte zur Montage 8 Min. 52 Sek., zur Demontage 7 Min. 47 Sek. Bemerkenswert war wieder der Weltrekord Sablainsigs, Sablainsig flog mit vier Passagieren, die ein Gewicht von 330 Kilo hatten, auf, erreichte in 15 Min. 1000 Meter und stieg in 34 Minuten auf 2080 Meter Höhe. Aus dieser Höhe kam er wie stets in einem seiner eleganten turbinenreichen Gleitflüge hernieder.

Die Resultate des gestrigen Flugtages waren: Wettbewerb um die Dauer: Gruner 1 Stde. 35 Min., Stiplosch 1 Stde. 17 Min., Reiterer 1 Stde. 28 Min., König 1 Stde. 9 Min., Rupp 1 Stde. 4 Min., Kammerer 33 Min., Fiedler 31 Min., Theelen 31 Min., Ingold 17 Min., Janisch 13 Min., Wrobel 13 Min., Schulz 12 Min., Schwandt 11 Min., Kießling 9 Min., Remus 8 Min.

Wettbewerb um die Differenz der Geschwindigkeit: Ernst Stoessler schnellster Flug 92,3 Kilometer, langsamster Flug 87 Kilometer.

Montag-Wettbewerb: Latisch Montage 9 Min. 18 Sek., Demontage 2 Min. 58 Sek., zusammen 12 Min. 16 Sek., Röber Montage 8 Min. 42 Sek., Demontage 7 Min. 47 Sek., zusammen 16 Min. 29 Sek.

Höhenflüge: Viktor Stoessler 3320 Meter, Reiterer 3000 Meter, Sablainsig 2080 Meter (Weltrekord mit vier Passagieren), König 2000 Meter.

Die Säuglingsfürsorgestelle V in der Panstraße 15 muß wegen eines Scharlachfalles, der in diesem Hause festgestellt worden ist, auf einige Tage geschlossen werden.

Die Konzerthalle der Brauerei Friedrichshain teilt uns unter Bezugnahme auf unsere gestrige Notiz: „Geschäftliche Ausnutzung des Andenkenabends“ mit, daß sie mit der Ankündigung, die Hälfte der Einnahme der von Gewerkschaften vertriebenen Eintrittskarten dem Beihilfenfonds zuzuführen, keine unlautere Absicht verfolgt habe. Nachdem aber an dieser Ankündigung Anstoß genommen sei, nehme sie hiervon Abstand und das angekündigte Konzert werde in der bisher üblichen Form stattfinden. Wir hatten schon gesagt, daß gegen das Konzert selber kaum etwas einzuwenden sei und nur die Art des Zustandekommens getadelt.

Der Männerchor „Fichte-Georgia 1879“ veranstaltet Dienstagabend im großen Saale der Brauerei Friedrichshain ein gemischtes Konzert, wobei neuerdings die Chordirigenten auch als Kapellmeister auftreten. Ob hiermit der gewöhnlichen Weiterentwicklung des Arbeitergesanges gedient wird? Und ob es nicht angezeit ist, darin eine Ablenkung des Arbeiterpublikums von den eigentlichen Gesangsaufgaben der Chöre zu erblicken? Wo bleiben reine Vokal-souper? Für solche liegen sich sehr wohl Programme denken, die auf höchstens zwei Stunden berechnet, die Fortschritte und den Grad der künstlerischen Leistung eindringlicher aufzuweisen vermöchten, als es jetzt möglich ist. Und daß der obengenannte Männerchor recht gut ohne Mitwirkung eines Orchesters bestehen könnte, lehnen seine Darbietungen. Alles ist darin auf untauglichen Vortrag angelegt. Der Dynamik des Klanges hinsichtlich seiner Wirkungen durch verschiedene Maße, Stärke und Schattierung, sowie der bald größeren bald geringeren Energie und Intensität der Akzentuation wird peinlich Rechnung getragen. Uthmann „Nord Polester“ z. B. präzentierte sich in rhytmischer Beziehung sogar höchst neu; und wunderschön erklangen einzelne Volkslieder; da war Duft und schwebende Zartheit. Zum Schluß kamen zum allerersten Male zwei Männerchöre mit Orchesterbegleitung aus dem Jylus „Aus Natur und Leben“ von Karl Kämpf zum Vortrag. Der Komponist malt die Erscheinungen des Lebens und der Natur mit modernen Orchesterfarben. In „Morgen an der Diefee“ vernehmen wir durch die Stille entlang dem Strande den sinfonischen Gesang des Meeres. In „Ruhloses Leben“ wird dieses gleichfalls eigen charakterisiert. Wir kennen die Partitur dieser Gesänge nicht. Und schien aber, als fehlte es im Orchester an genügender Befähigung. Wäre dem Chor nur eine dekorative Aufgabe zugedacht, dann hätte er sich mehr Reserven aufzuwerfen. Ein Teil des Vokalchors — nämlich nur 45 Musiker — vollführte die instrumentalen Beigaben des Programms: Werke von Beethoven, Schubert, Grieg und Wagner. Herr Th. Servais dirigierte.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

In der stark besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab Genosse Scholz-Kaufmann Bericht vom Parteitage. Redner bemerkte u. a.: Ueber den Stillstand der Parteiorganisation bestehen subjektive Anschauungen. Die Wirtschaftskrise trägt wohl nicht allein die Schuld. Immerhin müsse er es zurückweisen, wenn behauptet werde, in der Partei fehle die geistige Demokratie. Die Massenstreikfrage sei nicht von Akademikern und Literaten aufgerollt worden, sondern von der Masse der Parteigenossen, die den Versammlungs-vorbereitern das Thema vorschrieb. Genosse Dauer habe auf dem Parteitage mit seiner Antireform (Zuruf: Schwarzmalen) schlecht abgeschrieben. Seine Kollegen von der Generalkommission Schumann und Silberstein hätten ihn jedoch kommentiert. Der Parteitag habe ganz richtig zum Ausdruck gebracht, daß jetzt noch kein Massenstreik zu machen sei, denn Scharen Indifferenter, Selber usw. ständen noch hindernd im Wege. Eine Viermillionenpartei, die ernst genommen sein will, könne aber mit dieser Waffe nicht fortgesetzt spielen. Die Behandlung der Arbeitslosenfrage sei die beste Arbeit gewesen, die der Parteitag geleistet habe. Da eine Reichsarbeitslosenversicherung vorerst noch

nicht zu erwarten ist, müssen die Kommunen mit aller Macht gedrängt werden, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Wir verlangen von den Gemeinden keine Fortschrittsarbeiten, wo die Arbeiter in bekannter Weise mit wenigen Pfennigen abgepflegt werden, sondern die baldige Vornahme notwendiger Arbeiten zu tarifmäßigen Löhnen, außerdem Zuschüsse an die Gewerkschaften zur Arbeitslosenunterstützung nach Art des Genter Systems. — Der Parteivorstand bringt zweierteilte Beschlüsse, Entweder man verlange von allen in Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften und deren Betrieben Beschäftigten Parteigenossen die Abführung eines Tagesverdienstes oder man gebe den Nürnberg Beschlüssen ganz auf. Zum Fraktionsbericht meinte der Redner: Außerhalb der Fraktion sei es schwer, dieser die Falsch vorzuschreiben. Die 110 Mann seien doch auch nicht von heute und gestern. Er hätte es nicht verstanden, wenn die Fraktion anders gehandelt hätte, als sie handelte. Durch Witte aus den Fraktionsberichten für den Parteitag in Stuttgart 1898 und Chemnitz 1912 suchte der Redner den Nachweis zu führen, daß früher die Fraktion bereits direkte Steuern für Meer und Marine verlangt habe, ohne Widerspruch in der Partei zu finden. Früher habe die Fraktion nur keine Gelegenheit gehabt, für ihre Anträge direkt stimmen zu müssen. Eine Reichstagsauflösung hätte und keinen Nutzen gebracht. Der großen Stimmzahl muß auch eine starke Fraktion folgen. Im Reichstage ständen uns noch schwere Kämpfe bevor, er erinnere nur an die Erneuerung des Zolltarifs. Da brauchen wir eine starke Fraktion. Die Erledigung des Falles Madel könne er nur gut heißen. Es sei im allgemeinen üblich, daß Personen, die aus den Gewerkschaften wegen schwerer Verfehlungen ausgeschlossen werden, in der Partei keine Aufnahme fänden oder ihr ebenfalls den Rücken Lehren müßten. Diese Solidarität müsse die Partei auch ausländischen Parteiorganisationen gegenüber wahren, zumal, wenn diese dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossen, wie es hier der Fall ist.

Von den Disziplinardirektoren war Genosse Vrandler insbesondere mit der Erledigung der Madel-Frage unzufrieden. Wenn so weiter gefahren werde, verleihe sie bald ein Begriffsverständnis erster Klasse. Genosse Scholz-Galenese meinte unter Berufung auf Kautsky, daß bis zur Anwendung des Massenstreiks nicht gewartet werden dürfe, bis der letzte Mann organisiert sei. Der Plan sei in den Massen vorhanden, er dürfe nur gewendet werden. Die Fraktion habe zu wenig erreicht. Mancher habe geglaubt, daß mit dem Einzuge der 110 Mann das Himmelreich herbeigekommen sei. Genosse Gerner meinte, die Fraktion habe sich bei der Militärvorlage abzu stark engagiert und so indirekt die Begeisterung für den Militarismus mit unter das Volk getragen. Sie hätte einfach die Kommissions- schreibungen schwinden lassen, wie es die Bürgerlichen bei sozialpolitischen Fragen tun. Tische hält das Ausreten Bauers auf dem Parteitage als unklar. Der Genosse Legien, der weit vom Schuß war, würde sich tatsächlich besser benennen haben. Die Madel-Frage sei ein totegebarnes Kind. Zum Schluß wendete sich der Redner gegen die Art, wie die Madel-Frage erledigt wurde. Abgeordneter Dr. Herzfeld meinte, dem Parteitage habe der Plan gefehlt. Den Massen muß Begeisterung eingeblasen werden, um sie für die Bewegung zu gewinnen. Er erblicke in der Zustimmung zur Dedungsvorlage eine Gefahr. Bei einer Reichstagsauflösung hätte die Parole dann nicht gelautet: für oder gegen direkte Steuern, sondern gegen den Militarismus. Wie der Gang der Dinge im Parlament in Zukunft sein werde, hänge von den Massen ab. Diese müssen in die Erscheinung treten, wenn wir unser großes Ziel erreichen wollen. Dr. Dreißheid freut sich, daß die Richtungen aufgehört haben, denn selbst Dr. Herzfeld werde doch nicht sagen, daß Kautsky und Durrm unter die Revisionisten gegangen seien. Mit dem Abschluß der Massenstreikfrage sei er nicht einverstanden. Die Resolution des Parteivorstandes sei nur Limonade. Er wundere sich, daß der Parteitag keine Resolution aus sich heraus eingebracht habe, die etwa lautete: Die preussische Regierung möge sich bewußt sein, daß, wenn nicht bald die Wahlreform komme, das Volk vor dem schärfsten Kampfe nicht zurückzubleibe. In der Dedungsfrage schloß sich der Redner dem Referenten an.

Im Schlußwort wies Genosse Scholz die Angriffe auf seine Ausführungen zurück und schloß: Ledigste und unangefochtene Werten für die Partei muß jetzt unsere heiligste Aufgabe sein.

### Treptow-Baumschulweg.

Die Güterbeförderung hat durch die Inbetriebnahme des neuen Güterbahnhofes Neutölln-Treptow mit dem 1. Oktober eine Veränderung dahingehend erfahren, daß jetzt für den ganzen Gemeindebezirk der Eis- und Stückgüterverkehr über diesen Bahnhof geleitet wird. Der Ortsteil Baumschulweg wurde bisher von Niederichowenweide aus besorgt. Wegenabladungs- wie Stückgüter für hiesige Einwohner sind also künftig nach der Station Neutölln-Treptow zu bestellen. Bei der Güterabfertigung dieses Bahnhofes kann auch schriftlich oder telefonisch die bahnamtliche Abholung von Stückgut aus den Wohnungen bestellt werden.

Ein Einbruchdiebstahl verurteilten zwei Langfinger am Dienstag im Hause Ernststraße 24. Es wurden aber überrascht und suchten das Weite. Während es einem gelang, zu entkommen, lief sich der andere auf dem Boden eines Hauses in der Baumschulstraße fest. Hier fiel derselbe seinen Verfolgern in die Hände.

### Charlottenburg.

#### Ein Einblick in das proletarische Elend

Bietet der Bericht über die Armenpflege Charlottenburg im Jahre 1912. — Die Gesamtzahl der ehrenamtlich in der Armen- und Waisenfürsorge tätigen Personen übersteigt die Zahl 1000 erheblich. Die Ausgabe für die Armenverwaltung schließt ab mit einem Betrage von 2.449.918,38 M., d. h. mit einem Mehr von rund 150.000 Mark gegen das Vorjahr. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergibt sich ein Aufwand von 7,64 M. Es ist das der höchste Betrag, der sich bisher ergeben hat. Die Ursachen, die den Armenetat wie schon im Vorjahre ungünstig beeinflusst haben, sind einmal die fortwährenden hohen Lebensmittelpreise, die außerordentliche Höhe der Mieten, die gerade bei den kleinsten Wohnungen einen unverhältnismäßig großen Teil des Einkommens verschlingen und der Einfluß der Arbeitslosigkeit, welche letztere in erster Linie in dem völligen Darniederliegen des Baugewerbes ihre Ursachen findet. Während im Jahre vorher in neun Fällen laufende Unterhaltungen und in 486 Fällen Sonderunterhaltungen wegen Arbeitslosigkeit gewährt worden sind, ist dies im Berichtsjahre in 20 und 1170 Fällen geschehen. Von dem Mehrverbrauch gegen das Vorjahr entfällt ein Betrag von 77.000 M. allein auf bare Unterhaltungen. Der Bericht kommentiert diese Tatsache mit dem Hinweis, daß ernstlich zu erwägen sein wird, ob nicht den Ehrenbeamten befohlene Berufsbeamte zur Seite gestellt werden müßten, denen schwierige und zeitraubende Ermittlungen überwiesen werden könnten. Die Zahl der Unterhaltungsgeheude ist von 16.152 im Vorjahre auf 19.244 gestiegen; 2009 wurden abgelehnt. Der Prozentsatz der in irgend einer Form unterstützten Personen zur Bevölkerung ist von 3,44 im Vorjahre auf 3,52 gestiegen. 2108 Personen wurden lediglich dadurch unterstützt, daß die Kosten ihrer Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern mangels anderer Zahlungspflichtiger und Zahlungsfähiger auf den Armenetat übernommen werden mußten. Von den unterstützten Personen standen 2518 im Alter von über 60 Jahren, 1206 im Alter von über 70 Jahren. Bei der Inanspruchnahme der Unterhaltungen überwiegt das weibliche Element. 1171 männlichen Unterstützten stehen neben 4182 Ehepaaren 2348 Witwen und 2244 ledige weibliche Personen gegenüber. Insgesamt sind 5932 weibliche Personen mit und ohne Angehörige unterstützt worden. Unter den Ursachen, die die Unterhaltung erforderlich machten, stehen auch diesmal an der Spitze Krankheit und Tod des Ernährers allein oder in Verbindung mit anderen Ursachen. Auf sie entfallen bei den laufenden Unterhaltungen 8920 bei überhaupt 4704 Unterhaltungs-

gründen, bei den Sonderunterhaltungen 27398 von überhaupt 40865. Von den laufenden Unterhaltungen, die im ganzen an 4556 Personen gezahlt wurden, erstrecken sich 2895 auf das ganze Jahr. Der größte Teil davon bewegt sich innerhalb der Grenzen von 9 bis 21 M.; nur 5 Proz. haben über 30 M. monatlich bezogen. Der Durchschnittsbeitrag der laufenden Monatsunterhaltungen hat sich von 17,05 im Vorjahre auf 17,71 M. erhöht und im laufenden Jahre 1913 ist bereits eine weitere Erhöhung, bis zum August auf 18,85 M. notwendig geworden. In demselben Verhältnis sind allein die Wohnungsmieten gestiegen. Während der Durchschnittsbetrag der Monatsmiete für Stube und Küche 1911 24,69 M. betrug, stieg derselbe im Berichtsjahre auf 25,27 M. Sehr richtig bemerkt der Bericht hierzu, daß Mietpreise von dieser Höhe die Familien zwingen, ein Viertel ihres Einkommens und unter Umständen noch mehr als diesen Satz lediglich für die Miete aufzuwenden und sich doch bei größerer Familie mit dem denkbar kleinsten und hygienisch bedenklichen Raum zu begnügen. Bei Ermittlungen hat die Verwaltung in 590 Fällen 21.929,85 M. aufgewendet und in weiteren 175 Fällen mußte sie 3.100,30 M. zur Beschaffung eines neuen Unterkommens für ermittelte Familien zahlen. Trotz dieser hohen Aufwendungen ist das städtische Obdach außerordentlich stark belastet gewesen. In den Einzelwohnungen des Obdachs haben 58 Familien mit 162 Angehörigen Aufnahme gefunden. In dem gemeinsamen Familienobdach mit Verpflegung, in das die ermittelten Familien in der Regel zu nächst für die ersten vier Wochen aufgenommen werden, haben insgesamt 143 Familien mit 406 Köpfen und 12.297 Verpflegungstagen (gegen 7511 im Vorjahre) Aufnahme erhalten. Noch stärker ist das Obdach in Anspruch genommen worden. Während 1911 8.064 Männer aufgenommen wurden, stieg die Zahl derselben im Berichtsjahre auf 8.100. Auch die Wärmehalle weist eine sehr starke Frequenz auf. Der Zuspruch in den Wintermonaten betrug annähernd 10.000 Personen. — Weiter ist hervorzuheben, daß im Jahre 1911 9.690 Kranke in die Behandlung der Stadtdärzte kamen. In den städtischen Krankenhäusern sind für Rechnung der Armenverwaltung 3850 Personen mit einem Gesamtaufwand von 374.746 M. aufgenommen worden. Außerdem wurden noch 2847 Säuglinge, größere Kinder und Erwachsene in den für sie in Frage kommenden Anstalten wie z. B. in Säuglingsheimen, Spezialfrankenanstalten, Seehospizien, Wäbern und Kurorten, Walderholungsstätten, Krüppelheimen und Anstalten für Fehler der Sinnesorgane verpflegt. Die hierfür verausgabte Summe beträgt 101.846 M. Schließlich sei erwähnt, daß der Armenverwaltung eine Reihe von Einrichtungen unterstellt sind. Die daraus zur Verpflegung stehenden Mittel sind aber für das laufende Jahr verbraucht.

**Elternverein für freie Erziehung.** Die Mittwochsausflüge nach der Jungfernhöhe sind für dieses Jahr beendet, von Mittwoch, den 8. Oktober ab, finden die Spielnachmittage wieder jeden zweiten und letzten Mittwoch im Monat von 3—6 Uhr nachmittags im kleinen Saal des Volkshauses, Köpenickerstr. 3, statt. Da Mittwoch, den 8. Oktober, die Kinder zur Märchenaufführung ausgeführt werden, wollen diejenigen, die mitspielen wollen, pünktlich nachmittags 3 Uhr im Volkshaus sein. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können an den Spielnachmittagen teilnehmen.

### Neukölln.

Das neue Jugendheim befindet sich in der Rogatzstr. 15 und nicht, wie gestern irrtümlich berichtet, in der Jonasstraße.

### Röpenitz.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Böhler Bericht vom Parteitag. Redner ging näher auf die Frage des Massenstreiks sowie auf die Steuer- und Dedungsfrage und die Arbeitslosenfürsorge ein. Wenn auch nicht in allen Punkten volle Einigkeit geherrscht habe, so könne man doch mit dem Verlauf des Parteitages zufrieden sein. Unsere Aufgabe müsse es nun sein, die Richtlinien, die der Parteitag gegeben habe, zu befolgen. In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage des Massenstreiks und die Arbeitslosenfürsorge erörtert. Genosse Heidrich betonte, daß er sich mit dem, was der Parteitag betreffs Massenstreik beschlossen habe, nicht einverstanden erklären könne. Er sei der Meinung, daß wir vielleicht noch lange warten können, ehe wir ein freies Wahlrecht für Preußen erhalten. Zur Arbeitslosenfürsorge sei die volle Einigkeit zu begrüßen, und er wünschte von unseren Stadtverordneten, daß sie alle ihre Kraft einbringen, um auch für unseren Ort in dieser Hinsicht etwas zu schaffen. Genosse Galle bemerkte zum Massenstreik, daß, wenn jemand wie er in der Gewerkschaftsbewegung tätig sei, weiß, wie schwer es halte, die Arbeiter erst einmal zur Gewerkschaft heranzuziehen; so könne er es nur begrüßen, daß der Parteitag einen solchen Standpunkt eingenommen habe. Zur Arbeitslosenfrage müsse, wenn mit denartigen Anträgen an unsere Stadtverwaltung herantreten werde, eine richtige Grundlage da sein. An eine kommunale Arbeitslosenversicherung wäre zurzeit noch nicht zu denken, da die bürgerlichen Vertreter nicht dazu zu bewegen wären. Das dürfe uns indessen nicht abhalten, erneut unsere Forderungen zu stellen. Er wünsche nur, daß die Gewerkschaften schon jetzt das entsprechende Material hierzu zusammenstellen mögen. In demselben Sinne äußerte sich auch Genosse Weid; er betonte noch besonders, die Fraktion habe erreicht, daß mit den Arbeiten, die erst 1914 in Angriff genommen werden sollten, schon jetzt begonnen werde. Zur Renaufnahme hatten sich 23 Personen gemeldet, die ohne Widerspruch aufgenommen wurden. Zum Schluß erwähnte Genosse Schuberth diejenigen Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen, dieselben in die von der Arbeiterschaft arrangierten Veranstaltungen zu schicken. Der Parteitag habe auch in dieser Hinsicht Richtlinien gegeben, die zu verwirklichen Pflicht aller Arbeiterkern sein müsse. Im Oktober finde eine öffentliche Versammlung statt, die sich gerade mit der Jugendpflege in unserem Sinne beschäftigen soll.

### Nowawes.

Die Eröffnung des neuen Bahnhofes, die von der Eisenbahnbehörde ziemlich bestimmt für den 1. Oktober dieses Jahres in Aussicht gestellt war, ist wiederum auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden, weil sich die Fertigstellung des Bahnsteiges verzögert hat. Als die Eisenbahnbehörde beim Herantreten des festgesetzten Termins sah, daß sie ihr bereits im Sommer gegebenes Versprechen doch nicht erfüllen können, setzte sie alles daran, um wenigstens den Anfang an der Säulowitzstraße am 1. Oktober freizugeben. Aber auch das gelang ihr nicht, obwohl alle hierzu erforderlichen Maßnahmen bereits seit Wochen getroffen waren. Verwunderlich ist, daß trotz der notwendigen Beschleunigung des Baues zeitweise so wenig Arbeiter beschäftigt waren. Es könnte fast scheinen, als ob die bauausführende Firma, die wahrscheinlich auch durch die Arbeiten am Bahnbau in Nöckendorf stark in Anspruch genommen wird, bei den niedrigen Löhnen nicht genügend Arbeitskräfte erhält. Die einheimischen Arbeitslosen würden gern Beschäftigung annehmen, aber die Firma zieht es lieber vor, ausländische Arbeiter einzustellen.

Der Ausbau der elektrischen Straßenbahn bis zum Bahnhof Neubabelsberg erleidet durch die langwierigen Verhandlungen mit den maßgebenden Instanzen eine unliebsame Verzögerung, obwohl die technischen Vorarbeiten bereits längst erledigt sein sollen. Bei der im Orte herrschenden Arbeitslosigkeit wäre eine baldige Inangriffnahme des Baues sehr zu wünschen. Hoffentlich gelingt es der Gemeinde, den Vertrag mit der Straßenbahnverwaltung so zu gestalten, daß bei Annahme von Arbeitskräften die hiesigen Arbeiter in erster Linie berücksichtigt werden.

Der vom Ortsausschuß geplante Bau einer Badeanstalt auf dem vom Eisenbahnstrecke gepachteten Diefenterrain am Havelufer hat sich durch die langwierigen Verhandlungen mit der Polizeidirektion,

dem Wasserbauamt und dem Bezirksausschuß verzögert, daß mit den Arbeiten erst im nächsten Frühjahr begonnen werden kann. Dem Ortsausschuß, der es fertiggebracht hat, die von der Gemeinde bezahlte angelegte Verwirklichung des Projekts durchzuführen, gehören außer Einzelpersonen folgende auf „nationalem“ Boden stehende Vereine und Anstalten an: Evangelischer und Katholischer Arbeiterverein, Evangelischer Junglingsverein der Veltchemie und der Friedrichsgemeinde, Oberlinhaus, Turnverein „Vorwärts“, Männerturnverein Nowawes, Gardeverein, Wehrkraftverein und — Hirsch-Dunckerischer Gewerbeverein.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Bernau.** Morgen Freitag, den 3. d. M., abends 6 Uhr, im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses.

**Friedrichsfelde-Rathaus.** Freitag, den 3. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Schulgebäude an der Treßlow-Allee.

**Kantow.** Heute abend 6 Uhr im Rathaussitzungssaal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

### Frauen-Leseabende.

**Zehlendorf (Bammelsbahn).** Der Frauen-Leseabend findet morgen Freitag nicht statt, sondern an einem noch später bekanntzugebenden Termin.

### Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Reinhold-Wilhelmshaus“, Köpenicker Straße 96: Vortrag des Herrn Dr. Dietz: „Das Weib der Volkswirtschaft“. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

### Berliner Arbeiter-Schachklub.

Am Sonnabend, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Königsfilzen“, Neue Köpenickerstr. 26, ein Abteilungsweitschach statt. Die beste Abteilung erhält einen Wanderpreis.

Spielabend haben in dieser Woche folgende Abteilungen abends 8 1/2 Uhr:

**Norden IV:** Mittwoch und Donnerstag bei Mahntopf, Orestenbagger Str. 34, Osten I: Donnerstag bei Hoffmann, Köpenicker Str. 28.

**II:** Abbe, Große Frankfurter Str. 52.

**Süden:** Böhndel, Seebühnenstr. 1.

**Norden III:** Lindner, Müllerstr. 7.

**Charlottenburg:** Donnerstag im Volkshaus, Köpenickerstr. 3.

**Westen:** Freitag bei Böhler, Köpenickerstr. 17, Ede Plottwiesstraße.

**Norden I:** Freitag bei Reibel, Köpenickerstr. 18b.

**Norden II:** Kalkowetz, Volkstr. 39.

**Nordwest:** Pufflitzstr. 10.

**Neukölln I:** Brandt, Pflügerstr. 19.

**II:** Weisse, Emmer Str. 160.

**III:** Wittenbrucherstr. 86.

**Vorhagen:** bei Witz, Sonntagstr. 22.

**Tempelhof:** Hennig, Friedrich-Wilhelmstr. 122.

**Ober-Schönevelde:** Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr bei Brodhagen, Schillerpromenade 13.

In allen Abteilungen wird unentgeltlicher Unterricht erteilt.

Außerdem findet jeden Sonntag vormittag 10 Uhr in den „Königsfilzen“ ein freier Schachunterricht statt, wozu jeder unentgeltlich Zutritt hat.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 6 Uhr, vom 1. bis 7. Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abkennungsnummer beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Stille Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**Berlin.** Bedenken Sie sich an den Verkauf der Schneider und Schneiderrinnen, Berlin, Seebühnenstr. 37. — **N. D. 58.** Fragen Sie bei der Kommerzialbank D. Wolff, Köpenickerstr. 1, direkt an. — **W. D. 14/15.** 1. und 2. Dem eheleichen Kinde muß bis zur Großjährigkeit bezogen werden, bis zu dem Zeitpunkt, wo es seinen Unterhalt selbst erwirbt, jedoch des Vaters standesgemäßer Unterhalt gewährt werden. 3. Ja, sofern nicht noch mehrere andere Kinder zu unterhalten sind. 4. Ja, 5. Uns leider nicht bekannt.

**Schick 36.** 1. Das rechnen Sie sich, bitte, selber aus. 2. Ja, sofern der Witte Eigentümer und Besitzer der Mäher ist. Gebühren diese dem Verein, dann nicht. — **W. D. 30.** — **Wagner.** 1. Das ist erst zu besprechen, wenn Sie Ihre Alimentationspflicht nicht erfüllen. 2. a und b) In Berlin 30 bis 35 M. monatlich. c) Aus der Unterhaltungs- und Sechsmoatenskosten außer den Alimenten. 3. Der Großvater soll beim Vormundschaftsgericht den Antrag stellen. 4. Bedenken Sie sich an die Buchhandlung Bornardt.

**W. D. 19.** 1. Eider erhöht. 2. So allgemein nicht ausreichend zu beantworten. — **W. D. 65.** Eintrakt sager nicht. — **W. D. 160.** NW, Willestr. 42. — **W. D. 43.** Zwei Streitende. Uns ist das nicht bekannt. Diese Frage könnte nur die Geschäftsleitung beantworten.

**Selenz W. in Pantow.** Es handelt sich hier um Gesamtgut, worüber der Mann zunächst zu verfügen hat. Nur dann, wenn der Mann sein Recht mißbraucht, oder glaubhaft gemacht werden kann, daß die Gefahr des Mißbrauchs vorliegt, kann ihm dieses Recht auf Antrag vom Vormundschaftsgericht entzogen werden. — **W. D. 30.** Das Eintrittsgeld ist zu Unrecht abgefordert. Verlangen Sie Rückzahlung. Erfolgt diese nicht, so reichen Sie Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde ein. Für Berliner Krankenstellen ist die Aufsichtsbehörde der Magistratskommission für Krankenstellen, Straßener Str. 36. — **W. D. 13.** 1. 1.08 M. 2. 35 M. — **Sofia.** Rund 1285 M. — **W. D. 12.** Eine derartige Verpflichtung besteht für Sie nicht.

**W. D. 69.** Soweit Ihre Darlehen erteilten läßt, besteht kein Anspruch auf Rückgabe. — **Wack, Gutsenträger.** Sie können auf Zahlung des Monatslohnes beim Amtsgericht Berlin-Mitte Klage erheben.

**Marktpreise von Berlin am 30. September 1913.** nach Ermittlungen des hies. Volkswirtschaftsamt. Weizen (rot), gute Sorte 16,80—17,10, mittel 16,00—16,30, geringe 15,00—15,30. Mais (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Mischmais 14,30—14,60, Weiz 6,00—7,30.

**Markthallenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,50. Speisebohnen, weiße 35,00—36,00. Bohnen 36,00—37,00. Kartoffeln (kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Reule 1,70—2,40. Rindfleisch, Kanalfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Mais 1,40—3,00. Jambier 1,30—3,20. Pecher 1,20—3,00. Bärche 0,80—2,40. Schinken 1,60—3,20. Fleck 0,80—1,80. 60 Stück Rindfleisch 1,50—4,00.

### Witterungsbericht vom 1. Oktober 1913.

Stationen	Barometrischer Stand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur am 0 Uhr	Stationen	Barometrischer Stand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur am 0 Uhr
Strombe	767	DEO	11	11	Gabarrando	764	—	—	—
Damburg	766	D	11	11	Petersburg	767	—	—	11
Berlin	766	D	11	11	Seibitz	767	—	—	11
Frankfurt	768	NO	10	10	Aberdeen	769	—	—	11
München	761	D	10	10	Paris	757	—	—	12
Wien	763	D	12	12					

**Wetterprognose für Donnerstag, den 2. Oktober 1913.** Zeitweise etwas neblig, vorwiegend heiter und trocken, am Tage mild bei mäßigen östlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

#### Wasserstands-Richtlinien

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 30. 9.	am 1. 10.	Wasserstand	am 30. 9.	am 1. 10.
Remise, Mühl	190	190	Saale, Großg.	62	+2
Regel, Ankerburg	75	75	Darzi, Spandau	30	+8
Seiche, Thurn	252	252	Sachsenhausen	—	-1
Oder, Rathor	168	168	Spree, Spremberg	80	0
Krausen	177	177	Beesow	92	0
Frankfurt	175	175	Weser, Ründen	111	-2
Wartbe, Schirrm	68	68	Ründen	160	-8
Randberg	34	34	Rhein, Magiliansau	414	-12
Rege, Borsdamm	7	7	Rand	207	-18
Eibe, Reimberg	125	125	Rin	198	-9
Tresben	125	125	Redar, Heilbronn	68	-10
Borsow	124	124	Rain, Qamau	114	-2
Magdeburg	108	108	Rosel, Lier	25	-9

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterpegel.

# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 2. Oktober 1913.

**Urania.** Großglockner, Gastein, Salzburger Alpen.  
Anfang 4 Uhr.

**Cines Palast am Zoo.** Varieté-Lichtspiele.  
Anfang 6 Uhr.

**Cines Nollendorf-Theater.** Varieté-Lichtspiele.  
Anfang 6 1/2 Uhr.

**Kgl. Schauspielhaus.** 657 von Verdingen.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Opernhaus.** Cavalleria rusticana, Bajazzo.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches.** Der lebende Leichnam, Veritas, Peer Gynt.  
Anfang 8 Uhr.

**Deutsches Künstlertheater.** Der geschundene Krug, Dannesbørgs Himmelfahrt.  
Anfang 8 Uhr.

**Königsgräber Straße.** Brand.  
Anfang 8 Uhr.

**Deutsches Schauspielhaus.** Der erste Beste, Satans Maske.  
Anfang 8 Uhr.

**Zirkus Schumann.** Galavorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Mit dem Imperator nach New York.  
Anfang 8 Uhr.

**Rammerpfeile.** Maria Magdalena.  
Anfang 8 Uhr.

**Theater am Nollendorfsplatz.** Die Heimkehr des Odysseus.  
Anfang 8 Uhr.

**Komödienhaus.** Das Paar nach der Mode.  
Anfang 8 Uhr.

**Deutsches Schauspielhaus.** Der erste Beste, Satans Maske.  
Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens.** Gräfin Fifi.  
Anfang 8 Uhr.

**Montis Operetten.** Der lachende Ehemann.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reines.** In Ungewissheit Amen, Paul und Paula, Der Barbier von Sevilla.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Operntheater (Krohn).** Der ewige Junge, Hell.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Berliner.** Geschlossen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Deutsches Opernhaus.** Die Jüdin.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller O.** Cyrano von Bergerac.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller Charlottenburg.** Wenn der neue Wein blüht.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Thalia.** Geschlossen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Kafins.** Der Klienten oder Gariso auf Zeitung.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Trionon.** Seine Geliebte.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Gerrnfeld.** Was sagen Sie zu Leibsch?  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Zirkus Busch.** Galavorstellung.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Wintergarten.** Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Letzter Sänger.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Cines Friedrich-Wilhelmstadt.** Varieté-Lichtspiele.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Residenz.** Im Gefängnis.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Passage-Panoptikum.** Mundmaler Schuld.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Nollendorf-Theater.** Rudder Ruder.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Admiralpalast.** Fußball: Bist in Et. Paris.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Cines Nollendorf-Theater.** Varieté-Lichtspiele.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater des Westens.** Gräfin Fifi.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Sonnabend.** nachm. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Cyrano von Bergerac.**  
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Cyrano von Bergerac.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Wenn der neue Wein blüht.**  
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Großstadtluft.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wenn der neue Wein blüht.**

**Berliner Theater.**  
Heute geschlossen.  
Sonnabend, 7 1/2 Uhr, zum 1. Male: **Wie einst im Mai.**

**Theater in der Königsgräber Straße.**  
7 1/2 Uhr: **Brand.**

**Komödienhaus.**  
8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**

**Deutsches Schauspielhaus.**  
7 1/2 Uhr: **Der erste Beste.**  
Hierauf: **Satans Maske.**

**Lessing-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr: **Peer Gynt.**  
Von Wien. Musik von Grieg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Professor Bernhardi.**  
Vorverkauf an der Theaterkasse von 10-2 Uhr, bei Hermann Tietz, Leipziger Straße, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, und im Jubiläumsauf.

**Residenz-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Im Ehekäfig.**  
(Les Mariés en cage.)  
Schwanz in 3 Akten u. Antony Mars und Maurice Desvalliers.  
Vorg. u. folg. Tage: **Im Ehekäfig.**  
Sonnabend, 5. Okt., nachm. 3 Uhr: **Die Frau Präsidentin.**

**Montis Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)  
Nachm. 3 Uhr: **Der Vogelhändler.**  
Täglich abends 8 Uhr: **Der lachende Ehemann.**

**Theater am Nollendorfsplatz.**  
**Die Heimkehr d. Odysseus.**  
Burlades-Operette.

**Passage-Panoptikum.**  
**Mundmaler Schuld**  
der **Rafael ohne Arme**  
bei seinen Arbeiten.  
**Lebend zu sehen!**  
Der Mann mit der eisernen Hand und die anderen Attraktionen.

**Freie Volksbühne**

Mitglieder können sich noch für die Abteilungen 17 bis 20 in allen Zahlstellen anmelden.

**Gr. Chorkonzert**  
- 400 Mitwirkende -  
am Sonnabend, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt.  
**Zeitgenössische Musik** (Mahler u. Strauß)  
Die Auswanderer, v. Verhaeren - Erntelied, Komposition von Oskar Fried.  
**Blüthner-Orchester** (100 Künstler) Dirig. Osk. Fried.  
**Thilo'sche Chöre** (300 Sänger).  
Eintrittskarten à 80 Pf. sind in den Zahlstellen zu haben.

Nächste Vorstellungen:  
Neues Volkstheater:  
**Dreyer: Die Siebzehnjährigen**  
**Anzengruber: Der ledige Hof.**  
Thalia-Theater:  
**Ibsen: Die Wildente.**  
Schillertheater-Charlottenburg:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Herrnfeld-Theater: Neues Volkstheater:  
**Famille Selicke. Mudder Mews.**

245/10 Die Geschäftsstelle: **G. Winkler.**

**Werbet Mitglieder!**

**Deutsches Künstler-Theater**  
Sozialität  
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
Hanneles Himmelfahrt, D. zorb. Krug.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Die Ahnfrau.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Grillparzer.  
Freitag: **Marin Stuart.**  
Sonnabend, nachm. 4 U.: **Rotkäppchen.**  
Abends 8 1/2 Uhr: **Die Ahnfrau.**

**Zirkus Alb. Schumann**  
Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Sport-Vorstellung**  
mit besonders gewähltem Programm. U. a. Das Tagesgespräch von Berlin:  
**10 Bengalische 10 Königstiger**  
vorgef. von Herrn Sawada.  
Die berühmten **10 Luftvolttigeure 10**  
Hegelmann-Truppe und weitere 14 Attraktionen.

Neukölln, Pragerstraße  
**Zirkus Blumenfeld.**  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Mittwoch: 2 Vorstellungen nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr.  
Vorkauf 3. ermäßig. Preis.  
Burgartenhaus u. Zahl. Hermannpl.

**URANIA** Taubenstr. 48/49.  
4 Uhr: Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.  
8 Uhr: **Mit d. „Imperator“ nach New York.**  
Invalidenstr. 57-62: **Sternwarte.**  
Geöffn. b. klarem Wetter: Sonntag, Dienstag u. Freitag v. 8-11 Uhr abends. Eintritt 50 Pf.

**Zirkus Busch**  
Heute Donnerstag, d. 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
Die neue Pantomime  
**Aus unseren Kolonien.**  
Besonders hervorzuheben: Unter Äthiops Sonne. - Der Finst-übergang und Sturm auf die Mission.  
Vorher das gr. Gala-Programm: **Kapt. Wall** mit seinen **Militären.**  
**R. Weise** mit seinen **Wunderbaren.**  
**Das Mirakel!**  
Briant, Mensch oder Götze?

**Metropol-Theater**  
Abends 7 Uhr 55 präzise:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**  
Gr. Ausföhrung in 19 Bld. u. Lang in 19 Bld. u. vollst. jeder Bemühung des Jules Verne'schen Romanes von **Julius Freund.**  
Musik von **Jean Gilbert.**  
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.  
**Karl Bachmann. Joseph Giampietro. Guido Thierscher. Alfred Schmasow. Leopold Wolf. Ludwig Wolf. Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**  
Neu! Von 9-11 Uhr: Neu!  
**Metropol-Bar**  
Rendezvous der vornehmen Lebewelt.  
**2 Kapellen.**

**Berliner Prater-Theater**  
7-9 Kastanien-Allee 7-9.  
Donnerstag, den 2. Oktober:  
**Gastspiel des Volt-Theaters.**  
**Eva.**  
Schausp. in 5 Akte von Rich. Boh.  
Sonnabend, 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
Neu! **„Alarm!“**  
Mitt. Humoreske  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr zu ermäßig. Preis.  
**„Sanatorium Sonnenstich“.**  
(Bogen 1. u. 2. Ballon 75 Pf. Entree 30 Pf.)

**Mündner Oktoberfest**

Nachmittag **Konzerte**  
Beginn 4 Uhr  
Pausen werden mit Lichtbildern ausgefüllt

Allabendlich:  
Pünktlich 9 Uhr  
**Mr. Glasneck**  
„Die Original-Kanone“  
mit den neuesten u. beliebtesten Schlägern

Illustrierte Konzerte  
**Mister „Masetop“**  
aus Chicago  
konzertiert täglich nachmittags von 4 Uhr bis abends 9 Uhr  
Urkomisch

Von 4 Uhr nachm. bis 6 Uhr morgens

Spezial-Kinder-Programm  
Montag | Numeristisch  
Mittwoch | Originell  
Freitag |  
Nachmittag Eintritt frei!

Wieder eingetroffen  
die **„Tegernseer“**  
(originals Bayern)  
Eintritt frei für alle Gäste

**Kerkau-Palast**

# Die Herrin des Nils (Cleopatra)

Dieser Film, der ein hervorragendes Meisterwerk technischer Film- und Regie-Kunst ist, führt uns in lebensgetreuen Bildern das tragische Schicksal des römischen Feldherrn Marc Anton und der ägyptischen Königin Cleopatra vor Augen. Von gewaltiger Wirkung ist die Massenentfaltung der römischen und ägyptischen Heere, die in der nächtlichen Durchschreitung des Nils, der Erstürmung und dem Brande Alexandriens ihren Höhepunkt findet.

**Uraufführung morgen Freitag, „Cines“ Nollendorf-Theater**

Vorverkauf von 11-1 Uhr vormittags an der Theaterkasse. Vorführung 6 1/2 und 9 Uhr.



Aus der Frauenbewegung.

Der Kindererschutz in Ungarn.

Im Jahre 1903 trat in Ungarn ein Gesetz in Wirksamkeit, das jedem auf dem Boden Ungarns verlassenen Kinde unter 15 Jahren den Schutz und die Erziehung durch den Staat zusichert.

Ein so gefasstes Gesetz, das zum ersten Male die Pflicht des Staates auspricht, für jedes Kind im Notfall zu sorgen, muß um so auffälliger erscheinen, als Ungarn nicht gerade als ein sozial fortschrittlicher Staat gelten kann.

Welches sind nun die Bedingungen für das Zustandekommen des Gesetzes gewesen? Ungarn ist ein geburten- und kinderarmes Land, aber es ist Agrarland, und zur Hebung der Schöpfung seines Bodens bedarf es zahlreicher Menschenhände.

Im Jahre 1904 übernahm der Staat 20 288 Kinder; im Jahre 1908 44 458 Kinder und heute sind es 55 000. Seit dem Jahre 1904 hat die Zahl der Neugeborenen im Lande um 2,17 Proz. zugenommen, die der illegitimen Geburten um 3,92 Proz. abgenommen.

Die Organisation der Kinderfürsorge ist einfach. 17 Ämter dienen der Aufnahme von Kindern. Jedes ist gewissermaßen ein Sammelbecken, dem aus der Umgegend die Kinder zufließen.

Welches sind die Mängel dieses im ganzen großzügigen, weil eben auf dem Grundgedanken des allgemeinen Kindereschutzes aufgebauten Gesetzes? Der Staat hat mit verschiedenen industriellen Betrieben geschlossen. Sie nehmen ihm eine Anzahl Kinder ab, erhalten den Zuschuß von je 10 Kronen.

Unterricht für das Leben. Nur sehr langsam begreifen auch die preussischen Pädagogen, daß das Ziel der Schule, insbesondere der Volksschule, nicht darin besteht, den Kindern möglichst viel Wissen „beizubringen“.

Rur sehr langsam begreifen auch die preussischen Pädagogen, daß das Ziel der Schule, insbesondere der Volksschule, nicht darin besteht, den Kindern möglichst viel Wissen „beizubringen“.

Im 4. Ergänzungsheft der „Zeitschrift für Säuglingschutz“ erzählt Dr. Eugen Vorkardt von der Mitarbeit der weiblichen Schuljugend im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit in New York.

ja meist die Sorge für die Kleinsten obliegt, ein auffallendes Interesse an den Vorträgen. Nun beschloß man, durch Schulärzte und Schwestern derartige Vorträge in der Schule halten zu lassen.

Table with 2 columns: Year (1908, 1909, 1910, 1911-1912) and Pro thousand (60, 46, 51.8, 30).

Ein Rückgang der Sterblichkeit um die Hälfte ist wahrhaft als Erfolg anzupreisen.

In dem Vorwort zu dem Bericht Dr. Vorkardts spricht Professor Dr. Langstein, der Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses in Charlottenburg zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, den dringenden Wunsch aus, daß nach amerikanischem Beispiel die Unterweisung der Mädchen in der Säuglingspflege in deutschen Volksschulen eingeführt werde.

Unter den Stimmen gegen den Unterricht scheint ein Artikel von Dr. Dora Landó in Nr. 20 der „Frauenbewegung 1912“ auf den ersten Blick gewichtige Gründe anzuführen.

Da ist zunächst die Rede von einer Unterschätzung der materiellen Ursache der Säuglingssterblichkeit. Wirklich, diese Unterschätzung liegt niemandem ferner als uns.

Die „Säuglingspflege“ (Verlag Julius Springer, Preis 80 Pf.) der Schwester Antonie Jertow von Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus gibt in klaren Zügen ein Bild von dem Lehrstoff für den Säuglingsunterricht.

Die „Kleinen Mütter“ in New York ziehen auf der Straße den Säuglingen den Schutler aus dem Munde, im Namen des Gesundheitsamts, — ihre eigenen Kinder werden nie solch' Ding kennen lernen.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine beschäftigt sich in seiner diesjährigen Hauptversammlung, die am 29. und 30. September in Berlin tagte, vornehmlich mit dem Problem Beruf und Ehe.

In einem weiteren Referat sprach Frau Renetta Brandt-Wyt über die verheiratete Frau in der Volkswirtschaft. Sie wies einmal auf die bedeutende Arbeit der Frau bei der Ausübung und dem Verbrauch der Lebensmittel, der Haltung und der Beschaffung der Kleidung, kurz auf ihre Tätigkeit im Haushalt hin und wandte sich dann der eigentlichen Frauenerwerbstätigkeit, sei diese nun haupt- oder nebenberuflich, zu.

Zunahme der Abtreibung in Frankreich. Das „Journal“ bespricht in einem längeren Artikel die Abtreibung der Leibesfrucht in Frankreich und sagt, daß diese in erschreckendem Maße zunehme.

Wirklungen dieser Berufsbildung (Hebung des geistigen Niveaus, des Selbständigkeitsgefühls) treten viel schneller und häufiger ein als eine Lohnhöhung.

Ein drittes Referat über die sozialpolitische Fürsorge für die erwerbstätige Frau und Mutter von Frau Clara Dr. Nagla-Crust wurde am ehesten dem ganzen Problem gerecht.

Die Vereinigung konservativer Frauen ist vielen Konservativen, trotz aller Bemühungen der konservativen Parteileitung, diese Gründung als völlig harmlos hinzustellen, noch immer ein Fremdgewächs, dessen Entwicklung sie mit besonderem Mißtrauen betrachten.

„Nun gehört aber Fräulein Müller dem Vorstande der Vereinigung konservativer Frauen an. Wer auf dem Boden der konservativen Weltanschauung steht, der muß das Frauenstimmrecht grundsätzlich ablehnen.“

Ein Frauenkongress tagte dieser Tage für den schlesischen Agitationsbezirk Langenbielau in Freiburg i. Schl. — Die Konferenz war von 39 Delegierten besetzt.

Schandbare Folgen des italienischen Eherechts. Aus Rom wird uns geschrieben: Dem Einfluß der Skizzen ist es bis zum heutigen Tage gelungen, die Einführung der Ehescheidung in Italien zu hintertreiben, obwohl diese Einführung bereits in einer Chronik vor Jahr und Tag feierlich versprochen worden ist.

Die öffentliche Meinung gar nicht mehr gegen sie aufsteht. Vor einiger Zeit konnte man von einem Sträfling lesen, der, zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, sich aus dem Gefängnis führen lassen kann, um seine junge Frau als Ehebrecherin zu überführen und verhaften zu lassen!

Zunahme der Abtreibung in Frankreich. Das „Journal“ bespricht in einem längeren Artikel die Abtreibung der Leibesfrucht in Frankreich und sagt, daß diese in erschreckendem Maße zunehme.

Zunahme der Abtreibung in Frankreich. Das „Journal“ bespricht in einem längeren Artikel die Abtreibung der Leibesfrucht in Frankreich und sagt, daß diese in erschreckendem Maße zunehme.

Zunahme der Abtreibung in Frankreich. Das „Journal“ bespricht in einem längeren Artikel die Abtreibung der Leibesfrucht in Frankreich und sagt, daß diese in erschreckendem Maße zunehme.

Zunahme der Abtreibung in Frankreich. Das „Journal“ bespricht in einem längeren Artikel die Abtreibung der Leibesfrucht in Frankreich und sagt, daß diese in erschreckendem Maße zunehme.

